



Christian Jansen

Der „Fall Gumbel“
und die Heidelberger Universität

1924 – 32

Heidelberg
1981

Digitale Ausgabe erstellt von **Gabriele Dörflinger**,
Universitätsbibliothek Heidelberg
2012

Anmerkungen zur digitalen Ausgabe:

Herr Professor Christian Jansen gestattete freundlicherweise die Internet-Publikation dieses Werkes im Februar 2011.

Der Text dieser Arbeit wurde mit Hilfe eines Texterkennungsprogrammes wiedergewonnen. Die Originalseitenzählung ist jeweils am Rand in runden Klammern angegeben.

Die häufig zitierten Zeitschriften „Der Heidelberger Student“ (URL: <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/hstud1929bis1938>) und der Band 4 der Zeitschrift „Die Bewegung“ (URL: http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/bewegung_muenchen) werden von der Universitätsbibliothek Heidelberg digitalisiert angeboten.

Gabriele Dörflinger, Universitätsbibliothek Heidelberg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I. Jugend, Krieg, Berlin	4
II. Die Universität Heidelberg und ihre Studenten 1924	7
III. Das „Feld der Unehre“	11
IV. Bis zum Beschluß der philosophischen Fakultät	15
V. Die „sechs ruhigen“ Jahre	20
VI. Politische Situation an den Universitäten 1930	24
VII. Wieder „Protest gegen Gumbel“	28
VIII. AStA-Auflösung und „Gumbelkrawalle“	41
IX. Einschätzungen	53
X. Der Fall Dehn	56
XI. Beruhigung	59
XII. Die Kohlrübe	62
XIII. Entziehung der venia	73
XIV. Nachgeschichte	78
Vorbemerkung zur Bibliografie	80
Abkürzungen	82
Bibliografie	82
1. Akten	82
2. Tageszeitungen	83
3. Andere Periodika	83
4. Monografien	84
5. Veröffentlichungen von Emil Julius Gumbel	85

Vorwort

Seit ich über mögliche Themen für meine Zulassungsarbeit nachzudenken begann, kristallisierten sich schnell zwei Bedingungen heraus: Erstens wollte ich an Quellen arbeiten, andererseits — ganz pathetisch — etwas vor dem Vergessen-Werden bewahren. So lag es nahe, sich ein Thema aus der näheren Umgebung Heidelbergs zu suchen.

Für die Zeit des Nationalsozialismus hatte schon früh mein Vater das Interesse geweckt; Theweileits „Männerphantasien“ beeindruckte mich: seine Quellenmontagen, die Untersuchung der „kleinen“, individuellen Seite des Nationalsozialismus; mit lokal begrenzten, überschaubaren und detaillierten Darstellungen, wie Allens „Das haben wir nicht gewollt“, kann ich mehr anfangen als mit globalen „Rundschlägen“. Jene machen Geschichte plastisch und damit für mich verständlich. Ich meine keine kleinkarierte und bornierte Heimatforschung; für mich ist Geschichtsschreibung kein Selbstzweck. Aber ich kann Verallgemeinerungen und — im gewissem Maße — Lehren nur aus historischen Darstellungen ziehen, die mir das Material an die Hand geben, sodaß ich alle Schlüsse kritisch nachvollziehen kann.

Zunächst wollte ich über irgendeinen bedeutenden Streik, Widerstand unter dem Nationalsozialismus oder dergleichen schreiben, dann — nach der Theweileit-Lektüre — über die heidelberger Burschenschaften in den Zwanziger Jahren bis hin zu ihrem Verbot durch die Nazis. Auf Emil Julius Gumbel kam ich durch einen Zufall: über meine damalige Wohngemeinschaft und meine Arbeit im Kinderhaus Neuenheim kannte ich die Leute vom heidelberger Verlag „Das Wunderhorn“, die zwei Bücher Gumbels neu herausgegeben haben.

Das Thema „Der Fall Gumbel und die heidelberger Universität“ erfüllt alle meine Bedingungen: Quellen in Hülle und Fülle und leicht zu erreichen; seinerzeit erregte Gumbel im ganzen Reich Aufsehen, heute ist er unverständlicherweise so gut wie vergessen; im begrenzten Bereich heidelberger Universität bietet sich die Möglichkeit, nationalsozialistischen Terror und den Weg zur Machtergreifung zu studieren; darüber hinaus eignet sich die Person Gumbel für mich durchaus zur Identifikation, umgekehrt finde ich viele Strukturen der Universität wieder, die sich bis heute nicht geändert haben und auch mich während meines Studiums ärgerten.

Lediglich mit den Verallgemeinerungen wurde es schwierig. Je besser ich den Stoff kannte, desto weniger waren sie mir möglich. So habe ich in erster Linie den Fall dargestellt, das Material ausgebreitet. Ungewollt ist die Arbeit so ein wenig in die Tradition Gumbel'scher Faktenhuberei geraten.

Mein Schwerpunkt liegt auf den Jahren 1930–32, die Vorgeschichte, insbesondere der erste „Fall Gumbel“ 1924–25, ist als Voraussetzung dessen, was später passierte, ebenfalls recht ausführlich dargestellt. Gumbels Biografie nach 1932 fehlt, Über sie würde ich gerne einmal weiterarbeiten. Auch über Gumbels heidelberger Zeit ließe sich noch viel mehr herausfinden, interessant wäre vor allem das, was an Persönlichem hinter den hier ausgebreiteten Fakten stand: durch Interviews mit damals Beteiligten, Aufarbeiten der Nachlässe Gumbels und Anderer usw.

Aus den Akten des Universitätsarchives zum Fall Gumbel, die die Nazi-Zeit zum Glück fast unbeschadet überstanden haben und somit eine der wichtigsten Quellen für mich darstellten, durfte ich leider nichts kopieren. Durchs Abschreiben mag sich der eine oder andere kleine Fehler eingeschlichen haben. Ich habe meine Zitate nicht noch einmal anhand der Originale überprüft.

Als Anhang füge ich die einzige ausführliche Darstellung des Falles Gumbel hinzu. Sie stammt von Karl Georg Doerr, der sich wohl rühmen konnte, Gumbel „abgeschossen“ zu haben und wurde im Jahre 1936 für das Organ des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) verfaßt: „Herr Gumbel und die Kohlrübe. Auch eine Geschichte aus Alt-Heidelberg“*

*Siehe digitale Ausgabe <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/bewegung-muenchen>, speziell die Seiten

In den Anmerkungen werden Gumbel-Veröffentlichungen jeweils nur mit ihrem Titel zitiert, andere mit dem Namen des Verfassers — und wenn nötig — mit einem Kurztitel. Ein Verzeichnis der Abkürzungen in den Anmerkungen sowie kurze Bemerkungen zur verwendeten Literatur finden sich am Anfang der Bibliografie.

(3) Unterstreichungen in Zitaten sind im Original entweder ebenfalls unterstrichen oder gesperrt gesetzt gewesen.** [!] habe ich hinzugefügt.

I. Jugend, Krieg, Berlin

„Ich bin 1891 in München geboren und studierte dort von 1910 bis 1914 Mathematik, daneben Nationalökonomie. 1913 wurde ich Assistent am Seminar für Statistik und Versicherungswissenschaft und promovierte 1914.

Der Krieg brachte mich zu den Unabhängigen Sozialdemokraten. Zuerst war ich Kriegsfreiwilliger. Dann arbeitete ich, 1917, in der Flugzeugmeisterei Adlershof, später bei Telefunken. 1921 war ich Lehrer an der Betriebsräteschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin. Daneben studierte ich Physik. 1923 habilitierte ich mich an der Universität Heidelberg für Statistik; 1924 erhielt ich einen Lehrauftrag für dieses Fach.“¹

Ungewöhnlich an Gumbels Biografie ist bis hier seine Vielseitigkeit und die Zielstrebigkeit, mit der er eine Universitätslaufbahn ansteuerte. Ein weiteres Anzeichen dafür sind seine zahlreichen Veröffentlichungen aus den Jahren 1914–17 in mathematischen und statistischen Fachzeitschriften. Seine Dissertation „Über die Interpolation des Bevölkerungsstandes“² erschien 1916 in Buchform. Sogar seine kriegsbedingte Tätigkeit in der Flugzeugmeisterei nutzte er für physikalische Experimente, die er in drei Aufsätzen veröffentlichte.³

Wie die überwiegende Mehrheit seiner Kommilitonen zog Gumbel am 1.8.1914 freiwillig in den Krieg. Seine Wandlung zum Pazifisten muß dann im ersten Kriegsjahr vonstatten gegangen sein. Bereits im Herbst 1915 ist er Mitglied in einer der wenigen pazifistischen Gruppen, dem im Oktober 1914 von Kurt von Tepper-Laski, Ernst Reuter, Albert Einstein u.a. gegründeten „Bund Neues Vaterland“.⁴ In einem Artikel zu Gumbels 40. Geburtstag heißt es:

(4) „Die pazifistische Gesinnung Gumbels ist gewissermaßen durch seine ‚Erbmasse‘ bestimmt: er stammt aus einer pazifistischen Familie, und der in pazifistischen Kreisen bestens bekannte . . . Schriftsteller Emel war sein Onkel und der geistige Berater seiner Jugend.“⁵

Politische Veröffentlichungen aus den Kriegsjahren habe ich nicht gefunden; ebenso wenig über etwaige politische Aktivitäten.

0052, 0064, 0076, 0088, 0100, 0112, 0124, 0136, 0148, 0160 0172, 0184, 1096, 0220 und 0232.

**In dieser Neuausgabe werden in der Regel die Unterstreichungen der Originalausgabe durch *kursive Schrift* wiedergegeben.

¹Freiheit der Wissenschaft, 267. In seiner Personalakte befindet sich die „Standesliste“ mit folgenden Angaben: „Emil Julius Gumbel, geb. 18.7.1891 in München, konfessionslos, Gymnasium, Reifeprüfung 1910 am Wilhelmsgymnasium in München, Militärzeit: 1. bayrisches Feldartillerieregiment, 1. bayrisches Schneeschuhregiment(Elsaß) 1914/15, Flugzeugmeisterei Adlershof 1917/18. Prüfungen: Diplom für Versicherungsverständige 1.2.1913, Dr.oec.publ. 24.7.1914. Nebenbeschäftigungen: Schriftsteller. Verwendungen im öffentlichen Dienst: Universität München, Assistent, 1.2.13–1.8.14, Flugzeugmeisterei Adlershof, Ingenieur, 1.2.16–1.5.18“(UAH III 5b, 331, S.1ff.)

²UB-Dissertationenkatalog. Doktorvater war G. v. Mayr, Koreferent Friedrich Böhm.

³Eine Liste der Veröffentlichungen Gumbels findet sich in der Bibliografie dieser Arbeit.

⁴Lehmann-Rußbildt, insbes. S. 140

⁵Der Sozialistische Student, Nr.5 (1931). Über den genannten Schriftsteller habe ich weder in Literaturgeschichten noch in Lexika etwas herausfinden können.

Nach Kriegsende blieb Gumbel in Berlin, wahrscheinlich angezogen durch die politische Entwicklung, die plötzlich die Möglichkeit eines sozialistischen Deutschlands bot. Während des Winters 1918/19 spielte er eine Rolle in der berliner revolutionären Entwicklung. Auf der Titelseite der „Weltbühne“ von 19.12.18 erschien eine „Rede an Spartacus“, die Gumbel auf der ersten öffentlichen Versammlung des Spartacusbundes gehalten hat. Dieser hatte sich damals organisatorisch noch nicht von der USPD gelöst. Er sprach „für die Nationalversammlung und gegen die Diktatur des Proletariats“, was innerhalb der USPD damals der Position um den Parteivorstand und die Theoretiker Kautsky, Hilferding und Bernstein entsprach. Gumbels Rede ist sehr sachlich, fast trocken. Er lobte die Verdienste Liebknechts und distanzierte sich von den halbherzigen Maßnahmen der Mehrheitssozialisten gegen die Offiziere und Beamten des alten Regimes. Gumbel kritisierte auch die revolutionären Illusionen der Spartacusführer, die auf Umwälzungen auch in den Ländern der Entente hofften: „Das siegreiche Heer fragt nicht nach der Schuld des Imperialismus . . . es fühlt sich nicht betrogen; die Regierung hat gehalten, was sie versprochen: sie hat den Sieg gebracht.“ Er wies auf die „psychologischen“ Voraussetzungen (der deutschen) Revolution hin: Sie war eine Militärrevolution, eine Folge der Niederlage im Weltkrieg. Gumbel empfahl die Probleme der Demobilisierung und Ernährung zu lösen, die Produktion wieder in Gang zu bringen, dafür bräuchte man die Fachleute des alten Regimes, allerdings unter „strengster Kontrolle der Soldatenräte, strengster Kontrolle, daß sie ihre Mittel nicht zu politischen Zwecken mißbrauchen.“⁶

Während der Kämpfe, die Noske mit Resten der alten Armee und den Freikorps gegen die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte führte, entging Gumbel am 14.3.19 nur dadurch einer standrechtlichen Erschießung, daß er noch nicht von der „ersten Begegnung internationaler Friedensfreunde“ in Bern zurückgekehrt war, an der er als Delegierter des Bundes Neues Vaterland teilgenommen hatte.⁷

(5)

Als er eine Veranstaltung der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) im Februar 1920 in Berlin-Charlottenburg leitete, wurde Gumbel ein weiteres Mal hautnah mit dem rechten Terror konfrontiert. Hauptredner der Versammlung war Hellmuth von Gerlach, Sproß einer preußischen Junkerfamilie, der sich vom Konservativen nach und nach zum Anhänger der radikalen pazifistischen Linken gewandelt hatte und deshalb besonderer Verfolgung durch die Freikorps und später die nationale Rechte ausgesetzt war. Baltikumer Freikorpskämpfer sprengten die Versammlung.

„Damals wichen Sie, lieber Herr Doktor Gumbel, als Vorsitzender nicht von Ihrem Platz, Sie blieben ruhig stehen, die Glocke schwingend, noch als Ihnen das Blut von den Hieben der jungen Vaterlandsretter übers Gesicht rieselte. La Séance continue.“⁸

Der Autor dieser Passage, Carl v. Ossietzky, wollte mit dieser Episode ganz allgemein Gumbels unerschrockenes Eintreten für seine Überzeugung charakterisieren. Typisch für ihn ist auch die gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit Gegnern, die Methoden anwenden, derer Gumbel sich nicht bedienen kann und will.

Auch während der Berliner Jahre publizierte Gumbel eine Reihe Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften. U.a. trat er immer wieder für Einsteins damals noch umstrittene Relativitätstheorie ein. Mit diesem verband ihn aus der gemeinsamen politischen Arbeit im Bund Neues Vaterland auch eine persönliche Beziehung. 1921 und 1922 übersetzte Gumbel zwei politische Bücher Bertrand Russells, mit dessen Ansichten er sich offensichtlich identifizierte.

⁶Wb 14, S. 569ff. Zu Gumbels politischer Position in den Jahren 1918/19 s.a. Hans Thill, „Gumbel, Heidelberg, Republik“ (Vorwort zu: Vier Jahre politischer Mord, Reprint.)

⁷Lehmann-Rußbüldt, S.99. G.F. Nicolai, Vorwort zu „Zwei Jahre Mord“, S.5.

⁸Wb, Bd.27, S.150. H.v.Gerlach, S.255ff.

Für nationales Aufsehen und das Entstehen des Feindbildes Gumbel sorgten seine Veröffentlichungen über den Terror der Freikorps, der Armee und der Justiz gegen die revolutionäre Linke in den Jahren 1918–22.

(6) 1920 erschien „Zwei Jahre Mord“ im Verlag Neues Vaterland, 1922 als Fortsetzung „Vier Jahre politischer Mord“ im kommunistischen Malik-Verlag.⁹

In einer ungeheuren Fleißarbeit hat Gumbel versucht, all das zu recherchieren, was die Staatsanwälte nicht aufdecken wollten: In „Zwei Jahre Mord“ untersuchte er 334 Fälle, in „Vier Jahre politischer Mord“ 537. Lediglich 22 bzw. 16 dieser Morde wurden von Linken verübt. Diese wurden fast alle durch die Justiz aufgeklärt, die Schuldigen zum Tode oder hohen Haftstrafen verurteilt.¹⁰ Alle übrigen Morde wurden von rechten Terrororganisationen (Freikorps, Geheimbünde) bzw. von der Reichswehr begangen. Lediglich eine Tat — der Rathenaumord — wurde bis 1922 durch die Verurteilung der Täter zu Haftstrafen gesühnt, ohne allerdings die Hintermänner zu belangen. Außerdem verglich Gumbel in „Vier Jahre politischer Mord“ das Schicksal der Führer und Militärs der Bayrischen Räterepublik mit dem der Führer und Militärs des Kapp-Putsches. Auch hier das gleiche Bild: Während die Beteiligten an der Räterepublik zum Teil erschlagen, alle anderen zum Tode oder hohen Gefängnis- bzw. Festungsstrafen verurteilt wurden, mußte lediglich *ein* Beteiligter am Kapp-Putsch für fünf Jahre hinter Gitter, der Rest wurde entweder nicht verfolgt, nicht verurteilt oder amnestiert. Von den gegen die 775 am Kapp-Putsch beteiligten Offiziere eingeleiteten Militärgerichtsverfahren wurden 486 eingestellt. 48 Offiziere wurden ihres Dienstes enthoben, sechs wurden verabschiedet, die übrigen Fälle endeten mit Versetzung, Beurlaubung oder geringeren Disziplinarstrafen.¹¹

Gumbels Methode war äußerst streng:

(7) „Ein Fall wurde aufgenommen, falls es sich dabei um eine vorbedachte, gesetzeswidrige, durch innerpolitische Motive verursachte Tötung eines namentlich bekannten Deutschen handelte, wobei der Vorgang sich nicht als Massenhandlung sondern als individuelle Tat qualifizierte. Ich habe nur solche Fälle aufgenommen, wo die erschießende Partei nicht behauptet hat, daß sie von der Menge angegriffen wurde . . . In der Auswahl der Fälle bin ich bei den Morden von rechts viel vorsichtiger verfahren als bei denen von links . . . Ich habe mich gestützt auf Gerichtsakten, Urteile, Entscheidungen über Einstellung des Verfahrens, Zeugenaussagen, Mitteilungen von Rechtsanwälten, von Hinterbliebenen, endlich Zeitungsnotizen. Die Prozeßberichte habe ich hauptsächlich in den rechtsstehenden Zeitungen studiert. In allen Fällen, wo das Material nicht genau war, wurde an die Angehörigen und Berichterstatter geschrieben. Blieben die Nachrichten unvollständig, so blieben die betreffenden Fälle weg.“¹²

Gumbel schickte „Zwei Jahre Mord“ an alle zuständigen Staatsanwaltschaften.

„Ich hatte die Behauptung aufgestellt, daß die deutsche Justiz über 300 Morde unbestraft läßt und hatte erwartet, daß dies nur zwei Wirkungen haben könnte. Entweder die Justiz glaubt, daß ich die Wahrheit sage, dann werden die Mörder bestraft. Oder sie glaubt, daß ich lüge, dann werde ich als Verleumder bestraft. Tatsächlich ist etwas Drittes, völlig Unvorhergesehenes eingetreten: Von behördlicher Seite ist kein einziger Versuch gemacht worden,

⁹Daneben erschienen zwei pazifistische Werke: „Vier Jahre Lüge“ (1919) und „Vom Stahlbad des Krieges“ (1924)

¹⁰Zwei Jahre . . . , S.52ff. Vier Jahre . . . , S.73ff.

¹¹Vier Jahre . . . , S.99ff.

¹²Vier Jahre . . . , S.5

meine Behauptungen zu bestreiten. Im Gegenteil, die höchste zuständige Stelle, der Reichsjustizminister, hat meine Behauptungen mehrmals ausdrücklich bestätigt. Trotzdem ist nicht ein einziger Mörder bestraft worden.“¹³

„Zwei Jahre Mord“ und „vier Jahre politischer Mord“ erreichten bis 1922 eine Gesamtauflage von 18.000. Bereits am 5.7.21 richtete der SPD-Abgeordnete Gustav Radbruch eine Aufforderung an die Regierung, den Behauptungen über politische Morde nachzugehen und dem Reichstag darüber zu berichten. Reichsjustizminister Heinze und ab Herbst 1921 der genannte Radbruch als sein Nachfolger setzten sich mit den Justizverwaltungen von Preußen, Bayern und Mecklenburg, wo die Morde stattgefunden hatten, in Verbindung. Deren Berichte lagen im Mai 1922 vor, die Veröffentlichung ließ allerdings noch anderthalb Jahre auf sich warten: im November wurden sie dem Reichstag in einem[!] Exemplar vorgelegt, eine Drucklegung müsse wegen der „ungeheuren Kosten und der gebotenen Sparsamkeit“ unterbleiben.¹⁴ Schließlich gelang es Gumbel, eine Abschrift anfertigen zu lassen. Er veröffentlichte die „Denkschrift des Reichsjustizministers“ mit Kommentaren im Mai 1924.

II. Die Universität Heidelberg und ihre Studenten 1924

Über Gumbels Habilitation ist nicht mehr in Erfahrung zu bringen, als er selbst in seinem zitierten Lebenslauf schrieb. In den Akten der philosophischen Fakultät fehlen die Jahre 1919/20 – 1924/25. Seine Habilitationsschrift steht weder im Alfred-Weber-Institut, an dessen Vorläufer Gumbel lehrte, noch in der Universitätsbibliothek. Es dürfte eine der in der Bibliografie (s.u.) unter 1923 oder 1924 aufgeführten Veröffentlichungen sein. (8)

„Nach der Einführung der Diplomprüfungsordnung für Volkswirte an der Universität Heidelberg wurde Statistik ein Prüfungsfach. Mittel, eine ordentliche Professur für dieses Fach zu berufen, waren damals ... nicht vorhanden. Die Fakultät hat deswegen ... nach einem Herren gesucht, der zunächst unentgeltlich Kollegs hielt und der dann später einen Lehrauftrag seitens des Ministeriums erhielt, und zwar auf Antrag der Fakultät.“¹⁵

Am 23.1.23 bekam Gumbel die *venia legendi* als Privatdozent für Statistik. Zunächst erhielt er nur Kollegelder, ab April 1924 auch ein Privatdozentenstipendium¹⁶.

Die erste Zeit in Heidelberg wohnte Gumbel in der Heugasse 3.¹⁷ Er scheint über einige finanzielle Mittel verfügt zu haben, denn auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise 1923 konnte er günstig ein Haus in der Beethovenstr. 39 erwerben, da die Gesellschaft, die das Haus gebaut hatte, in Finanznöten war. Während seiner Wohnungssuche legte Gumbel sich mit dem Leiter des Wohnungsamtes Leonhard (über Gumbel: „anmaßend“) an, da dieser ihm nicht sofort eine angemessene Wohnung beschaffen konnte. Die Universität warte bereits drei Jahre auf ihn, deshalb müsse er bevorzugt behandelt werden.¹⁸

Über die heidelberger Universität gibt es eine Vielzahl historischer Darstellungen; doch enden alle vor 1914 oder zu einem noch früheren Zeitpunkt. Das liegt wohl vor allem daran, daß die Universitätsgeschichte zwischen 1914 und 1945 nicht losgelöst von der politischen Geschichte dieser Zeit zu schreiben ist, und daß sich diese „wirre“ (1919–1933)

¹³ebenda, S.6

¹⁴Denkschrift, S.5ff.

¹⁵Der badische Kultusminister Remmele am 19.12.30, Badischer Landtag, Sp.381.

¹⁶UAH III 5b, 331, S.15 u. 25

¹⁷Vorlesungsverzeichnis der Universität HD, SS 23, Register

¹⁸UAH III 5b, 331, S.19

bzw. „finstere“ (1933–1945) Zeit nicht für Romantisierungen eignet, wie sie ansonsten die Darstellungen der Geschichte Heidelbergs und seiner Universität beherrschen.

(9) In den wenigen Erinnerungen, die Mitglieder der heidelberger Universität über die Zwanziger Jahre veröffentlicht haben, besteht Einigkeit darüber, daß der Weltkrieg eine Wende in der Geschichte der alma mater bedeutete; „die geistig ungemein lebendige, aber auch märchenhaft ruhige Zeit“¹⁹ war nach dem Krieg vorbei. Stattdessen prägten materielle Nöte das Leben, auch an der Universität. Max Weber und andere Mitglieder der „großen älteren Generation der Gelehrten“²⁰ starben. „Wissenschaftlicher Nachwuchs ersten Ranges wurde an andere Universitäten berufen.“²¹ Trotzdem lehrte in Heidelberg auch in den Zwanziger Jahren eine Reihe bedeutender Professoren: Alfred Weber, Friedrich Gundolf, Gerhard Anschütz, Gustav Radbruch, Karl Jaspers, Ludwig Curtius, Martin Dibelius u.a.

„Und doch war alles ganz anders als vor dem Krieg. Ich wurde Zeuge und Teilnehmer der Spannungen und Kämpfe, die in den Jahre bis 1933 in der Universität sich ständig verschärften. Es war kein klarer Kampf um eine große Sache, vielmehr aus ungeklärten Motiven im Ganzen eine Verwirrung, die dem zunächst von allen verabscheuten Nationalsozialismus keine sittlich-geistige Kraft entgegensetzen konnte.“²² „Die Nachkriegsjugend hatte nicht mehr die feurige Leidenschaft und selten die stille Muße der Vorkriegszeit.“²³

In erster Linie hatte sich wohl weder das Niveau der Hochschullehrer noch der Eifer der Studenten verändert, sondern die politische Situation: Im Gegensatz zur gesellschaftlichen Stabilität vor 1914, in der die Universität ein Elfenbeinturm des „reinen Geistes“ sein konnte, wurde sie in der Weimarer Republik durch die veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die ihrerseits eine Politisierung der Studenten bewirkte, in politische Auseinandersetzungen hereingezogen und zu deren Austragungsort. Daß insbesondere die Professoren diesen Auseinandersetzungen nicht gewachsen waren, ist nicht weiter verwunderlich. Karl Jaspers schrieb über den Lehrkörper der Universitäten — und er machte hier zu Recht keinen Unterschied zwischen Vor- und Nachkriegszeit:

„Ihrem gewaltigen Fleiß schien eine existentielle Bodenlosigkeit und Verworfenheit zugrunde zu liegen . . . Sie waren das, was man in meinem Elternhaus nach einer großen deutschen Partei mit dem Scheltwort ‚nationalliberal‘ bezeichnete, d.h. Menschen ohne Entschiedenheit und Zivilcourage.“²⁴

„Allgemein wurde als Postulat die reine, durch keine politische Tendenz verfälschte Wissenschaft erhoben. Die Professoren fühlten sich als Vertreter des Idealismus und der geistigen Werte. Sie waren Vorkämpfer des Bürgertums, als dieses um seine Freiheit rang . . . Die reale, meist konservative und nationalistische Haltung der Professoren entsprach den idealen Forderungen höchst unvollkommen.

(10) Geblendet von den materiellen Erfolgen der Kaiserzeit haben die deutschen Professoren die aus der Not geborene und zunächst mit Not erfüllte Republik mit dem Herzen nie bejaht . . . Die Freiheit und Unabhängigkeit der Hochschulen diente dazu, die Republik aktiv und passiv zu bekämpfen. Die Republik, demokratisch gegen ihre Feinde, duldete die auf den Universitäten gegen ihre eigene Existenz getriebene Propaganda. Die Ministerien hatten Angst davor, durch Ernennung von Außenseitern die Universitäten zu brüskieren.“²⁵

¹⁹Jaspers, Erinnerungen, S.7

²⁰Salin, S.80

²¹Salin, S.80

²²Jaspers, Erinnerungen, S.8

²³Salin, S.80

²⁴Jaspers, Autobiografie, S.36

²⁵Freiheit der Wissenschaft, S.10

Der Lehrkörper bestand damals aus ordentlichen Professoren (Ordinarien), außerordentlichen Professoren und Privatdozenten. Die ersteren waren Beamte, die zweite Gruppe zum Teil ebenfalls, die dritte nicht.

„Die lange Zeit, die ein Privatdozent, kaum bezahlt, warten mußte, bis er eine Stellung bekam, und die dadurch bedingte Auslese der Professoren nach ihrer Zugehörigkeit zur Rentenbourgeoisie trug nicht dazu bei, Charaktere zu bilden.“²⁶

In der „Weltbühne“ heißt es 1925 über die Universität Heidelberg, „daß rechtsradikale Angehörige (der) Hochschule in ihren Vorlesungen den Reichspräsidenten Ebert mit Schmutz beworfen haben, in ihren Vorlesungen die bestehende Staatsform schmähen, ihre Vorlesungen abhalten, wenn die Republik Feiertag hat.“²⁷

In den Jahren 1919-24 sank die Zahl der Studenten in Heidelberg von 3000 auf knapp 2000. Danach stieg sie langsam wieder an. Durch die materiellen Verluste des Bürgertums (Kriegsanleihen, Inflation) waren die meisten Familien nicht in der Lage, die Kosten eines Studiums für ihre Kinder zu bestreiten.

So stand in den ersten Nachkriegsjahren der Gedanke der materiellen und sozialen Selbsthilfe im Mittelpunkt der Aktivitäten der Studentenschaft: mit Spenden aus privaten und staatlichen Mitteln richtete sie die Mensen ein, studentische Arbeitsvermittlungen wurden gegründet. Die tarifliche Bezahlung von Studentenjobs konnte durchgesetzt werden. Für Examenskandidaten wurde ein Darlehensfond eingerichtet. Auf privater Grundlage wurde die studentische Krankenversicherung begründet.²⁸

Politisch waren die Studenten zuerst durchaus nicht antirepublikanisch eingestellt. Als 1920 die Universität eine Trauerfeier für Max Weber verweigerte, sprang die Studentenvertretung (AStA) mit einer von ihr organisierten Feier ein.²⁹ Ebenfalls im Jahre 1920 wurde dem völkischen und scharf antisemitischen Privatdozenten Arnold Ruge die Lehrberechtigung entzogen. Er war geistiges Oberhaupt des Blücherbundes. Später wurde er wegen eines Fememordes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.³⁰ Dieses Disziplinarverfahren erregte kein großes Aufsehen, erst Jahre später, im Zusammenhang mit dem ersten Fall Gumbel, griffen die nationalen und nationalsozialistischen Studenten dieses „Unrecht“ wieder auf.

(11)

Das einzige weitere Disziplinarverfahren, das bis 1924 aus politischen Gründen gegen einen heidelberger Hochschullehrer geführt wurde, richtete sich ebenfalls gegen einen Rechtsradikalen. Der Nobelpreisträger und spätere „Reichsführer Deutsche Physik“ Philipp Lenard ließ 1922 am Tage der Beerdigung Walter Rathenaus trotz Staatstrauer arbeiten und die Fahnen nicht auf halbmast setzen.

Sozialistische Studenten und Arbeiter überfielen daraufhin das physikalische Institut und verschleppten Lenard. Abend ließen sie ihn wieder frei. Als Anführer dieses Überfalls wurde der Student Carlo Mierendorf³¹ zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Lenard bekam ein Disziplinarverfahren, das aber angesichts zahlreicher Solidaritätsbekundungen seitens heidelberger Studenten wie namhafter Wissenschaftler eingestellt wurde.³² Die Sympathieumgebungen von Studenten für Lenard lassen im Vergleich zum Fall Ruge erste Anzeichen erkennen für eine Wandlung vom unpolitischen Nationalismus der ersten Nachkriegsjahre,

²⁶ebenda, S.9

²⁷Band 21.1, S.908

²⁸Leisen, S.15ff. Mitgau, Demokratie, S.52ff.

²⁹Jaspers, Erinnerungen, S.8

³⁰Verschwörer, S. 164ff u. 171ff. Verräter verfallen. . . , 124f.

³¹Er wurde später für die SPD der damals jüngste Reichstagsabgeordnete. In vielen Debatten profilierte er sich als entschiedener Gegner der Nazis. Goebbels kannte er aus gemeinsamer heidelberger Studienzeit. 1933-38 verbrachte er im KZ. Später gehörte er zum Kreisauer Kreis, 1943 kam er bei einem Bombenangriff ums Leben.

³²Leisen, S.26f.

der der Erziehung im Kaiserreich und der bürgerlichen Herkunft der meisten Studenten entsprach, zum bewußten Anti-Republikanismus.

Interessant wäre, im Vergleich der beiden Disziplinarverfahren zu überprüfen, ob sich auch in ihrer Durchführung eine derartige Tendenz feststellen läßt, Bei Lenard handelte es sich wie bei Ruge um einen Rassisten reinsten Wassers. Z.B. bezeichnete er die Relativitätstheorie als „scheußliche Ausgeburt asiatischen Geistes“³³.

Das Disziplinargericht sprach auch Mierendorf in Gegensatz zum Gerichtsurteil frei.

(12) Ein anderer Anhaltspunkt zur Beurteilung des politischen Klimas in der heidelberger Studentenschaft sind die AStA-Wahlergebnisse. Zwischen 1919 und 1924 hatten die politischen Zusammenschlüsse der Verbindungen absolute oder gar Zweidrittelmehrheiten. Eine Ausnahme bildete lediglich das Wintersemester 21/22. Leisen meint, Heidelberg sei trotzdem eher die Ausnahme gewesen; an anderen Hochschulen hätten die Korporationen noch weit stärker die Hochschulpolitik dominiert.³⁴ Die einzig relevante Opposition war die Freie Hochschulgruppe (FHSG), sie vertrat die Nichtkorporierten (Freistudenten) und stand der Republik positiv gegenüber. Obwohl Hauptträgerin des sozialen Selbsthilfegedankens der Nachkriegsjahre, bewegte ihr Stimmenanteil sich nur zwischen 13 und 33%. Eine sozialistische Gruppe kandidierte lediglich im nachrevolutionären Sommersemester 1919 (11%) und im Wintersemester 1920/21 (4%), die restlichen AStA-Mitglieder waren Vertreter einzelner Fachbereiche, jüdischer bzw. für mich nicht einzuordnender Splittergruppen. Die Wahlbeteiligung ging von anfangs weit über 60 auf unter 50% zurück.³⁵

Nach heutiger Vorstellung war der AStA eher ein Studentenparlament, auf je 60 abgegebene Stimmen kam ein Sitz. Dem, was wir unter AStA verstehen, entsprach der AStA-Vorstand, der — wie auch die anderen Ämter in der studentischen Selbstverwaltung — (trotz der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse) proportional mit den Vertretern der stärksten Fraktionen besetzt wurde.

Eine neue Situation ergab sich nach der AStA-Wahl im Sommersemester 1924: Durch die zunehmende Rechtsentwicklung weiter Teile der Studentenschaft brach die Einheitsliste der Verbindungen auseinander. Die schlagenden Verbindungen kandidierten hinfort mit eindeutig rechtsradikalen Programm als „Hochschulring deutscher Art“ (HdA, später: Großdeutsche Studentenschaft, G.St.), die gemäßigten katholischen Verbindungen beteiligten sich an einer „katholischen Liste“ (später: „Görresring“).

Zum ersten Mal kandidierte in diesem Semester eine, Ostern im Geiste des Hitlerputsches gegründete, „Nationalsozialistische Studentenschaft“.

(13) Bei einer Wahlbeteiligung von 45% bekamen beide Verbindungslisten zusammen acht, die Nationalsozialisten drei von 14 Sitzen. „Dank ihrer energischen und intensiven Tätigkeit“,³⁶ und weil die Verbindungsstudenten gerne anderen die Arbeit überließen, stellten die Nationalsozialisten den AStA-Vorsitzenden, den Kassenwart und zeitweise auch die Schriftführerin im AStA-Vorstand. Sie organisierten einen regelmäßigen Bürobetrieb, stellten eine Sekretärin ein, brachten die verwahrloste Registratur in Ordnung.

„Es wehte ein frischer Wind ... Allerdings gleichzeitig setzte damit auch eine radikale deutsch-völkische Agitation ein ... In den AStA-Sitzungen war wieder etwas los; Studentenvollversammlungen waren überfüllt und nahmen einen geradezu sensationellen Verlauf ... (wie) politische Versammlungen der Revolutionszeit.“³⁷

³³Arminia, S.128

³⁴Leisen, S.114

³⁵Mitgau, Demokratie, S.124ff.

³⁶Mitgau, Demokratie, S.73f.

³⁷ebenda. Die Bewegung, 1. Forts. Erklärung des AStA-Vorsitzenden zur Wahl des neuen AStA, in: Akad. Mitt. 4/1924/25, S.48.

III. Das „Feld der Unehre“

Am 26.7.24 begann der erste Fall Gumbel. Zur zehnten Wiederkehr des Kriegsausbruchs fand eine „Nie-wieder-Krieg!“-Veranstaltung der heidelberger Ortsgruppe der DFG statt. Einer der Redner war der französische Professor Balmain, „ein Vertreter des ‚anderen Frankreich‘, das die Gewaltpolitik Poincaré’s entschieden bekämpfte und in den letzten Kammerwahlen die Mehrheit des französischen Volkes für sich gewonnen hat“³⁸. Außer ihm sprach der SPD-Reichstagsabgeordnete Ströbel. Zur Umrahmung sang ein Männerchor. Gumbel, als Vorsitzender der heidelberger DFG, leitete die Veranstaltung, er eröffnete und beendete sie mit kurzen improvisierten Beiträgen.

Bei seinem Schlußwort unterlief ihm die Äußerung, die zum Skandal gemacht wurde:

„Ich bitte die Anwesenden, zwei Minuten im Schweigen der Toten des Weltkrieges zu gedenken, die — ich will nicht sagen — auf dem Felde der Unehre gefallen sind, aber doch auf gräßliche Weise ums Leben kamen.“³⁹

Was war an dieser Aussage derart provokant?

Die Niederlage im Weltkrieg, die Besetzung von Teilen Deutschlands durch fremde Truppen, die Entwaffnung Deutschlands stellten für den nationalen Teil der Bevölkerung ein unüberwundenes Trauma dar. „Hier schnitt sich die Nation auf Befehl zielsicher ihre Geschlechtsteile ab.“⁴⁰ Um die Schmach und die Scham zu mindern, entstand die „Dolchstoßlegende“. Die Niederlage bestand auf einmal aus lauter Einzelsiegen. Nur ein neuer Krieg konnte das Deutschland widerfahrene Unrecht wiedergutmachen. Pazifisten, die sich für Völkerverständigung einsetzten, wie Gumbel, waren in den Augen der nationalen Männer nicht nur Landesverräter, Äußerungen gegen den Krieg wurden darüberhinaus als Angriffe auf die eigene Männlichkeit empfunden: anders lassen sich viele Reaktionen nicht interpretieren. (14)

Bei Gumbel kam hinzu seine jüdische Abstammung; und er hatte sich durch seine Veröffentlichungen einen Namen gemacht als Gegner der Freikorps und nationalistischen Geheimbünde. Soeben waren die „Denkschrift“, als offizielle Bestätigung von Gumbels Behauptungen, und sein neuestes Buch „Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde“ erschienen und hatten im Reich, aber auch im Ausland Aufsehen erregt.⁴¹ Der damalige Rektor Kallius hatte bereits am 1.7.24 wegen „Verschwörer“ bei der philosophischen Fakultät angefragt, „ob sie gewillt ist, dem Fall[!] gegenüber irgendwie Stellung zu nehmen.“⁴² Ende Mai hatte der preußische Landtag einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der Gumbels Vorwürfe klären sollte.⁴³

Ein weiterer wichtiger Grund für die Entstehung des ersten Falles Gumbel liegt in der Tatsache, daß sowohl im Rektorat als auch im AStA besonders reaktionäre Vertreter saßen.

Der neugewählte AStA konstituierte sich just am Tage nach der „Nie-wieder-Krieg!“-Veranstaltung.⁴⁴ Die Nationalsozialisten griffen Gumbels Äußerung auf der an Montagmorgen (28.7.) stattfindenden „ordentlichen Semesterschluß-VV“, die allerdings nur von ca. 50 Studenten besucht wurde, auf. Mit 30 gegen 20 Stimmen brachten sie eine Resolution durch, in der es u.a. heißt:

„Die Heidelberger Studentenschaft ist der Ansicht, daß Herr Dr. Gumbel

³⁸Das Zentrums-Blatt „Pfälzer Bote“, 29.7.24.

³⁹HT, 31.7.24. HNN, 28.7.24.

⁴⁰Franz Schauwecker, Der Aufbruch der Nation aus dem Kriege, S. 369. Zitiert nach Theweleit, Bd.2, S. 95ff., der reichlich Material zu diesem Trauma bietet.

⁴¹Berliner Morgenpost, 24.7.24. Daily Mail, 10.6.24 u.a.

⁴²UAH III 5b, 333, S.1. Jaspers, Autobiografie, S.38.

⁴³Verräter verfallen . . . , S.37ff.

⁴⁴Einzige Quelle dafür ist die mit Vorsicht zu behandelnde Darstellung in: Die Bewegung, 1.Teil.

(15) durch seine Äußerung erklärt hat, daß er keinen Wert darauf legt, länger Dozent an der hiesigen Hochschule zu sein.“⁴⁵

Der AStA solle in Sachen Gumbel beim Rektor vorstellig werden.

Ebenfalls am 28.7. erschien in den deutschnationalen „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ (HNN) der erste Artikel, in dem Gumbels Schlußwort zitiert wurde, verbunden mit einem hetzerischen Kommentar „Pfui Teufel, Herr Gumbel!“⁴⁶

Am folgenden Tag schrieb der Rektor an die philosophische Fakultät:

„Da diese unerhörte, alle Volkskreise gleichermaßen beleidigende Äußerung sicher gegen die Achtung und das Vertrauen eines akademischen Lehrers in gröblichster, wohl nicht zu überbietender Weise verstößt, sollte die Einleitung des Untersuchungsverfahrens gegen Herrn Gumbel in die Wege geleitet werden ... Ich halte die Würde der Universität für so unerhört verletzt, daß größte Eile notwendig ist.“⁴⁷

Ob Kallius diesen Brief aus eigener Empörung oder erst aufgrund der studentischen Stellungnahme oder der deutschnationalen Pressehetze schrieb, läßt sich nicht feststellen. Die philosophische Fakultät beschloß — wiederum am darauffolgenden Tag — ein Untersuchungsverfahren wegen der Entziehung der *venia legendi* nach §1, Ziffer 2 der Disziplinarverordnung vom 13.1.21 zu beantragen.

Sie übergab den Fall damit an den zuständigen Untersuchungsausschuß, der aus je einem Vertreter der Ordinarien (Karl Jaspers) und der Nicht-Ordinarien (Friedrich Baethgen) sowie einem Juristen als Vorsitzendem (Graf Dohna) bestand. Graf Dohna gab später zusammen mit Radbruch u.a. ein Buch über den Fall Fechenbach heraus. Er scheint ein Gemäßigter gewesen zu sein, während Baethgen, glaubt man einem „Weltbühne“-Artikel, ein Rechtsradikaler war.⁴⁸

Der Fall Gumbel nahm angesichts der gewohnten Schwerfälligkeit professoraler Gremien auch weiter einen rasanten Verlauf — rasant vor allem im Vergleich zur Behandlung der Disziplinarfälle Ruge und Lenard: Telefonisch erreichte Rektor Kallius am 31.7. noch rechtzeitig vor den Feiertag (1.8. war Totengedenktag) beim Ministerium die Einleitung des Verfahrens und Gumbels sofortige Suspendierung.⁴⁹

(16) Am Totengedenktag morgens früh um 8 Uhr begann der Untersuchungsausschuß seine Arbeit mit der Vernehmung von Zeugen. Bereits am folgenden Tag legte er der Fakultät seinen einstimmig beschlossenen Bericht vor:

„1. Die Äußerungen sind so gefallen. 2. Die Interpretation ist strittig ... Eine gewollte Kränkung der Toten oder Kriegsteilnehmer scheint nicht beabsichtigt gewesen zu sein, wohl aber nach der Überzeugung des Ausschusses eine Kränkung der Gesinnung, die im Kriegstod eine Ehre, nicht bloß ein Unglück sieht ... Der Untersuchungsausschuß steht unter dem unmittelbaren Eindruck der wesentliche Gemeinschaftsgefühle verletzenden Äußerungen Gumbels, hält es aber zur Gewinnung eines objektiv begründeten und für die Öffentlichkeit [!] überzeugenden Endurteils über die Anwendbarkeit des §1 der Verordnung für erforderlich, diese Äußerung in den größeren Rahmen einer Würdigung der gesamten Persönlichkeit unter Heranziehung weiteren Materials einzuordnen.“⁵⁰

⁴⁵Akad. Mitt., Nr.4/WS 24/25, S.48

⁴⁶In den Berichten des katholischen „Pfälzer Boten“ und des demokratischen HT vom 29. bzw. 28.7.24 wird das Schlußwort Gumbels überhaupt nicht erwähnt.

⁴⁷UAH III 5b, 331, S.31f.

⁴⁸Bd. 21,1, S. 908

⁴⁹Die Bewegung, 1.Teil. UAH III 5b, 331, S.17.

⁵⁰UAH III 5b, 333, S.17ff., insbesondere S.27f.

Entgegen diesem relativ moderaten Bericht faßte die Fakultät in derselben Sitzung folgenden Beschluß:

„Es handelt sich nach dem Ermessen der Fakultät nicht um die Frage, ob der Redner das Gedächtnis der Toten entehren wollte, sondern darum, daß durch die von ihm tatsächlich gewählte Form des Ausdruckes ein selbstverständliches Gefühl der Pietät, das Millionen von Volksgenossen heilig ist, aufs Schwerste getroffen wird.“ Die inkriminierte Äußerung reiche alleine vollkommen aus, um eine Entziehung der Lehrberechtigung zu befürworten, darüber hinaus habe aber Dr. Gumbel im Verlaufe des Verfahrens kein Wort des Bedauerns gefunden, außerdem verschärfe sein schriftstellerisches und sonstiges öffentliches Auftreten seit der Habilitation das Urteil. „Die Fakultät legt Wert darauf hervorzuheben, daß sie die vorstehende Erklärung wohl erwogen und unter Abweisung jeder Einmischung von welcher Seite auch immer, gefaßt hat.“⁵¹

Vielleicht läßt sich der Widerspruch zwischen dem mäßigen Bericht des Untersuchungsausschusses und dem Votum der Fakultät für eine Suspendierung Gumbels durch Jaspers' — insgesamt allerdings etwas ungenaue Darstellung — auflösen:

„Noch bevor dieses Gutachten (des Untersuchungsausschusses) an die Fakultät gelangte, wurde es jedoch im Kreise der Professoren bekannt. Es erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Ein Theologe kam morgens früh schon vor acht Uhr zu dem juristischen Mitglied der Kommission, um ihm davon Mitteilung zu machen und sie durch eigene kräftige Worte zu unterstützen.

Meine beiden Kollegen in der Kommission baten mich daraufhin, einverstanden zu sein, daß unsere schon geschehene Unterschrift unter das Gutachten annulliert würde, und daß wir ein neues Gutachten verfaßten. Ich erklärte den beiden, daß ich mit der Annullierung ihrer Unterschriften einverstanden sei. Das bisherige Gutachten aber solle als das meine an die Fakultät weitergehen. Sie möchten ein neues auf ihre eigene Verantwortung ohne mich verfassen. So geschah es“.⁵²

Nach Jaspers fiel der Beschluß mit allen Stimmen gegen seine⁵³. Dekan war damals immerhin der allgemein als „liberal“ eingestufte Alfred Weber!

(17)

„Als ich von dieser Sitzung nach Hause kam, sagte ich, in Tränen ausbrechend, verzweifelt zu meiner Frau: ‚Die Freiheit der Universität ist zu Ende, niemand weiß mehr was das ist, ich gebe den Kampf auf und treibe nur noch Philosophie.‘ ‚Wie‘, antwortete sie besorgt und fordernd, ‚du wirst doch nicht flügelahm!‘“⁵⁴

Leider bewahrheiteten sich die Befürchtungen seiner Frau. Jaspers stellte sich in den folgenden acht Jahren nie wieder hinter Gumbel gegen die Fakultät.

Nach dem Fakultätsbeschluß, ihm die *venia legendi* zu entziehen, schrieb Gumbel am 4.8. an den Senat, bei dem die nächste Entscheidung über sein Schicksal lag:

„Den von mir gewählten unglücklichen Ausdruck habe ich von dem ersten Moment an, wo er Aufsehen erregt hat, bedauert.“⁵⁵

⁵¹ebenda, S.29ff.

⁵²Jaspers, Autobiografie, S.39. Es bleiben Widersprüche zu den Akten des UAH. Z.B. gibt es dort kein zweites Gutachten des Untersuchungsausschusses. Der gesamte Zusammenhang von Jaspers Äußerungen über Gumbel läßt meiner Ansicht nach aber nur die Zuordnung zu den Ereignissen von 1924 zu.

⁵³Die Akten der phil. Fak. für SS 1924 fehlen ja im UAH.

⁵⁴Jaspers, Autobiografie, S.40

⁵⁵UAH III 5b, 333, S.30

Am 6.8., elf Tage nach Gumbels Äußerung, befürwortete der Engere Senat der Universität ebenfalls die Entziehung der *venia legendi*. Neuer Vorwurf:

Gumbel habe „seine Kraft weniger der Lehrtätigkeit und wissenschaftlichen Arbeit als der intensiven und ganz einseitigen politisch-agitatorischen Tätigkeit gewidmet. So soll ein Lehrer der akademischen Jugend nicht sein.“⁵⁶

Die einzige Gegenstimme zu diesem Beschluß kam ausgerechnet vom Dekan der philosophischen Fakultät Alfred Weber. Er sah mit Gumbels Erklärung des Bedauerns die Möglichkeit gegeben, das Verfahren einzustellen.

Noch am selben Tage entschied der letztlich für die Entziehung der Lehrberechtigung zuständige badische Minister für Kultus und Unterricht, Gumbels vorläufige Suspendierung aufzuheben. Seine Begründung lehnt sich an die Webers für dessen Gegenstimme zum Senatsbeschluß an.⁵⁷ Damit entstand eine unklare Situation, in der Gumbels Gegner zunächst nicht wußten, wie sie weiter vorgehen sollten.

(18) Die Entscheidung des Ministers (Willy Hellpach, DDP), gegen den erklärten Willen von Fakultät und Senat Gumbels Suspendierung aufzuheben, hing wohl damit zusammen, daß es im Sommer 1924 mit der Republik bergauf ging: Die schwersten innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme waren ansatzweise gelöst; durch die linken Wahlsiege in England im Januar und in Frankreich im Mai hatte sich auch die außenpolitische Situation verbessert; der Dawesplan war angenommen worden.

So waren die republikanischen Parteien und die ihnen nahestehende Presse bereit, Gumbel als einen Kämpfer gegen die rechten Gegner der Republik gegen deren Angriffe in Schutz zu nehmen. Anders war es mit dem Pazifisten Gumbel und der Form seiner Äußerung. Der Fall Gumbel ging im ganzen Reich durch die Presse. Es gibt eine ganze Reihe sehr engagierter Artikel, die Gumbel verteidigen, aber fast alle distanzieren sich von Gumbels Äußerung, die sie als rednerische Entgleisung in der Hitze des Gefechts oder mit dem improvisierten Charakter seiner Rede zu entschuldigen suchen.⁵⁸ Z.B. Arnold Zweigs Darstellung in der „Weltbühne“. Er half Gumbel, die Veranstaltung vom 26.7. zu leiten.

„Nein, sagte ich mir auffahrend und sah den Mann an, der neben mir stand, und eben diese Worte gesprochen hatte. Ich sah sein Profil, sein menschlich-offenes und redliches Gesicht und begriff. Es ist ja nicht möglich, Worte von einem Mann abzuschneiden, wenn der Mann ein Mann ist. Dieselben Worte, von irgendeinem stechenden Doktrinär gesprochen, hätten irreführen können. Hier aber dieses Auge sah im Sprechen die europäische Menschheit; dieser Mensch trug im Geiste, was an kultureller Verpflichtung hunderte von Jahren der besten Geister der Menschen uns heutigen übermacht hatten — und von dieser Verantwortung aus gesehen war das Feld des Großen Krieges allerdings ein Feld der Unehre: Unehre war da, Schande, um eine Welt zu ertränken; Unehre nicht der Toten, sondern der Lebenden, nicht der Gefährten, sondern der Leiter, der Mitwelt, der Verantwortlichen: aller Welt.

Er hätte den Satz nicht so sagen sollen, weil er mißverstanden werden konnte. Aber wer glühenden Herzens, und seine ganze Gedankenwelt immer bei sich, für eine große Sache aufsteht, hat Anspruch darauf, recht verstanden zu werden. Er hat Anrecht an den guten Willen selbst seiner Gegner.“⁵⁹

⁵⁶ebenda, S.45ff., insbes. S.50

⁵⁷ebenda, S.53

⁵⁸z.B. HT, 31.7.24; Vossische Zeitung, 6.8.24, Abendausgabe; Rhein-Mainische Volkszeitung, 16.6.25; Vorwärts 27.5.25.

⁵⁹Wb, Bd, 20, S.319.

Ganz anders Kurt Tucholsky, dessen Kommentar zum „Feld der Unehre“ der einzige ist, den ich gefunden habe, der die Form von Gumbels Äußerung uneingeschränkt übernimmt und gar noch steigert:

„Den Denunzianten unter seinen Kollegen und unter den Studenten sei gesagt: Das moderne Schlachtfeld ist weder ein Feld der Ehre noch ein Feld der Unehre. Es ist die Abdeckerei der Kaufleute, wo Sadisten, Ruhmbesoffene, wehrloses Gesindel und Unschuldige, Unschuldige, Unschuldige ermordet werden.“⁶⁰ (19)

Gumbel hatte der Fakultät soviel Nüchternheit — wenn schon nicht den von Zweig geforderten „guten Willen“ — zugetraut, daß ihm die Interpretation seiner Äußerung vor dem Untersuchungsausschuß ausreichend erschien, um die Vorwürfe aus der Welt zu schaffen. Erst als sich diese Einschätzung als illusorisch erwies, machte er den (taktischen) Rückzieher, sein Bedauern auszudrücken. Der Kultusminister zumindest ging darauf ein; Gumbel hatte seine Position gehalten. Andererseits wurde ab jetzt jede politische Äußerung Gumbels durch die rechte Presse aufgegriffen oder als private Eingaben und Denunziationen in das noch bis Mai 1925 laufende Untersuchungsverfahren eingebracht bzw. mit der Forderung nach einem neuen Verfahren verbunden.⁶¹

IV. Bis zum Beschluß der philosophischen Fakultät

Im Oktober 1924 sprach Gumbel als Vertreter der Deutschen Liga für Menschenrechte (Nachfolgeorganisation des Bundes Neues Vaterland) auf acht Veranstaltungen der französischen Schwesterorganisation für deutsch-französische Freundschaft.⁶² Die reaktionäre Presse überschlug sich.⁶³ Derartige Hetzartikel nahm die Fakultät zum Anlaß, erneut über Gumbel zu diskutieren. Weber schlug vor, den Fall Gumbel zur Untersuchung seiner Gesamtpersönlichkeit — wie im Gutachten des Untersuchungsausschusses angeregt — an diesen zurückzuverweisen; „in Hinblick auch auf die Studenten und die Öffentlichkeit“! Jaspers befürchtete, die Regierung, vor allem das Zentrum, beabsichtigten Eingriffe in die Lehrfreiheit, um die Hochschulen unter Kontrolle zu bekommen, deshalb[!] dürfe man mit Gumbel keinen Präzedenzfall schaffen. Dennoch beantragte die Fakultät schließlich einstimmig die Suspendierung Gumbels bis zum Abschluß des Disziplinarverfahrens, was das Kultusministerium allerdings erneut ablehnte.⁶⁴ Es forderte die Fakultät auf, erst einmal Gumbel selbst zu den neuen Anschuldigungen zu hören. Dieser legte dem Untersuchungsausschuß das Manuskript seiner Reden vor. Er konnte sämtliche Vorwürfe als Erfindungen bzw. Entstellungen entkräften. Im weiteren Verlauf des Disziplinarverfahrens spielten die Äußerungen in Frankreich keine Rolle. (20)

Vorwand für das Bemühen, Gumbel loszuwerden, war „der Wunsch, den ungestörten Lehrbetrieb zu sichern.“⁶⁵ Auch die Hauptsorge des Rektors galt etwaigen Störungen der Ordnung durch gumbelfeindliche Studenten.⁶⁶ Dabei blieb es auch zu Beginn des Wintersemesters unter den Studenten ruhig, der AStA scheint mit anderen Dingen beschäftigt gewesen zu sein, z.B. den Verhandlungen mit dem Kultusminister über eine neue Studierendenschaftsverfassung.

⁶⁰Wb, 30.6.25. Zitiert nach: Tucholsky, Bd.2, S.160

⁶¹Eine Vielzahl derartiger Briefe und Zeitungsartikel befindet sich im UAH in den Akten III 5b, 331, 431 und 435.

⁶²Lehmann-Rußbildt, S.101

⁶³Z.B. Badische Post, 25.10.24; Karlsruher Zeitung, 22.10.24; Badische Presse, 22.10.24; Kölnische Zeitung, 23.10.24 (2. Morgenblatt); Der Tag, 28.10.24.

⁶⁴Protokoll der Fakultätssitzung vom 31.10.24: UAH III 5a, 192, S.18ff. Fakultätsbeschuß von 31.10.24: UAH III 5b, 333, S. 81. Dekan war mittlerweile der Archäologe Ludwig Curtius.

⁶⁵UAH III 5b, 333, S.81

⁶⁶Akad.Mitt. Nr.1 (WS 24/25), S.6 und Nr.3, S.32. s.a. BP, 29.10.24.

Erst Ende November äußerte er sich zum Fall Gumbel. Er faßte den Beschluß, beim Dies academicus nicht zu chargieren, falls Gumbel daran teilnähme.⁶⁷ Die medizinische Fakultät wollte daraufhin den Dies ganz ausfallen lassen.

Rektor Hampe verhandelte mit Gumbel, der schließlich auf eine Teilnahme verzichtete.⁶⁸ Die Universität konnte sich ein weiteres Mal nach außen hin als bunte heile Welt darstellen!

Vom November 24 bis zum März 25 befaßte sich der Untersuchungsausschuß mit Gumbels Gesamtpersönlichkeit. Behandelt wurden neben seinen Äußerungen in Frankreich und Heidelberg (s.u.): Gumbels Landesverratsverfahren wegen „Verschwörer“, einzelne weitere Passagen aus diesem Buch, insbesondere eine abfällige Bemerkung über die Art und Weise, wie Ruge an der heidelberger philosophischen Fakultät sich hatte habilitieren können, zuletzt Unregelmäßigkeiten in Zusammenhang mit Gumbels Hauskauf, die sein Nachbar — ein Oberst i.R. — angezeigt hatte.⁶⁹

Gumbels nächster öffentlicher Auftritt — und damit zwangsläufig der nächste Skandal — fand am 19.1.25 wieder auf einer Veranstaltung der DFG statt. Obwohl Gumbel sie lediglich leitete, witterte der AStA eine Chance, das Disziplinarverfahren zu beschleunigen. Für den 26.1. wurde eine Vollversammlung einberufen, die den AStA beauftragte, Gumbel erneut beim Rektor anzuzeigen:

(21)

„In dieser Versammlung durfte am Tag nach dem größten Nationalfeste der Deutschen (Reichsgründungstag, C.J.) ein Franzose in französischer Sprache auf dem Boden einer deutschen Universitätsstadt für sein Vaterland das Wort ergreifen und Hello v. Gerlach, der von Deutschen aller Richtungen als Vaterlandsverräter abgelehnt wird, in einer das Ehrgefühl aller Vaterlandsliebenden verletzenden Weise Niederträchtigkeiten über Volk und Regierung äußern.“ „Meinungsäußerungen Andersdenkender seien durch bewaffneten Saalschutz unter den Augen der Polizei verhindert worden.“

Gumbels Vergehen: Durch ihn habe die Versammlung ein „akademisches Gepräge“ erhalten. „Die Heidelberger Studentenschaft fühlt sich dadurch aufs schwerste gekränkt, ganz besonders deswegen, weil am Tage, nachdem die Studentenschaft die Gefallenen geehrt hatte, Herr Dr. Gumbel, gegen den bereits ein Disziplinarverfahren wegen schwerer Schmähung gerade eben dieser Gefallenen schwebt, mit einer derartigen Versammlung an die Öffentlichkeit trat.“ Das Ansehen der ganzen Universität sei geschädigt worden.⁷⁰

Als das Schreiben nicht die erhoffte Wirkung zeigte, bot eine weitere Vollversammlung am 17.2.25 auf Antrag des HdA der Universität folgenden Kuhhandel an: Die Studenten würden sich mit Gumbel abfinden, wenn dafür der Rechtsradikale Ruge wieder eine Lehrberechtigung bekäme.⁷¹

Der Rektor jedoch wies in scharfem Ton die ständigen Einmischungen des AStA in das schwebende Verfahren zurück. Wegen eines Artikels über den Fall Ruge in den „Akademischen Mitteilungen“ wurden Disziplinarverfahren gegen sämtliche AStA-Mitglieder eingeleitet.⁷² Die „Akademischen Mitteilungen“ wurden in den nächsten Semestern vom Rektorat herausgegeben, um derartige Artikel zu verhindern.⁷³

Anlaß für die klare Reaktion des Rektors Hampe, der auch politisch gemäßigter als Kallius war, hatten auch die Begleitumstände der beiden Vollversammlungsbeschlüsse ge-

⁶⁷Akad.Mitt. Nr.5, S.65.

⁶⁸UAH III 5b, 333, nicht paginierte Seiten zwischen S.96 und 97.

⁶⁹ebenda.

⁷⁰UAH III 5b, 431, S.1ff. Akad.Mitt. Nr.8 (WS24/25), S.107.

⁷¹UAH III 5b, 431, S.23.

⁷²ebenda, S. 33 und 47.

⁷³Mitgau, Demokratie, S.75.

liefert: Am 26.1. hatten die Nationalsozialisten „den Juden das Beratungs- und Stimmrecht entziehen wollen, da es sich um eine rein deutsche Angelegenheit handelt“⁷⁴ Der Antrag wurde nicht befaßt, da er der Satzung widersprach; dennoch wurde die politische Polarisierung, die damit erzeugt wurde, u.a. in Artikeln für die „Akademischen Mitteilungen“ kritisiert.⁷⁵ Nach der anderen Vollversammlung richteten 34 namentlich unterzeichnende Studenten einen Protestbrief an den Rektor, weil sie „ihre Ablehnung nur unzureichend begründen durften“.⁷⁶ Für das eindeutig politische Auftreten der Nationalsozialisten waren die Studenten von 1925 noch nicht reif. Bei den AStA-Wahlen im Sommersemester 1925 erteilten sie den Rechtsradikalen eine klare Absage. Die Verbindungen, die außer den katholischen wieder auf einer Liste kandidierten, erreichten erstmals in der Geschichte der heidelberger Studentenschaft keine absolute Mehrheit: sie fielen von 58 auf 46% der Stimmen, die „Völkische Studentenschaft“ kam nur auf 12% (Nationalsozialisten 1924: 21%). Dafür konnten die Listen der Mitte ihren Anteil von 14 auf 42% steigern.⁷⁷ Dies ist das „liberalste“ Wahlergebnis in der heidelberger Studentenschaft bis 1945! (22)

Im März 1925 legte der Untersuchungsausschuß der philosophischen Fakultät zwei Berichte über Gumbels Gesamtpersönlichkeit vor, ein Mehrheitsvotum von Graf Dohna und Friedrich Baethgen und ein Sondervotum von Karl Jaspers. Das Mehrheitsvotum sieht in „Verschwörer“ eine Denunziation der Reichsregierung, es widerspreche allen Anforderungen, die an Publikationen eines Hochschullehrers zu stellen seien („ein Pamphlet übelster Sorte“). In der Passage über Ruge diskreditiere Gumbel seine eigene Fakultät. Die anderen Vorwürfe werden im Wesentlichen fallengelassen. Seiner Persönlichkeit nach sei Gumbel eine „Demagogennatur“.

„In seiner politischen Tätigkeit (ist) auch nicht der leiseste Einfluß wissenschaftlicher Qualitäten zu spüren. Vielmehr ist hier neben einem erheblichen Tiefstand des geistigen Niveaus in sachlicher und stilistischer Hinsicht ein völliger Mangel an Objektivität der hervorstechendste Zug ...“ usw. usf.⁷⁸ Abschließend: „Es ist nicht zu erwarten, daß er wenigstens in Zukunft die Grenzen innehalten wird, die durch die Rücksicht auf seine Stellung als Hochschullehrer und Mitglied der akademischen Korporation gezogen sein sollten.“⁷⁹

Auch Jaspers Sondervotum stellt sich nicht etwa hinter Gumbel. Allerdings bleibt bei ihm von den Vorwürfen noch weniger übrig und er erwähnt auch Dinge, die für Gumbel sprechen. Gumbels politische Schriften besäßen den Charakter moderener Agitation, „dramatische Pointierung, sensationelle Aufmachung, tendenziöse Zuspitzung“ — ganz anders seien „Ton und Haltung (seiner) zahlreichen gelehrten Abhandlungen“ (23)

Zum Landesverratsvorwurf: „Soviel es scheint, sagt Gumbel nichts, was nicht auch sonst öffentlich gesagt wird. Es kommt nicht darauf an, daß es vielen und auch mir widerwärtig ist, daß Gumbel von solchen Dingen überhaupt *öffentlich* redet.“ (Als ob es um Sexualität ginge ...)

Auch Jaspers wirft Gumbel im Fall Ruge einen „Verstoß gegen die akademische Solidarität“ vor, des Weiteren „Taktlosigkeiten“ bei seinen öffentlichen Auftritten in Frankreich und Heidelberg sowie Unbekümmertheit und Überheblichkeit, die sich auch in den Querelen um den Hauskauf äußere. Andererseits hält Jaspers Gumbel zugute, daß er seine Äußerung vom „Feld der Unehre“ — „wenn auch nicht im ersten natürlichen Impuls“ —

⁷⁴Akad. Mitt. Nr.8 (WS 24/25), S.107.

⁷⁵ebenda, S.105f.

⁷⁶UAH III 5b, 431, S.31.

⁷⁷Mitgau, Demokratie, S.128.

⁷⁸UAH III 5b, 333, 5.203ff.

⁷⁹ebenda, S.217ff. Beschl. d. phil. Fak., S.4.

sowie seine Äußerung über Ruges Habilitation bedauert habe. Seine Auftritte während des gegen ihn schwebenden Untersuchungsverfahrens zeugten auch von einer „Offenheit, nichts zu verbergen, wo es äußerlich geschickter wäre, das zu tun.“⁸⁰ Bei Gumbel würden „Parteimenschentum und Gelehrtennatur getrennt voneinander existieren“. Seine politischen Äußerungen würden aber in der Öffentlichkeit immer mit der Universität in Verbindung gebracht.

„Es ist zwar fraglich, wieweit (Rücksicht auf den Ruf der Universität) zu fordern ist, zumal es durchaus unbestimmt ist, was der Würde und dem Niveau der Universität entspricht. Aber es darf doch wohl als charakteristisch für Gumbel angesehen werden, daß er Interessen der Universität eigentlich für sich nicht kennt, abgesehen von der direkten Erfüllung der Lehrpflichten.“⁸¹

Am 16.5.25 faßte die philosophische Fakultät einen Beschluß, in dem sie sich zwar gegen die Entziehung der Lehrberechtigung ausspricht, der aber ansonsten einem glatten Rufmord gleichkommt. Denn dieser Beschluß wurde, entgegen den Gepflogenheiten und entgegen aller „korporativen Solidarität“ verschickt an alle Dozenten der Universität, an alle philosophischen, juristischen bzw. rechts- und staatswissenschaftlichen und wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten im Reich, an 123 „hauptsächlich rechtsstehende“⁸² Zeitungen, an sämtliche badische Landtagsabgeordnete sowie 15fach ans Kultusministerium!⁸³

Die Fakultät zitiert in ihrem Beschluß ausführlich beide Voten des Untersuchungsausschusses und

(24)

„sieht sich genötigt, auszusprechen, daß ihr die Zugehörigkeit Dr. Gumbels zu ihr als durchaus unerfreulich erscheint ... er hat die nationale Empfindung tief gekränkt, der Idee der nationalen Würde, die die Universität auch zu vertreten hat, ins Gesicht geschlagen. Die Fakultät sieht in seiner Gleichgültigkeit gegen die korporative Solidarität eine Gefahr für ihr einheitliches Wirken ... So unerfreulich ihr Persönlichkeit und Gesinnung Dr. Gumbels sind, sie glaubt eher, ein solches Mitglied ertragen zu können, als Gefahr laufen zu dürfen, eine nicht von jeder Seite aus unangreifbaren Ausschließung eines ihrer Mitglieder vorzunehmen.“⁸⁴ Nach der Einstellung von Gumbels Landesverratsverfahren, und da er seine Äußerung bedauert habe, seien die Voraussetzungen für die Entziehung der *venia* nicht mehr gegeben.

Dieser Beschluß wurde mit allen gegen Jaspers' Stimme gefaßt. Die Veröffentlichung wurde „mit Mehrheit“ gutgeheißen.⁸⁵ Wie konnte es zu diesem schizophrenen Beschluß kommen? Das Protokoll der Sitzung vom 16.5.25 gibt leider die Diskussion über den Beschluß nicht wieder. Der einzige damals Beteiligte, der sich später zu dieser denkwürdigen Sitzung geäußert hat, ist Karl Jaspers:

„Durch eine verwickelte Situation und aufgrund einer faszinierenden Rede des Dekans Ludwig Curtius über die Lehrfreiheit beschloß die Fakultät ... , Gumbel im Amt zu lassen. Aber die Fakultät dankte es dem Dekan nicht, sie zu einem richtigen Beschluß gebracht, zu haben. Manche Kollegen fühlten sich übertölpelt. Es war eine groteske Konfusion.“⁸⁶

⁸⁰Das ganze Sondervotum: UAH III 5b, 333, S.223ff.

⁸¹ebenda, S.231ff.: s.a. Beschl. d. phil. Fak., S.6

⁸²Wb, Bd. 21.1, S.908

⁸³Versandliste in: UAH III 5b, 333, S.243.

⁸⁴UAH III 5b, 323, S.239; s.a. Beschl.d.phil.Fak., S.7f.

⁸⁵UAH III 5a, 192, S.27.

⁸⁶Jaspers, Autobiografie. S.40.

Außerdem dürfte der Fakultät klar gewesen sein, daß das Unterrichtsministerium einem neuen Beschluß, Gumbel die *venia* zu entziehen, genausowenig folgen würde wie im August 1924, zumal die „Untersuchung der Gesamtpersönlichkeit“ keine wesentlichen neuen Vorwürfe zutage gebracht hatte.

Vielleicht hat Curtius in seiner Rede ähnlich argumentiert wie seinerzeit Jaspers, der davor gewarnt hatte, daß der Fall Gumbel sich als Präzedenzfall in späteren Auseinandersetzungen mit dem Minister sich gegen die Fakultät wenden könnte. Spannungen zwischen ihr und dem Minister bestanden jedenfalls zur Genüge. Insofern entpuppt sich dieser Doppelbeschluß als geschickter Schachzug: Er beschwor keinen neuen aussichtslosen Konflikt mit dem Ministerium herauf und befriedigte gleichzeitig das Bedürfnis der Fakultät, ihre nationale Gesinnung vor der Öffentlichkeit, der Studentenschaft und sich selbst unter Beweis zu stellen.

Vielleicht hoffte man auch, Gumbel durch den Rufmord den Rest zu geben, ohne sich mit einer Entziehung der *venia*, die sicher Aufsehen erregt hätte, die Finger schmutzig zu machen. Denn bereits vor dem Beschluß der philosophischen Fakultät hatte Gumbel um Beurlaubung unter Beibehaltung seiner Bezüge gebeten, der vom Kultusminister am 5.5. stattgegeben wurde⁸⁷. Er wollte auf Einladung des Marx-Engels-Instituts in Moskau die Herausgabe der mathematischen Schriften für die Marx-Engels-Gesamtausgabe vorbereiten.

(25)

Daß Gumbel die Beurlaubung bereits im April beantragte, obwohl er erst im Herbst nach Moskau ging, könnte ein Anzeichen von Resignation sein. Oder er hoffte, der Fakultät eine positive Entscheidung zu erleichtern, wenn er sich für einige Zeit aus der Schußlinie begäbe.

Da Gumbel nicht — wie einige Kollegen gehofft haben mögen — in die Sowjetunion emigrieren wollte, schnitt sich die Fakultät mit der Veröffentlichung ihres Beschlusses am Ende doch ins eigene Fleisch. Der Demokrat Leers (badischer Unterrichtsminister von November 26 bis November 29) berichtete 1930:

„Es sind viele Bemühungen gelaufen, (Gumbel) anderwärts unterzubringen, aber nichts war so töricht und so schädlich für jene Bemühungen, als die Verbreitung (dieser) sehr merkwürdigen Schrift bei den Hochschulen im deutschen Vaterlande. Wenn man jemanden loshaben will, muß man ihn nicht schlecht machen.“⁸⁸

Nachdem die philosophische Fakultät sich gegen die Entziehung der Lehrberechtigung ausgesprochen hatte, empfahl der Rektor dem Senat, die Einstellung des Verfahrens zu beschließen. Nach den Vorschriften der Disziplinarordnung blieb auch nichts anderes übrig, da nur Fakultät und Senat gemeinsam die Entziehung der *venia* beim Minister beantragen konnten.

Der Beschluß wurde im schriftlichen Umlauf beschlossen. So sind die Bemerkungen, mit denen sich die Senatsmitglieder Kallius, Bettmann und Liebmann Luft machten, erhalten geblieben:

„Es verwundert, wenn die Philosophische Fakultät im August 1924 bei einem weniger scharfen Bericht des Untersuchungsausschusses mit allen gegen eine Stimme für die Entziehung der *venia* stimmte, jetzt aber bis auf eine Stimme dagegen. Unterzeichneter ist *nur* durch den vorgeschriebenen Zwang, *absolut nicht überzeugt* in der unangenehmen Situation, sich fügen zu müssen . . . will sich persönlich gegen die Konsequenzen des Beschlusses verwahren.“⁸⁹

⁸⁷UAH III 5b, 331, S.73 u. 89.

⁸⁸Bad.Landtag, 19.12.30, Sp.404.

⁸⁹UAH III 5b, 333, S.248.

(26) Über den Beschluß der philosophischen Fakultät wurde im ganzen Reich berichtet, nicht zuletzt weil im Frühjahr 1925 das von Gumbel mitherausgegebene Weißbuch „Deutschlands geheime Rüstungen“ Furore gemacht hatte. Wenige Kommentatoren sahen — über den Einzelfall Gumbel hinaus — die Gefahr, die von den Hochschulen für die Republik ausging:

„Nirgendwo in Deutschland gibt es soviel Ressentiment gegen das Werden einer neuen Zeit wie gerade an den Universitäten. Und kaum irgendwo wird die geistige Freiheit rücksichtsloser und mit häßlicheren Mitteln unterdrückt als gerade an den Stätten, die sich noch immer als den Hort der Gedankenfreiheit bezeichnen. . . Wer (als Hochschullehrer) die politischen und sozialen Ideen des Nationalliberalismus hinter sich gelassen hat, der wird einfach unmöglich und verfällt der gesellschaftlichen Ächtung.“⁹⁰

V. Die „sechs ruhigen“ Jahre

Wo immer Gumbel in Zukunft öffentlich auftrat, waren seine rechten Gegner da. Anfang Juli 25 wurden zwei Veranstaltungen in Tübingen und Lustnau, in denen Gumbel über „Vier Jahre politischer Mord“ sprechen wollte, gesprengt. Dabei kam es zu einer Schlägerei zwischen rechten Studenten und dem Reichsbanner.

Am 11. und 13. Juli wurde dieser „neue Skandal“ anlässlich der Haushaltsdebatte im Württembergischen Landtag aufgegriffen.⁹¹ Die Debatte geriet völlig vom Thema ab, fast drei Sitzungen lang wurde, ausgehend vom Polizeietat und den Krawallen in Tübingen und Lustnau, über Gumbel diskutiert. Vor allen die DNVP, aber auch die anderen nationalen Parteien griffen Gumbel an wegen „Deutschlands geheime Rüstungen“ und einer Äußerung, die er in einem Privatbrief gemacht hatte.

Auf Kritik an seinen Vorträgen in Frankreich hatte er am 4.11.24 u.a. geschrieben:

„Der Versailler Friede ist natürlich ungerecht, aber nicht mehr als etwa der Friede von 1871 und der Friede, den wir mit Rußland und Rumänien schlossen.“⁹²

(27) Gumbel behauptete zunächst in einem Schreiben an den SPD-Abgeordneten Heymann, dieses Zitat sei erfunden. Doch der DNVP-Abgeordnete Egelhaaf konnte Gumbels Originalbrief vorlegen, in dem das Zitat genau so stand. Gumbel war seinen Gegnern in die Falle gegangen!

An der Universität warteten diese noch, bis er in der Sowjetunion war, obwohl (oder weil?) dann die Aufklärung der Vorwürfe wesentlich schwieriger war. Am 11.11.25 beantragte die philosophische Fakultät, ein neues Disziplinarverfahren gegen Gumbel zu eröffnen. Dem schloß sich der Senat am 12.11. an.

„Die Fakultät zielt mit ihrem Brief nicht auf eine Beurteilung des Inhaltes von Dr. Gumbels Brief. Sie muß aber dringend eine Feststellung wünschen, ob Dr. Gumbel tatsächlich, wie es den Anschein hat, Äußerungen von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit nachträglich in Abrede gestellt und die in ihnen ausgesprochenen Anschauungen verleugnet hat. In einem solchen Verhalten müßte sie einen so offenkundigen und schweren Verstoß gegen die Pflichten eines akademischen Lehrers erblicken, daß ihr der Tatbestand des §1 Abs. 2 der (Disziplinar-) Verordnung erfüllt schiene . . . gez. Panzer (Dekan)“⁹³

⁹⁰Rhein-Mainische Volkszeitung, 16.6.25, S.1.

⁹¹Württ.Landtag, 65.-67. Sitzung, S.1499ff. S.a. Leisen, S.76.

⁹²UAH III 5b, 433, S.21

⁹³UAH III 5b, 433, S.9ff.

Eine Stellungnahme Gumbels zu den neuen Vorwürfen befindet sich nicht in den Akten des Universitätsarchivs. Lediglich aus einem Brief seines Rechtsanwaltes und den Reaktionen der Universitätsgremien lassen sich Rückschlüsse ziehen.⁹⁴ Gumbel entschuldigte sich wohl mit seinem schlechten Gedächtnis, hielt den Irrtum aber für verzeihlich. Einmal mehr standen die Vorwürfe der Fakultät gegen Gumbel auf tönernen Füßen. Also mußte wieder die „Gesamtpersönlichkeit“ erhalten:

„Daß er nicht (Leichtfertigkeiten und Entgleisungen auf das peinlichste vermieden) hat, bringt gewissermaßen das Faß zum Überlaufen und rechtfertigt es, daß die Fakultät den neuen Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gestellt hat und auch jetzt aufrecht erhält.“⁹⁵

Durch Gumbels Abwesenheit und den Ministerwechsel Hellpach/Remmele (SPD) zog sich das Verfahren bis in den Sommer 1926. Am 16.6. lehnte Remmele die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens ab, da zu Gumbels Gunsten angenommen werden müßte, daß er den Brief zum Zeitpunkt seines Dementi vergessen hatte, und da eine Beweiserhebung kein weiteres Tatsachenmaterial zu Tage fördern würde.⁹⁶

Von der folgenden Fakultätssitzung ist ein ausführliches Protokoll erhalten. Grundtenor: Der Minister habe einen Untersuchungsausschuß umgangen. Man dürfe sich angesichts dessen nicht beruhigen, sondern müsse durch eine Erklärung einen klaren Standpunkt zu erkennen geben. Eine solche wurde zwar einstimmig beschlossen und auch der Senat trat ihr am 26.7. wieder einstimmig bei, sie ist aber leider nicht erhalten.⁹⁷

(28)

Gumbels Institutsdirektor Alfred Weber sah eine „peinliche Situation“ darin, daß Gumbel der Prüfungskommission angehörte. Es gäbe kaum Aussichten, Gumbels Lehrauftrag zu beenden, da das Ministerium nicht mitspielte. Andererseits müßte „jeder Anschein, Gumbel auf dem Hinterwege zu beseitigen, . . . vermieden werden.“

Eine härtere Linie vertraten der Dekan Panzer, der amtierende Rektor Hampe, Andreas u.a. Sie sprachen sich für eine „politische Demonstration“ [!] der Fakultät aus, die Erfolgsaussichten seien gleichgültig. Schließlich wurde der Dekan — wieder einstimmig — beauftragt, beim Ministerium anzufragen, ob über die Neubesetzung von Gumbels Stelle verhandelt werden dürfte.

Dieser zweite Fall Gumbel verlief ohne jede Beteiligung der Studentenschaft. Kein einziger Artikel in den „Akademischen Mitteilungen“, keine Stellungnahme des AStA in den Akten. Diese Zurückhaltung sticht deutlich von den Fällen 1924/25, 1930/31 und 1932 ab, wo die (jeweils nationalsozialistisch dominierte) Studentenschaft der Auslöser und Hauptbetreiber der Hetze war. Dieser Fall beweist auch, daß die Professoren ohne Druck von unten und ohne „Sorge um die Ruhe innerhalb der Studentenschaft“ ebenfalls Gumbel loszuwerden trachteten!

Die folgenden viereinhalb Jahre vergingen ohne spektakuläre „Fälle“. Gumbel lehrte Statistik am Institut für Sozial- und Staatswissenschaften. Professoren waren dort neben Alfred Weber der Sozialdemokrat Emil Lederer, später der liberale Zeitungswissenschaftler Hans v. Eckardt. Trotz Webers schwankender Haltung scheint dieses Institut die Hochburg der „Liberalen“ innerhalb der philosophischen Fakultät, ja sogar der Universität gewesen zu sein.

Gumbel hielt jedes Semester eine Vorlesung, ein Seminar und eine Übung aus den verschiedensten Gebieten der Statistik (Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Konjunktur-, mathematische Statistik), Wahrscheinlichkeitstheorie, Ausgleichsrechnung, Mathematik für Na-

(29)

⁹⁴ebenda, S.66f. bzw. UAH III 5b, 331, S.95f.

⁹⁵ebenda.

⁹⁶UAH III 5b, 433, S. 69f.

⁹⁷UAH III 5b, 433, S.77. Protokoll der Fakultätssitzung in: UAH III 5a, 195a, S. 42ff. Dort ist die Stellungnahme als „Bericht der philosophischen Fakultät Nr. 396 (1925/26) vom 12.7.26“ erwähnt.

tionalökonomen.⁹⁸

Nach der Rückkehr aus der Sowjetunion versuchte Gumbel offensichtlich, in politischer Hinsicht keine neuen Angriffsflächen zu bieten.^{98a} Allerdings veröffentlichte er weitere politische Bücher. 1927: „Vom Rußland der Gegenwart“ — eine beeindruckend weitsichtige und kritische Analyse seiner Erlebnisse in der UdSSR:

„Das wahre Symbol dieses Staates ist nicht Hammer und Sichel, die man verschwenderisch, womöglich vergoldet, überall sehen kann, sondern das Kugelrechenbrett, das man neben jedem Beamten sieht.“⁹⁹ Eine typische Gumbel-Formulierung!

1929 erschien „Verräter verfallen der Feme“, eine Zusammenfassung und Fortsetzung seiner Arbeiten über die politischen Morde, sein bestes Buch zu diesem Thema. In „Die Weltbühne“, „Die Justiz“ und „Die Menschenrechte“ erschienen regelmäßig Artikel von Gumbel. Seine Themen: Rußland, Kriminalstatistik und die Landesverratsverfahren, mit denen immer wieder Kritiker der Weimarer Republik überzogen wurden, um sie mundtot zu machen.¹⁰⁰

Im Mai 1927 wurde Gumbel in den Vorstand der Deutschen Liga für Menschenrechte gewählt.¹⁰¹ Ende 1927 veranstaltete die Liga in Leipzig eine Kundgebung „Wir Landesverräter“, in der eine Reihe prominenter Linker dem Oberreichsanwalt ankündigte, daß sie auch weiter „Landesverrat“ betreiben würden, kein Prozeß könnte sie davon abhalten. Diese Äußerung wurde damals nicht zum Anlaß für einen neuen „Fall“ Gumbel genommen, erst 1930 wurde sie in den Kanon der Vorwürfe gegen Gumbel aufgenommen (s. S. 43 [58]).

In der stabilen Phase der Weimarer Republik von 1926 bis 1930 stand der Pazifist und Sozialist jüdischer Abstammung etwas weniger weit abseits, zumal wenn er sich politisch zurückhielt. Dennoch ignorierte man ihn:

„Die Mehrzahl der Dozenten grüßen mich nicht und zeigen mir Mißachtung. Auch meine Frau leidet darunter. Bei Einladungen werde ich gleichzeitig wieder ausgeladen. Ich werde als ‚außenstehend‘ betrachtet.“¹⁰²

(30) Ebenso nahm Gumbel nie wieder an Universitätsfeierlichkeiten teil. Die Korporierten hatten ihre Weigerung, in seiner Anwesenheit zu chargieren, nie rückgängig gemacht.¹⁰³

Unter den Studenten gab es immer eine Minderheit, die Gumbel sehr schätzte, vor allen im Umfeld der Sozialistischen Studentenschaft (S.St.). bei der er auf zahlreichen Veranstaltungen sprach. Ossip Flechtheim, der in diesen Jahren in Heidelberg studierte, berichtet, das Gumbel von interessierten Jurastudenten zu Vorträgen über Kriminalstatistik eingeladen wurde. Ihm sei das Leben an der heidelsberger Universität schwer, aber immerhin nicht unmöglich gemacht worden, wie es wohl anderswo geschehen wäre.¹⁰⁴

Karl Doerr schrieb über die Jahre 1926–30 in „Herr Gumbel und die Kohlrübe“:

„Es wurde ruhig um diesen ‚seltenen‘ Mann. Hoch erhobenen Hauptes, seine grauhaarige Mähne kühn im Wind flatternd zog er durch Heidelbergs Straßen. Man sah ihn immer in Umgebung einiger Moskaustudenten. Er war selten allein. Sein ‚auserlesener‘ Anhang fehlte nicht. Gumbel schrieb viel über Statistik, eine

⁹⁸Personal und Vorlesungsverz., 1924-33

^{98a} Die einzige mir bekannte pol. Versammlung, bei der er auftrat, fand am 4.2.30 mit C. Mierendorf statt und wurde von der SA gesprengt. (Ziegler, S.76f.)

⁹⁹zitiert nach: Wb, Bd. 23.2, S.863.

¹⁰⁰Der Landesverratsparagraph wurde ebenso weit ausgelegt wie heute §129a!

¹⁰¹Lehmann-Rußbüldt, S. 129.

¹⁰²UAH III 5b, 334,S. 231.

¹⁰³UAH III 5b, 332, S.41

¹⁰⁴Auf einer Veranstaltung an 2.7.1981 in der heidelsberger Universität.

Menge Papier wurde verschwendet, er arbeitete ‚wissenschaftlich‘; in gewaltigen Mengen brachte er seine Zahlen zur Strecke.“¹⁰⁵

Eine ganze Reihe wissenschaftlicher Aufsätze Gumbels erschien in den verschiedensten Fachzeitschriften. Er übergab immer wieder Anerkennungsschreiben, die er hierfür erhielt, der Universität für seine Personalakte¹⁰⁶, wohl in der Hoffnung, seine internationale Bekanntheit als Wissenschaftler könnte seine Position in Heidelberg festigen. Im Allgemeinen wurden Privatdozenten nach einigen Jahren auf Vorschlag ihrer Fakultät zu außerordentlichen Professoren ernannt. Weder ihre Rechte noch ihre Pflichten noch ihre Bezüge änderten sich dadurch; sie durften lediglich den Titel Professor führen. Angeblich ist bereits im Jahre 1925 ein derartiger Gumbel betreffender Antrag von der Fakultät abgelehnt worden¹⁰⁷. Das erscheint mir unwahrscheinlich, denn erstens wäre die Ernennung nach zweieinhalb Jahren Tätigkeit als Privatdozent ungewöhnlich früh gewesen, zweitens findet sich nichts derartiges in den Fakultätsakten, und drittens kann ich mir nicht vorstellen, wer im Jahre 1925 einen solchen Antrag gestellt haben sollte.

Jedenfalls wurden Gumbel in den folgenden Jahren Kollegen, die sich später als er habilitiert hatten, bei der Ernennung zum außerordentlichen Professor vorgezogen. Im Februar 1929 fragte Kultusminister Leers beim Senat der Universität nach einem Verzeichnis der Lehrveranstaltungen Gumbels und bat um eine Äußerung zu seiner wissenschaftlichen Qualifikation. Er beabsichtigte nämlich, einen Antrag auf Ernennung Gumbels zum außerordentlichen Professor zu stellen.¹⁰⁸ In ihrer Antwort sprach die Fakultät ihm die „persönliche Eignung zum Professorenamt“ ab. Dies

(31)

„liegt in den Erklärungen beschlossen, die die Fakultät zu ihrem großen Bedauern früher über Herrn Dr. Gumbel immer wieder hatte abgeben müssen . . . Die Fakultät würde es darüberhinaus grundsätzlich bedauern, wenn eine Verleihung des Professorentitels seitens des Ministers ohne Anregung der Fakultät erfolgen würde. Sie müßte darin eine Verletzung eines bis dahin unangefochtenen Gewohnheitsrechtes erblicken.“

Als Fachkollegen schrieben Weber und Lederer, „die wissenschaftliche Qualifikation von Kollegen Gumbel steht ganz außer Zweifel“.

Außerdem fügten Lederer und Jaspers ein Sondervotum bei, in dem sie zwar ebenfalls bedauerten, daß das Ministerium den Titel ohne Antrag der Fakultät verleihen wollte. Aber

„sachlich halten wir es für richtig, daß dem Herrn Privatdozenten Dr. Gumbel der Titel eines außerordentlichen Professors verliehen wird . . . Begründung: Er steht im 13. Semester seiner Lehrtätigkeit und kann auf ganz außerordentlich zahlreiche Publikationen in Buchform wie in wissenschaftlichen Zeitschriften ersten Ranges des In- und Auslandes verweisen.“

Diesem Votum schloß sich auch Alfred Weber „nach Inhalt und Haltung“ an, er hielt aber den „Zeitpunkt für verfrüht.“¹⁰⁹

Obwohl der Minister in seiner Antwort an die Fakultät meinte, man könnte Gumbel nicht wegen der schon Jahre zurückliegenden Vorgänge dauernd übergehen,¹¹⁰ geschah nichts, bis im Januar 1930 die philosophische Fakultät für den Hegelforscher Hermann Glockner eine außerordentliche Professur beantragte und damit Gumbel erneut überging.

¹⁰⁵Die Bewegung, 4.Forts.

¹⁰⁶UAH III 5b, 434b.

¹⁰⁷Bad.Landtag, 19.12.30, Sp. 411 (Minister Remmele)

¹⁰⁸Bad.Landtag, 19.12.30, Sp.381. UAH III 5b, 331, S.135.

¹⁰⁹ebenda, S.143ff.

¹¹⁰Bad.Landtag, 19.12.30, Sp.381.

(32) Ministerialreferent Thoma bat die Fakultät zu einer Stellungnahme, „wie (sie) sich zu einer Verleihung der Amtsbezeichnung ‚ao. Professor‘ an Dr. Gumbel stellen würde“¹¹¹. Inzwischen war der Sozialdemokrat Adam Remmele wieder Kultusminister geworden. Die Haltung seines Ministeriums in dieser Frage beschrieb er später folgendermaßen:

„Ich selbst habe im Jahre 1925 Bemühungen angestellt, für Herrn Dr. Gumbel eine passende Beschäftigung zu finden, so daß er ohne das Gefühl einer Maßregelung wegen seiner politischen Überzeugung von Heidelberg hätte scheiden können. Ihm jetzt aber die in Frage stehende Dienstbezeichnung weiter vorzuenthalten, wäre sachlich in höchsten Maße unkorrekt. Das Ministerium war also nicht nur formell im Recht, so zu handeln . . . ; es kann für seine Stellungnahme in hohem Maße den Gesichtspunkt der Gerechtigkeit geltend machen.“¹¹²

Das Ministerium war bereit, der Fakultät den Schwarzen Peter dieser — seiner Ansicht nach unumgänglichen — Entscheidung abzunehmen, indem es Gumbel ohne Antrag und zudem in den Semesterferien ernennen würde. Andererseits nahm das Ministerium an, daß auch die Fakultät über diese Regelung des Problems froh sein, und deshalb den Eingriff in ihre gewohnheitsmäßigen Rechte hinnehmen würde.

Anfangs schien diese Taktik aufzugehen. Am 25.7. traf Thoma in einer anderen Angelegenheit den damaligen Dekan der philosophischen Fakultät Friedrich Gundolf sowie die Fakultätsmitglieder Ranke und Güntert. In einer Aktennotiz vermerkte Thoma anschließend, daß die Fakultät keine Bedenken erheben würde, „falls das Ministerium dem Privatdozenten Dr. Gumbel die Amtsbezeichnung ‚ao. Professor‘ gleichzeitig mit dem Privatdozenten Dr. Glockner verleihen würde.“¹¹³

Zum Verfassungstag wurde Gumbel zusammen mit Glockner und einigen anderen Privatdozenten anderer Fakultäten zum außerordentlichen Professor ernannt.¹¹⁴ Sofort protestierten rechte Gruppen und Zeitungen im ganzen Reich mit Schlagzeilen wie „Ein Mann, der sein Volk schmäht und verrät, zum Universitätsprofessor ernannt!“¹¹⁵

VI. Politische Situation an den Universitäten 1930

(33) Nach dem letztlich erfolglosen Intermezzo des nationalsozialistisch dominierten („politischen“) AStA von 1924/25 erreichten die Listen der schlagenden Verbindungen (meist: Großdeutsche Studentengemeinschaft, G.St.G.) in Heidelberg „nur noch“ Wahlergebnisse um 45%. Der Stimmenanteil der nicht-korporierten Rechtsradikalen („Völkische“) sank von Jahr zu Jahr, bis sie 1927 aus dem AStA verschwanden.

Wachsenden Einfluß bekamen der katholisch-konservative Görresring, in dem die katholischen Verbindungen eine wichtige Rolle spielten, und freistudentische Gruppen (meist: Freie Hochschulgruppe, FHSG), Sammelbecken der republikanischen Nicht-Korporierten.

Diese Entwicklung bedeutete eine Entpolitisierung des AStA, d.h. Beschränkung auf soziale Selbsthilfe, Mitwirkung in den universitären Gremien und Verzicht auf ein „politisches Mandat“, wie es die Nationalsozialisten gegen Gumbel und andere Studentenschaften gegen die Republik in Anspruch nahmen. Ein weiteres Zeichen für die Entpolitisierung der heidelberger Studentenschaft, aber auch für die Schwäche linker Positionen in ihr, ist das Fehlen sozialistischer Gruppen bei den Wahlen. Die S.St. tauchte erst 1927 wieder auf, 1930 kamen auch Kommunisten in den AStA.

¹¹¹UAH III 5b, 333, S.4.

¹¹²Bad. Landtag, 19.12.30, Sp.332

¹¹³UAH III 5b, 332, S.5. Bad. Landtag, 19.12.30, Sp.383.

¹¹⁴UAH III 5b, 331, S.171.

¹¹⁵Der Reichsbote, 15.8.30. Wortlaut s.a. Bad. Landtag, Sp. 371f.

Mitte der Zwanziger Jahre stand im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung an den Hochschulen die Frage, ob *jeder* Student Mitglied der Studentenschaft seiner Hochschule sein konnte, wie es die Hochschulgesetze der Länder vorschrieben, oder nur die „Volksdeutschen“. Nach diesem Prinzip waren die „Mehrheitsausschüsse“ bzw. „deutsch-arischen Kammern“ in Österreich, wo es keinen AStA gab, aufgebaut. Bereits Anfang 1925 erließ der badische Kultusminister Willy Hellpach (DDP) eine Studentenschaftsverfassung, nach der jeder Student Mitglied war. Der deutsche Studententag 1926 — von 139 Delegierten waren ganze vier Republikaner — stellte deshalb dem heidelberger AStA ein Ultimatum, das „völkische Prinzip“ einzuführen und sich damit gegen den Minister zu stellen. Da die Opposition (FHSG und Görresring(?)) über eine Sperrminorität verfügte, konnten G.St.G und Völkische eine derartige Satzungsänderung nicht durchsetzen. Auf dem Studententag 1927 wurde Heidelberg daraufhin mit den übrigen badischen Studentenschaften aus dem Dachverband „Deutsche Studentenschaft“ (D.St.) ausgeschlossen.

Auch der preußische Kultusminister Becker (SPD[†]) versuchte, über eine Reform der verfaßten Studentenschaft den Einfluß der rechten Republikgegner zurückzudrängen. Anlaß war die Mitgliedschaft der österreichischen und anderen „auslandsdeutschen“ Pseudo-ASten in der D.St. und der Verdacht, daß die D.St. studentische Zwangsbeiträge rechtsradikalen Vereinen zukommen ließ. In einem berühmt gewordenen „Weihnachtsbrief“ forderte Becker 1926 die D.St. auf, „Ja zur Republik zu sagen“ und die demokratischen und nicht-arischen Minderheiten in die österreichischen „Mehrheitsausschüsse“ aufzunehmen. Andernfalls werde der D.St. die staatliche Anerkennung entzogen, d.h. studentische Zwangsbeiträge dürften nicht mehr an sie abgeführt werden. (34)

Ursprünglich standen in dieser Frage sämtliche Fraktionen des preußischen Landtags hinter Becker. Es kam zu einer Einigung mit dem Vorstand der D.St., die aber vom Studententag 1927 abgelehnt wurde, da sie „den Kampf für die Deutscherhaltung der auslandsdeutschen Hochschulen erschwere“. Der erst 1926 gegründete NSDStB, aber auch Hitler und die „Vereinigten Vaterlandischen Verbände“ stellten sich demonstrativ hinter die D.St. und stellten die Frage in den Mittelpunkt ihrer Agitation.

Auf einer Hochschulkonferenz der Länder im September 27 unterstützten nur Baden und Hamburg Preußen im „Hochschulkonflikt“. Ende September ordnete der Minister das Ausscheiden der preußischen Studentenschaften aus der D.St. sowie eine Haushaltsüberwachung für die ASten an. Über diese Verordnung setzte der Minister ungeschickterweise eine Urabstimmung an.

Die Rechtsradikalen entfachten eine breit angelegte Kampagne und stilisierten die Frage zur Abstimmung über die Republik hoch.

Das Ergebnis der Urabstimmung vom 30.11.27 war eine katastrophale Niederlage für Becker und die Republik. Es bewies, wo die Studenten politisch standen, und wie falsch Becker die Lage eingeschätzt hatte. Nur eine einzige winzige Hochschule (die katholische Akademie in Braunsberg mit 35 Studenten) stimmte für die Annahme der Verordnung. Insgesamt sprachen sich 77% der preußischen Studenten dagegen aus.¹¹⁶ Folgen des preußischen Hochschulkonflikts: Nach und nach untersagten auch die anderen Länder bis auf Bayern und Württemberg den ASten Zwangsbeiträge an die D.St. abzuführen, wodurch diese finanziell geschwächt wurde. Durch die Weigerung der katholischen Studentengruppen und -Verbindungen, den rechtsradikalen Kurs der D.St. mitzumachen, wurde sie zum Sammelbecken der antirepublikanischen Kräfte innerhalb der Studentenschaft (auch die Kommunisten arbeiteten in ihr mit). (35)

Andererseits führte die Abstimmung über die preußische Hochschulverordnung zu einer Politisierung und Polarisierung innerhalb der Studenten, deren Hauptnutznier der

[†]handschr. Korrektur: parteilos

¹¹⁶Zum preußischen Hochschulkonflikt: Zorn, 303ff. Zur heidelberger Entwicklung: Mitgau, Demokratie, 82f. Zu beiden: Leisen, S. 126ff.

NSDStB war. Er erzielte einen Wahlerfolg nach dem andern und dank der Bereitschaft der anderen nationalen Gruppen, ihn immer und überall zu unterstützen, dominierte er bald in einer Vielzahl von ASten und ab 1931 in der D.St.

Der NSDStB profilierte sich nicht nur in der Polarisierung an den Hochschulen als der radikalste Gegner der Republik, sondern die nationalsozialistische Ideologie fiel gerade bei den Studenten auf besonders fruchtbaren Boden. Leisen sieht bei den Studenten dieser Zeit Abscheu vor der „kalten Theorie“, dem Spezialistentum und der zu begrifflich und rational gewordenen Wissenschaft. „Sie verlangten nach einer neuen Art der Erkenntnis, einem synthetischen Schauen, das durch ein Zusammenwirken von Leben und Erkennen gewonnen werden sollte.“¹¹⁷ In diese Kerbe traf der Kampf der Nazis gegen die „herrschende jüdische Wissenschaft“. Zurück nach Heidelberg. Karl Doerr über die Anfänge der 1927 gegründeten NSDStB-Hochschulgruppe:

„Verbissen rang sich die kleine Schar durch, um jeden Mann wurde gestritten. Es wollte nicht richtig vorwärtsgehen. Das Jahr 1928 änderte die Lage. Einige SA-Männer waren neu zur Hochschule gekommen. Das erste junge Blut aus den Stürmen der Partei wirkte sich aus. Im Winter 28/29 nahm die Stoßkraft der kleinen Gruppe zu. Man getraute sich zum ersten Mal, eine richtige Liste für die kommenden AStA-Wahlen aufzustellen. Die Korporationen und Linken[!] hatten die uneingeschränkte Macht in der Hand. Die Juden zogen an allen Fäden, die zur Hochschule und den Lehrstühlen führten.“¹¹⁸

Bei der AStA-Wahl im Sommersemester 1929 kamen auf Anhieb alle zehn nationalsozialistischen Kandidaten in den AStA. Die Nazis erhielten 23%, die schlagenden Verbindungen mit ihrer Einheitsliste immerhin noch 41%.¹¹⁹

(36) Im Großen und Ganzen hielten sich die Nazis nach ihrem Triumph erst einmal an die Gepflogenheiten im AStA, vor allem die proportionale Aufteilung der Ämter unter den Gruppen. Die wenigen wichtigen Positionen versuchten sie allerdings gleich mit ihren Leuten zu besetzen. Ihre zahlenmäßige Unterlegenheit glichen sie durch Arbeitsdisziplin aus. Insbesondere die Korporierten, die sich „weltanschaulich“ mit den Nazis einig fühlten und ihre Zeit lieber mit Schlagen und Saufen als mit Politik, vor allem wenn sie in Arbeit ausartete, verbrachten, waren bereit, den Nazis viele Machtpositionen zu überlassen. Eine Reihe politischer Aktivisten der G.St.G schloß sich außerdem nach und nach dem NSDStB an. Sie dürften auch vorher schon Nazi-„U-Boote“ gewesen sein.

Als erstes schlug sich der Rechtsruck im heidelberger AStA vom Sommersemester 1929 auf das AStA-Organ, das seit Wintersemester 1928/29 „Der Heidelberger Student“ hieß, nieder.



Titelkopf Wintersemester 1928/29 bis Wintersemester 1929/30

¹¹⁷S.121. Man beachte die Parallele zur (berechtigten!) Kritik aus Spontikreisen etc. an der heutigen Universität.

¹¹⁸Die Bewegung, 4.Fortsetzung.

¹¹⁹Der Heidelberger Student Nr.7 (SS 1529)



Protest zum Fall Gumbel.

Titelkopf ab Sommersemester 1930

Auch die politischen Auseinandersetzungen im AStA wurden wieder schärfer. Die Vossische Zeitung berichtete im Dezember 1929, daß auf einer AStA-Sitzung ein Antrag der S. St., den Verfassungstag feierlich zu begehen, lächerlich gemacht wurde. Umgekehrt befaßte man sich gar nicht erst mit einem Antrag, einen Saxo-Borussen zu rügen, der bei einer Totenehrung bei der Nennung Stresesmanns demonstrativ seine zum Gruß ans Käppi erhobene Hand heruntergenommen hatte.

Bei den Ausgaben der Studentenschaft setzten die Nazis radikale Kürzungen der Sozialausgaben durch, „Der AStA hat in erster Linie politische Aufgaben.“¹²⁰

(37)

Bei der kommenden AStA-Wahl im Sommersemester 1930 bestätigten die Studenten die politische Linie der Nazis. Sie gewannen mit 38% der Stimmen sieben Sitze von der G.St.G, die auf elf Sitze (22%) schrumpfte. Aber auch die Sozialisten gewannen zwei Sitze (jetzt: sechs Sitze, 13%), außerdem kam eine Liste „Revolutionärer Sozialisten“ mit einem Vertreter (2% der Stimmen) neu in den AStA. Die Görresgruppe hielt ihre sechs Sitze, die Freistudenten kandidierten auf zwei Listen: „Arbeitsgemeinschaft für Hochschulreform und studentische Selbstverwaltung“ (vier Sitze, 9%) und „Arbeitsgemeinschaft für AStA-Entpolitisierung“ (ein Sitz).¹²¹

Die AStA-Mehrheit aus G.St.G. und NSDStB hatte zwar leichte Einbußen zu verzeichnen (60 statt vorher 64%), aber — im Gegensatz zu 1925 hatte das rechte Potential sich radikalisiert und den antirepublikanischen „politischen“ Kurs der Nazis eindeutig bestätigt. Diesmal war die Zeit reif für eine Politisierung der Hochschule, was auch die guten Ergebnisse der Sozialisten und Kommunisten beweisen.

In einem Beitrag für das „Mitteilungsblatt des sozialdemokratischen Intellektuellenbundes“ analysierte Noch-nicht-wieder-SPD-Mitglied Gumbel im Frühjahr 1930 die Lage an den Hochschulen: „Was muß geschehen, um die Universitäten zu republikanisieren?“

Die Mehrheit der Studenten stünde der Republik nicht feindlich gegenüber, sondern wäre apolitisch. Wirklich reaktionär wären nur die schlagenden Verbindungen und der NSDStB, sie wären eine Minderheit mit bedeutendem Einfluß, da manche Professoren als Alte Herren und die nationale Presse sie unterstützten. Zur Republikanisierung der Hochschulen wäre eine geschickte Personalpolitik bei der Besetzung freiwerdender Ordinariatsstellen und eine Bekämpfung des „Mensurenunfugs“ notwendig. Es müßte das Interesse der Republik sein, den Ehrbegriff der Burschenschaftler, der sich in Duellen und Bestimmungsmensuren äußerte, zu stürzen. Gumbel warf den Länderregierungen vor, daß sie Gesetze, die sich gegen die an den Universitäten herrschende Schicht richteten, nicht anwendeten, z.B. würden Mensuren und Duelle trotz Verbotes nicht verfolgt. Die Folge: Die kommende

(38)

¹²⁰Leisen, S.159.

¹²¹HD Stud. (SS 1930), S.47. Der neue AStA hatte infolge gesteigener Wahlbeteiligung drei Sitze mehr als der alte.

Beamtenschaft wüchse in den schlagenden Verbindungen in dem Bewußtsein auf, daß für sie die Gesetze nicht gälten.

„Das jetzige Desinteresse der republikanischen Parteien in dieser Frage ist selbstmörderisch.“

Wenn einzelne Länder gegen die Mensuren einschritten, würden die rechten Studenten die entsprechenden Hochschulen verlassen und es entstünden dort republikanische Mehrheiten. Ein Druckmittel könnte der Entzug von Stipendien für die Mitglieder von Vereinen sein, die „ungesetzliche Aktionen . . . propagieren oder begünstigen.“

Darüberhinaus regte Gumbel eine Gleichstellung der Nichtordinarien mit den Ordinarien an, denn jene seien eine „relativ republikanisch gesinnte Schicht“, während die Ordinarien größtenteils noch aus dem Kaiserreich übernommenen wären.¹²²

Gumbel hat zwar recht, daß die republik-feindlichen Organisationen ihren Mitgliedern nach eine Minderheit darstellten — noch 1932, als er alle Hochschulen dominierte, hatte der NSDStB nur 4000 Mitglieder, genauso viele wie die relativ unbedeutende S.St. — andererseits kommt es in demokratischen Strukturen nicht in erster Linie auf die Mitgliederzahl einer Organisation, sondern auf die Zahl ihrer Wähler an, auch wenn sie noch so apolitisch sind. Und die studentischen Wahlergebnisse aller Hochschulen der Weimarer Republik sprechen da eine eindeutige Sprache! Eine Republikanisierung der Hochschulen wäre zudem wohl nur zusammen mit einer Republikanisierung Deutschlands realisierbar gewesen.

(39) Die erste Gelegenheit, die sich dem neugewählten Nazi-AStA bot, um Front gegen „das System“, hier: den Kultusminister, zu machen, bot das Richtfest des Shurmann-Baues der Universität (heute: Neue Universität). Aus „Sparsamkeitsgründen“ hatte die Regierung den Arbeitern an dem Bau, der gar nicht durch das Land, sondern aus Spenden, die der ehemalige amerikanische Botschafter Shurmann in den USA gesammelt hatte, finanziert wurde, die Ausrichtung eines Richtfestes verweigert. Der AStA machte 900 Mark locker und lud Arbeiter, Studenten und Vertreter von Universität, Stadt und Ministerium zum Richtfest. Daraufhin setzte der Minister alle Hebel in Bewegung, um diese Feier zu verhindern. Dem AStA wurden die Mittel gesperrt, die Arbeiter sollten über Gewerkschaftsfunktionäre durch Drohungen und Versprechungen von der Teilnahme abgehalten werden. Für die Nicht-Teilnahme wurden jedem Arbeiter fünf Mark versprochen.

Die Blamage der Regierung war komplett, als das Richtfest trotzdem stattfand und die Nazistudenten sich zusammen mit den Arbeitern für die Presse fotografieren lassen konnten. Die Nazi-Propaganda schlachtete das Ereignis weidlich aus:

„Die Stimmung an diesem Abend war die einer in die Tat umgesetzten Volksgemeinschaft, so, wie wir Nationalsozialisten sie anstreben, und so, wie wir Nationalsozialisten sie in unseren sämtlichen Organisationen bereits durchgeführt haben . . . Ein Arbeiter erklärte an diesem Abend wörtlich: ‚Wir Arbeiter wollten ja schon lange mit Euch Studenten gehen, aber unsere roten Bonzen hetzen uns immer gegen Euch auf!‘ “¹²³

VII. Wieder „Protest gegen Gumbel“

Bei der Konsequenz und Zielstrebigkeit, mit der die Nazis von 1930–32 den Kampf um die Macht an den Hochschulen führten, war klar, daß sie die Ernennung Gumbels zum außerordentlichen Professor nicht einfach hinnehmen würden.

¹²²Nr. 6 (1930), S.31ff.

¹²³Kraft (NSDAP) im Bad. Landtag, 19.12.30, Sp.360. Zum Richtfest vgl. heidelberger Tageszeitungen vom 10.7.30.

Bei der Reichstagswahl am 14.9.30 erzielte die NSDAP in Heidelberg wie bei vorangegangenen Wahlen ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis. Sie steigerte sich auf 25,2% der Stimmen. (Reichsdurchschnitt: 14,9%; Landtagswahlergebnis in Heidelberg 1929: 14,5%; Reichstagswahl Mai 1928, zu Zeiten wirtschaftlicher Prosperität, in Heidelberg: 3,1%)

Dieser Erfolg ging vor allem zu Lasten der bürgerlichen Mittelparteien¹²⁴. Der weitere Verlauf des Falles Gumbel und die Machtergreifung der Nazis an der Universität kann nicht losgelöst betrachtet werden vom unaufhaltsamen Aufstieg der NSDAP bei den allgemeinen Wahlen, der sich im November 30 bei der Kommunalwahl fortsetzte.

Zu Beginn des Semesters ergriff das Rektorat vorsorglich umfangreiche Schutzmaßnahmen, um „terroristische Störungen“ von Gumbels Lehrveranstaltungen durch rechte Studenten zu verhindern.¹²⁵ Diese eröffneten den Kampf mit einer Großveranstaltung in der Stadthalle, zu der von der „Vereinigung Heidelberger Verbindungen“, der auch die katholischen Verbindungen angehörten, der NSDAP, ONVP und Stahlhelm gemeinsam aufgerufen wurde:

„An die nationale Bevölkerung Heidelbergs! Im gemeinsamen Kampf um die Säuberung der Hochschulen fordern wir die Bevölkerung Heidelbergs auf, den Kampf der nationalen Studentenschaft zu unterstützen und die Protestkundgebung ... zu besuchen.“¹²⁶

Die beiden sozialdemokratischen Professoren an der heidelberger Universität Radbruch (der Ex-Justizminister) und Lederer sowie Professor Anschütz protestierten beim Rektor gegen den in diesem Aufruf enthaltenen Angriff auf die Hochschule („Säuberung“) und forderten ihn auf, ihn in einer amtlichen Erklärung zurückzuweisen.

Die Antwort des Senats ist wieder einmal bezeichnend:

„Angriffe gegen Dozenten der Universität wegen ihrer politischen Gesinnung dürfen nicht geduldet werden, ... aber der Fall Gumbel (bietet) bei seiner eigenartigen Lagerung keinen glücklichen Anlaß, mit einer Gegenerklärung in die Öffentlichkeit zu treten.“¹²⁷

Diese unentschiedene Haltung, die geradezu typisch für das Verhalten der Universität gegenüber Angriffen auf ihr Mitglied Gumbel war, hat die — sicherlich hervorragend inszenierte, aber für Professoren doch wohl durchschaubare — Offensive der Nazis begünstigt.

Am Abend des 7.11.30 kamen knapp 1900 Heidelberger in die Stadthalle.¹²⁸

„Nichtakademische Bürger und Bürgerinnen saßen dichtgedrängt neben Jung- und Altakademikern und unterbrachen die Ausführungen der Versammlungsredner nicht selten durch dröhnende Beifallsstürme.“¹²⁹

Als erster sprach Bernhard Seeger-Kelbe, 24-jähriger Jurastudent, DNVP- und G.St.G.ler, bald zur NSDAP übergetreten und als Redakteur der nationalsozialistischen Tageszeitung „Volksgemeinschaft“ einer der Protagonisten im Kampf gegen Gumbel:

„Der Protest (gilt) nicht so sehr der Person, denn diese ist für uns nichtig, sondern dem System ... Der Name Gumbel wird überall dort genannt und seine Tätigkeit ist immer da zu spüren, wo Handlungen genannt werden, die von einem großen Teil des deutschen Volkes als Landesverrat empfunden werden.“¹³⁰

¹²⁴Hoffmann, 83ff. Nach diessr Wahl trat Gumbel wieder in die SPD ein! (Soz.Stud. Nr. 5, Juli 1931)

¹²⁵HT, 5.11.30.

¹²⁶UAH III 5b, 332, S.10. HT, 7.11.30.

¹²⁷UAH III 5b, 332, S.11ff.

¹²⁸Polizeibericht, in: ebenda, S.19ff. Die Personalien der Redner entnehme ich ebenfalls dem Polizeibericht.

¹²⁹HT, 8.11.30.

¹³⁰UAH, III 5b, 332, S.19f.

(41)

„Ebenso schlimm wie die tatsächlichen Ausübungen des Volksverrats sei dessen seelische Verseuchung, die darin zum Ausdruck komme, indem versucht werde, den Landesverrat zu verherrlichen, indem ihm noch ein sittliches Mäntelchen umgehängt werde und ihn mit einem sittlichen Recht, ja sogar mit einer sittlichen Pflicht auszustatten versuche¹³¹“. Anschließend zitierte er ausführlich aus dem Bericht der philosophischen Fakultät vom Mai 1925 und bedauerte, daß Gumbel damals nicht die Lehrberechtigung entzogen worden sei. „Die Heidelberger Bürger und die Studentenschaft (erwarten) von der badischen Regierung unversäumt Abhilfe in der Angelegenheit Gumbel. Sie erhoffen von der Philosophischen Fakultät der Universität, von der Mehrzahl der Professoren, mit denen sich die Studentenschaft als nationale Deutsche einig wisse, daß sie alle ihnen möglichen Schritte unternehmen würden, die geeignet seien, diese den Ruf von Stadt und Universität Heidelberg schädigende Ernennung *rückgängig* zu machen.“¹³²

„Zwei linkssozialistische Studenten, die ums Wort baten, bekamen das Wort nicht erteilt und verließen den Saal, nachdem einer von ihnen einen Zwischenruf gemacht hatte, und nachdem sich daraufhin die erregte Stimmung der Versammelten gegen die beiden wendete.“¹³³

Anschließend sprach Armin Bledow, stud.phil., 20-jähriger NSDStB-Kader, der von Berlin nach Heidelberg zur Stärkung der dortigen „Bewegung“ abkommandiert worden war¹³⁴:

„Es wirft ein eigenartiges Licht auf einen Staat oder ein Staatssystem, wenn es die junge Generation systematisch einem nationalen Widerstandsgedanken entfremdet ... Noch beschämender aber ist es, daß ein Lehrer der deutschen Hochschule Kriegsdienstverweigerer ist. ... Jedes Lebewesen in der Natur, jeder Mensch im einzelnen und genauso jedes Volk auf der Erde muß sich seine Existenz erkämpfen. Noch niemals hat ein gütiges Schicksal der Freiheit und Unfähigkeit Vorschub geleistet ... Garantie für Lebensraum und Arbeit unserer Volksgenossen kann nur die Wehrmacht sein. *Die allgemeine Wehrpflicht ist nicht imperialistisch oder militärisch, sondern die allgemeine Wehrpflicht ist der höchste Ausdruck des Sozialismus.*¹³⁵ Staat und Schule ist verpflichtet, diese Erkenntnis in jeder Form zu vermitteln.“¹³⁶

Als letzter Redner trat Dr. Rudy Abendroth (NSDAP) auf:

(42)

„Unser Protest trägt keinen politischen Charakter und richtet sich auch nicht gegen die wissenschaftliche Befähigung Gumbels, die überlasse man ruhig der Beurteilung des Kultusministers Remmele, der in seiner früheren, gewiß ehrenwerten Tätigkeit als Sackträger in Ludwigshafen¹³⁷ die Qualifikation hierzu besitzt, sondern gegen die Person des Dr. Gumbel selbst ... Der Tag wird kommen, wo einmal ein Gesetz zum Schutz der deutschen Nation geschaffen wird,

¹³¹HD Stud., Nr. 1, WS 30/31, S.1. Über seinen Putsch gegen die Redaktionsmehrheit (s.u.) hat der Redakteur wohl das Redigieren vergessen!

¹³²ebenda.

¹³³HT, 8.11.30.

¹³⁴VZ, 26.1.31.

¹³⁵Diese Stelle ist im HD Stud. gesperrt gedruckt. Es handelt sich dabei um eine Passage aus dem Kommunalwahlprogramm der NSDAP (VZ, 13.11.30; 2.Bl.). Charakteristisch für die politische Position des Schriftleiters Scherberger!

¹³⁶HD Stud., Nr.1, WS 30/31, S.1.

¹³⁷Remmele war vom Müllerbursch zum Kultusminister geworden.

dann werden wir ¹³⁸ gegen Herrn Gumbel Anklage erheben. 1. wegen Verletzung von Sitte und Anstand, 2. wegen Mißbrauch des Gastrechts[!], 3. wegen Verletzung der Ehre der deutschen Nation, 4. wegen Totenschändung.“¹³⁹

Anschließend wurde das Deutschlandlied gesungen und in einer Protestresolution die sofortige Entfernung Gumbels von der Universität gefordert.

„Wir erwarten, daß in Zukunft derartige Provokationen der nationalgesinnten Bevölkerung unterbleiben.“¹⁴⁰

Mit „Burschen heraus!“ wurde die Veranstaltung beendet.

Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ kommentierte:

„Die gestrige Versammlung hat bewiesen, daß es sich im ‚Fall Gumbel‘ nicht um eine Stellungnahme der Studentenschaft als Ganzes handelt, sondern um einen wohl vorbereiteten Propagandafeldzug der Heidelberger Nazis und Hugenger. Die gutbesuchte Stadthalle war nur zu einem Teil von farbentragenden Studenten gefüllt, im Parkett und in den ersten Emporereihen dominierten die nationalen Heidelberger Frauen, Jungfrauen und Spießbürger . . . weder geschlossen noch einzeln erschienen kathol. Studentenverbindungen und Professorenschaft zu der gestrigen Spektakelversammlung, es sei denn man erwähnt die traurige Ausnahme der Dozenten Vulpius und Endemann.“¹⁴¹

Die Artikel in den sozialdemokratischen Zeitungen dieser Zeit drückten sich immer wieder um die Erkenntnis herum, wie viele Felle ihnen schon davongeschwommen waren, indem sie die Nazis und vor allem ihre Anhänger mit trotziger Überheblichkeit behandelten.

Am 11.11. erschien die erste Ausgabe des „Heidelberger Student“ im Wintersemester 1930/31. Die ersten anderthalb Seiten füllte ein Artikel „Protest zum Fall Gumbel“. Zu Beginn ist, vor allem für die „jungen neu an unsere Universität gekommenen Studenten“, die Ernennung Gumbels rundherum falsch dargestellt. Insbesondere wird so getan, als ob Gumbel erst durch seine Ernennung zum außerordentlichen Professor Hochschullehrer geworden sei. Es folgt ein ausführlicher Bericht über die Protestveranstaltung vom 7.11. Dieser endet mit der siegessicheren Parole:

„Die Bewegung hat ihren Lauf begonnen, sie wird ihren Weg gehen bis zum Ziel.“

Die Redaktion des „Heidelberger Student“ war zu diesem Zeitpunkt noch nicht — dem Wahlergebnis vom Sommersemester entsprechend — neu zusammengesetzt worden. Sie bestand aus je einem Vertreter von NSDStB, G.St.G., FHSG, Görresring und S.St. Der Artikel „Protest zum Fall Gumbel“, den der G.St.Gler und Schriftleiter Scherberger verfaßt hatte, und der die oben zitierten und weitere Auszüge aus den Reden vom 7.11. enthält, war von der Redaktion mit drei gegen zwei Stimmen abgelehnt worden.

Scherberger reichte ihn dennoch kraft seines Amtes als Schriftleiter beim Verlag ein und erklärte dem sozialistischen Vertreter gegenüber, es handle sich nicht so sehr um einen Versammlungsbericht als um eine Provokation des Ministeriums. Vom nationalsozialistischen Redaktionsmitglied wurde außerdem der Abdruck eines Artikels von Prof. Radbruch „Protest gegen einen Protest“ abgelehnt.¹⁴²

¹³⁸Die VZ vom 8.11.30, 4.31., zitiert statt „wir“: „der Vollzugsausschuß Heidelberg“.

¹³⁹UAH III 5b, 332, S.19ff. (Polizeibericht).

¹⁴⁰HT, 8.11.30.

¹⁴¹VZ, 8.11.30, 4. Bl.

¹⁴²VZ, 13.11.30.

In dieser Stellungnahme unterstützt Gustav Radbruch eindeutig Gumbel, mit dem gemeinsam er Mitglied in SPP und DFG ist, wenn auch im Gegensatz zum Linksozialisten Gumbel auf dem anderen Flügel dieser Organisationen anzusiedeln. Während seiner beiden Amtszeiten als Reichsjustizminister hatte er sich mit „Vier Jahre politischer Mord“ zu befassen; er legte schließlich dem Reichstag die „Denkschrift“ vor. Ich gebe diesen Artikel, der nach seiner Ablehnung beim „Heidelberger Student“ zunächst im „Heidelberger Tageblatt“ erschien, trotz seiner Länge vollständig wieder, da er auch in der politischen Diskussion über den Fall Gumbel breiten Raum einnahm. Auch Radbruch geriet unter den Druck der Nationalsozialisten und hat sich nie wieder so eindeutig vor seinen Kollegen und Genossen gestellt, wenn er auch — vorwiegend im Hintergrund — als einziger Gumbel bis 1932 die Stange hielt.

„Soll es so weitergehen? Soll die älteste deutsche Universität es an Rohheit der politischen Sitten allen andern Hochschulen zuvortun? Soll es dahin kommen, daß, wer nun einmal das Herz auf der linken Seite der Brust trägt, es verschmäht, diese giftgeschwängerte Luft noch länger zu atmen?“

(44) Niemand wird das Wort vom ‚Feld der Unehre‘ billigen. Gumbel selbst hat es bedauert. Die Situation, in der es fiel, beweist zudem unwiderleglich, das eine Herabsetzung der Kriegsgefallenen damit nicht beabsichtigt war — beabsichtigt war nur die Ächtung des Krieges. Victor Hugo hat in ganz ähnlichen Zeitverhältnissen, auch nach einem verlorenen Kriege, auch in einem nationalistisch überreizten Volke, eine berühmte Rede mit den Worten geschlossen: ‚Déshonorons la guerre!‘ ‚Entkleiden wir den Krieg der Ehre!‘ Dieser Ausruf mag Gumbel bei jener Redewendung vorgeschwebt haben. Darf man in Deutschland den Krieg nicht mehr als das bezeichnen, was er durch den Kellogg-Pakt geworden ist: ein internationales Verbrechen? Und soll ein ungeschicktes Wort dem, der es aussprach, für Lebenszeit anhaften? In Wahrheit geht es längst nicht mehr um jenes Wort, das längst vergessen wäre, wenn es nicht immer wieder der Vergangenheit entrissen würde. Man hat es in der Protestversammlung ausgesprochen, daß Gumbels Enthüllungsfeldzüge gegen die politischen und Fememorde, gegen die Geheimrüstungen gemeint sind. Wegen seiner politischen Stellungnahme will man also einen Hochschullehrer von der Universität entfernt wissen?

Der Stahlhelm, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen haben in einer Zeitungsanzeige von der Notwendigkeit einer ‚Säuberung der Hochschule‘ gesprochen: Darin liegt nicht nur eine ungeheure Beschimpfung der Universität, darin liegt auch eine Bedrohung aller derjenigen, die sich Gumbel in dem einen oder in dem andern Punkte gesinnungsverwandt fühlen. Mit Gumbel soll die Säuberung angefangen werden — wer weiß, mit wem sie enden soll?

Was heute dieser Politik begegnet, kann morgen gegen jede andere Politik gewendet werden. Nicht nur diejenigen, die Gumbels demokratische und pazifistische Überzeugungen teilen, vielmehr alle, denen an Freiheit der politischen Gesinnung gelegen ist, werden durch diese Wendung des Kampfes mit Gumbel in die gleiche Front gedrängt. Die Veranstalter der Versammlung haben die Zustimmung der Mehrheit der Professoren unserer Universität für sich in Anspruch genommen. Ich vermag nicht zu glauben, daß die Mehrheit der Heidelberger Professoren der Benachteiligung eines Hochschullehrers aus Gesinnungsgründen zuzustimmen geneigt wäre. Ich für meine Person will jedenfalls über meinen Platz in diesem Kampf keinen Zweifel lassen. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß Achtung vor jeder Überzeugung mir tiefster Lebensgrundsatz ist, daß ich sie stets nicht nur gepredigt, sondern auch geübt habe. Ich habe das Recht, diese Achtung auch für unsere demokratischen und

pazifistischen Überzeugungen zu verlangen. Ich verwehre mich entschieden dagegen, daß ein ‚Aktionsausschuß nationaler Studenten‘ schon durch diese Namensgebung allen anderen Universitätsangehörigen die wahre nationale Gesinnung abspricht. Nicht nur gegen Gumbel richtet sich der Kampf. Er richtet sich eingeständenermaßen in erster Linie gegen das ganze System, das sich durch Gumbels Ernennung zum Professor kennzeichne. Wir unsererseits sind stolz auf ein System, das den ‚Sackträger in Ludwigshafen‘ in die höchste Staatsstelle erheben kann, wir ehren den Mann, der durch seine, auch von gerechten Gegnern anerkannte Tüchtigkeit auf diesen Platz gelangt ist, und wir vermerken mit Erstaunen, daß eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, es einem Staatsmanne zum Vorwurf macht, daß er aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist. Ich kann nicht glauben, daß diese Versammlung den Geist der Jugend von 1930 kennzeichnet. Als *wir* jung waren, hieß Jugend Kampf für die Freiheit der Überzeugung, nicht für ihre Unterdrückung. Zur rechten Zeit ist auf der Bühne und im Tonfilm die Erinnerung an die Dreyfus-Affäre erneuert worden. Können die Worte, die dort in Emile Zolas Gestalt Heinrich George der Jugend zurief, ein wahrhaft jugendliches Herz unberührt lassen? Möchte sich mancher junge Mann dadurch veranlaßt finden, Zolas herrlichen ‚Brief an die Jugend‘ zu lesen, der beginnt mit dem Zeitbilde einer verirrten Jugend, die Patriotismus und Antisemitismus verwechselt und die Kämpfer für Recht und Wahrheit beschimpft, aber endet mit dem Appell an eine zukünftige, echte, wieder zu sich selbst gekommene Jugend:

„Wohin geht ihr, junge Menschen, wohin geht ihr, Studenten, die ihr durch die Straßen marschiert, die ihr eurer Empörung und Begeisterung Ausdruck gebt, die ihr in unsere Zwietracht den Mut und die Hoffnung eurer zwanzig Jahre werft?“ „Wir sind auf dem Marsche nach Menschlichkeit, nach Wahrheit, nach der Gerechtigkeit!“ ¹⁴³

(45)

Radbruchs Artikel unterscheidet sich in seiner Emotionalität positiv von der „kalten“, aufklärerisch-rationalen Argumentationsweise, mit der die SPD-Presse meistens arbeitete¹⁴⁴. Die Nazis trafen die Gefühle der Menschen in der Regel weit besser und ein großer Teil der Deutschen rannte voller Begeisterung hinter ihnen her, taub für jedes Argument. Es war viel mehr als eine vorübergehende Täuschung!

Solidarisch mit Gumbel erklärten sich auch die Sozialistischen Ärzte, Gau Südwest, und die S.St. in einem offenen Brief.¹⁴⁵ Auf einer Wahlkampfkundgebung der SPD erklärte S.St.-Vertreter Martin Hörz:

„Mit einfach unglaublicher Gemeinheit und Rohheit gehen die reaktionären Studenten gegen unseren Parteigenossen Gumbel vor. In der nationalsozialistischen Protestversammlung hat man es gewagt, ihn als ‚Schweinehund‘ und als Lumpen zu bezeichnen. . .

Möge dieser Kasernenhofton . . . zum Verkehrston in ihren Verbindungen werden, wir sagen ihnen: Und wenn Ihr 1000 Fuchsenstunden hinter euch habt und Ihr wißt, wie man einen Salamander reibt und wenn Ihr Euch in Euren feudalen Verbindungen und Euren Gesellschaftskreisen noch gesittet und anständig betragen könnt, *Ihr seid nichts als Flegel* . . . An uns liegt es jetzt, etwas zu unternehmen. Vielleicht werden wir auch gezwungen werden[!], eine eigene Protestversammlung zu veranstalten. Vorläufig stellen wir fest: Nie hat

¹⁴³HT, 12.11.30. Nachgedruckt in: VZ, 13.11.30, 3.Bl. und HD Stud., Nr.2, WS 30/31.

¹⁴⁴s.a. die Artikel in der VZ vom 26.11.30 zur Anti-Gumbel-Veranstaltung vom 25.11.

¹⁴⁵ebenda, 13.11.30, 2. bzw. 3. Bl.

Genosse Gumbel das Vaterland in Schmutz und Kot gezogen. Nie hat der Genosse Gumbel die Toten des Weltkrieges beleidigt. Wir behaupten, dadurch daß er ein leidenschaftlicher Sozialist und Pazifist ist, dadurch daß er seine wissenschaftlichen Qualitäten in den Dienst der Bekämpfung des politischen Mordes und der reaktionären Fememordorganisationen gestellt hat, dadurch hat er wahrhaft national gehandelt. . .

(46) Gumbel als Landesverräter: Einige Verfahren waren ihm angehängt, mußten aber niedergeschlagen werden. Kläger war der berüchtigte Jorns, der die Mörder von Rosa Luxemburg und Liebknecht schützte. Es ist eine Ehre für einen Sozialisten, von diesen Leuten angeklagt zu werden. Dieser Kampf geht aber nicht allein um unseren Genossen Gumbel. Er geht über den Rahmen der Hochschule hinaus . . .

Die Hochschulen sind Brutstätten des Faschismus . . . Wir wollen nicht hoffen, daß der Fall Gumbel für die hiesige Universität ähnliche Kämpfe (wie in Berlin und Wien) einleite. Wir werden uns aber in Heidelberg solche Zustände . . . nicht bieten lassen. Und wir verlassen uns dabei auf Euch, Genossen . . .

Der Faschismus an den Hochschulen und die reaktionäre Haltung der Dozenten und Studentenschaft werden zusammenbrechen mit dem Sieg der Arbeiterklasse.“¹⁴⁶

Weite Teile der SPD unterschätzen in derartiger Großspürigkeit die Gefährlichkeit der Lage und fanden deshalb ein Zusammengehen aller anti-nationalsozialistischen Kräfte nicht nötig. Dabei hätte allenfalls dies die Lawine noch aufhalten können, wenn nicht die Chancen zu einer Republikanisierung Deutschlands nicht bereits viel früher verspielt waren!

Im Universitätsarchiv finden sich auch einzelne individuelle Solidaritätserklärungen. Neben anderen schrieb Albert Einstein:

„Herr Gumbel ist zweifellos als Fachmann hinreichend tüchtig, um als Vertreter seines Faches an einer Hochschule zu wirken. Als Persönlichkeit schätze ich ihn noch viel höher. Sein politisches Wirken und seine Publikationen sind von einem hohen Ethos getragen. Das Verhalten der akademischen Jugend gegen ihn ist eines der traurigen Zeichen der Zeit, welche das Ideal der Gerechtigkeit, Toleranz und Wahrheit so wenig hochhält. Was soll aus einem Volke werden, das solche Zeitgenossen brutal verfolgt und dessen Führer dem gemeinen Haufen keinen Widerstand entgegensetzen?

Den Ausdruck vom Felde der Unehre kann ich keineswegs verdammen, abgesehen von der Häßlichkeit der Form und der darin liegenden Unzartheit den Leidtragenden gegenüber, denn es kann nicht als ehrenvolles Geschäft bezeichnet werden, andere Menschen zu töten, weil sie anderswo geboren sind. Warum also die Heuchelei?“¹⁴⁷

(47) Die Kampagne der Rechten verfehlte nicht ihre beabsichtigte Wirkung auf die Universitätsgremien. Der neue Rektor Meister z.B. gab seinen Einstand bezüglich Gumbel mit einer Erklärung, die für seine künftige Haltung gar nicht erst falsche Hoffnung aufkeimen ließ: In der Tagespresse erklärte er, er hätte mit einer Passage seiner Immatrikulationsrede, in der er den Studenten „Vertrauen zu Dozenten, die anderer politischer Meinung sind“, ans Herz gelegt hatte, selbstverständlich nicht Gumbel gemeint!¹⁴⁸ Diese ehrenwerte Absicht

¹⁴⁶VZ, 14.11.30, 3.Bl. Andererseits stammen von der S.St. auch solch unqualifizierte Bemerkungen wie die, Gumbel sei ein „Faschist“, weil er in italienischen und französischen „faschistischen wissenschaftlichen Zeitungen“ veröffentlicht habe. Und das auf dem Höhepunkt der Angriffe gegen Gumbel im Dezember 1930! (Soz.Stud., Nr.2)

¹⁴⁷UAH III 5b, 332, Bl.34 und drei weitere Schreiben: Bl.70ff.

hatte ihm sträflicher Weise das „Tageblatt“ unterstellt.

Die philosophische Fakultät befaßte sich am 3. und 5.11. mit der Ernennung Gumbels. Güntert und Ranke hatten sich in nachträglichen Gedächtnisprotokollen von ihrer Zustimmung zur Ernennung Gumbels distanziert und den Schwarzen Peter Gundolf zugeschoben¹⁴⁹. Dessen Erklärung wurde zum „Mißverständnis“, er selber bekannte, er hätte wohl nicht alle Kollegen befragt¹⁵⁰.

Für die folgende Fakultätssitzung am 15.11. verfaßte der Historiker (Bismarck-Biograf) und Exponent der rechten Professoren (DNVP-Mitglied) Willy Andreas ein Memorandum¹⁵¹: Die Fakultät sollte heftig gegen Gumbels Ernennung Einspruch erheben, weil der Minister von der üblichen Praxis abgewichen wäre. Obwohl Andreas solchem Protest keine großen Erfolgsaussichten beimaß, hielt er ihn für unerlässlich, damit niemand der Fakultät vorwerfen könnte, sie wäre ihrer Linie untreu geworden. Mitglieder der Fakultät, die — aus welchen Gründen auch immer — die Handlungsweise der Regierung ohne Widerspruch hinnehmen wollten, sollten sich bewußt sein, daß bei einer möglichen Veränderung der politischen Verhältnisse die Fakultät auch dann nicht gegen Angriffe auf ihre Selbstverwaltung und ihre Rechte würde protestieren können.

Fakultät und Universität sollten schnell handeln, da die sozialistische Presse Gumbel als einen Märtyrer und einen der am meisten verfolgten Hochschullehrer feierte. Diese Presse hätte wohl vergessen, daß Gumbel nicht wegen seiner politischen oder philosophischen Position gerügt worden wäre. Fakultät und Universität sollten ihre Haltung veröffentlichen, um die Verzerrungen und Beleidigungen der Sozialisten zu beantworten. In diesem Zusammenhang verlangte Andreas vom Dekan, daß er Gustav Radbruch, der unterstellt hätte, daß Gumbel ein Opfer politischer Verfolgung wäre, darauf hinwies, daß er unbewiesene und verletzend behauptungen aufstellte, die ein Mitglied des Lehrkörpers und Repräsentant der juristischen Fakultät besser unterließe.

(48)

Gumbels Ernennung wäre in den Semesterferien erfolgt, um weniger Aufsehen zu erregen. Der Dekan des Sommersemesters (Gundolf) wäre in Dinge verstrickt worden, für die er nicht voll verantwortlich wäre. Dabei hätte er den Dekan mehrfach gewarnt, die Finger von diesem heißen Eisen zu lassen. Wenn die Angelegenheit mit diesen öffentlichen Klarstellungen nicht erledigt werden könnte, der Fall Gumbel weiter für Unruhe in der Professorenschaft sorgen und das Ansehen der Fakultät gefährden würde, dies alles wegen einem Mann, dem die Fakultät nie die Habilitation hätte gewähren dürfen, dann sähe er nur einen Ausweg: das Fach Staatswissenschaften aus der philosophischen Fakultät auszugliedern, da ohne die Haltung dieser Fachvertreter die Affäre längst eine angemessene Lösung gefunden hätte.

War Gumbel doch stärker, als es aus den zugänglichen Quellen hervorgeht, durch seine Fachkollegen gestützt worden? Das Ausmaß des Mißtrauens unter den Professoren der philosophischen Fakultät, auf das dieses Papier schließen läßt, überrascht mich jedenfalls. Abschließend appellierte Andreas dann wieder, die Fakultät müßte „Gleichheit, ritterliches Vertrauen und offene geistesverwandte Beziehungen“¹⁵² bewahren.

Die Fakultät erklärte in einem Brief ans Kultusministerium, daß sie die Ernennung Gumbels mißbilligte, „wenn allen Mitgliedern die Anfrage bekannt gewesen wäre, hätte die Fakultät Bedenken erhoben“¹⁵³. Sie erwartete, daß sich das Ministerium künftig wieder an

¹⁴⁸UAH III 5b, 332, Bl.35f.

¹⁴⁹ebenda, Bl.6ff.

¹⁵⁰Bad.Landtag, 19.12.30, Sp.383.

¹⁵¹Nachlaß Andreas, GLA 235/748, zitiert nach: Carmon, S.87ff. Meine Textversion ist mit Vorsicht zu genießen, da ich sie aus der englischsprachigen Arbeit zurückübersetzt habe. Hinzu kommt, daß Carmons Übersetzungen sich, da wo ich sie anhand der Quellen im UAH überprüfen konnte, als recht oberflächlich und z.T. einfach falsch herausstellten. Offensichtlich verfügt er nicht über ausreichende Deutschkenntnisse.

¹⁵²„equal justice, knightly trust and clear congenial relations“. Carmon, S.90.

¹⁵³UAH III 5b, 332, Bl.89. Remmele gab am 19.12.30 im Landtag eine andere Version: „Da die Regierung

(49) das Gewohnheitsrecht halten würde, außerordentliche Professoren nur auf Vorschlag der Fakultät zu ernennen. Dieser Beschluß wurde gegen drei Stimmen (darunter Weber und Lederer) gefaßt. Jaspers fehlte. Weber empfahl in der Diskussion, den alten Fall Gumbel zu vergessen.¹⁵⁴ Dieses Abstimmungsergebnis spricht ebenfalls dafür, daß Gumbels Institutskollegen zumindest 1930, als er ohne jedes eigene Zutun ins Schußfeld geraten war, hinter ihm standen.

Da das Kultusministerium die Ernennung Gumbels nicht zurücknahm, war es nur eine Frage der Zeit, daß sich auch die Fakultät damit abfinden mußte. Am 28.11. reiste der Rektor, der selbst Mitglied der philosophischen Fakultät war, mit einer Delegation nach Karlsruhe, um die Differenzen auszuräumen.¹⁵⁵

Am 16.11.30 fanden in Heidelberg Kommunalwahlen statt. Die Nazis verbuchten erneut einen überwältigenden Erfolg. Das Ergebnis (in Klammern die Ergebnisse der vorangegangenen Kommunalwahl 1926): NSDAP 31 Sitze (-), das waren 35,9% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 71%. SPD 16 Sitze (21), Zentrum 12 (13), KPD 9 (10), Deutsche Staatspartei 3 (DDP: 9), Evangelischer Volksdienst 6, Bürgerbund 3, DNVP 2 (Vereinigte Bürgerliche Gruppen: 18, Deutschliberale: 8, Aufwertungspartei: 4).¹⁵⁶ Auch dieser Triumph der NSDAP ging zulasten der bürgerlichen Rechten. Außerdem konnte sie relativ die meisten Nichtwähler mobilisieren. Die Weimarer Koalition hatte ihre Mehrheit im Gemeinderat verloren. Die Wahlbeteiligung hatte sich von 23.140 auf 39.125 Stimmen erhöht. So standen den Sitzverlusten von SPD, Zentrum und KPD erhebliche Stimmengewinne auch dieser Parteien gegenüber; nur hatte die stärkere Politisierung und Mobilisierung der Wähler sich überproportional zugunsten der NSDAP ausgewirkt.

Dieser Wahlsieg hatte allerdings in erster Linie psychologische Auswirkungen. Die NSDAP konnte ihr Charisma als Partei andauernder Erfolge festigen, während die Weimarer Parteien, besonders die SPD, einmal mehr bestätigt bekamen, daß alle Anstrengungen nichts nützten. Bei ihren Anhängern machten sich mehr und mehr Resignation und Mutlosigkeit breit.

(50) „Wenn trotz der massiven Repräsentation der NSDAP in den städtischen Gremien deren Einfluß auf (die Kommunalverwaltung) relativ gering blieb, so ist das auf die zunehmende Bedeutungslosigkeit der demokratischen Gremien überhaupt zurückzuführen und den großen Selbstbewußtsein der Stadtverwaltung zu verdanken, die nach wie vor nicht gewillt war, die von den Vereinigten Bürgerlichen Gruppen geprägte Politik ‚über den Parteien‘ aufzugeben ... Es ist auch von Seiten der NSDAP kein ernsthafter Versuch unternommen worden, den starken parlamentarischen Einfluß auf die Politik der Stadt geltend zu machen ... die konkreten Probleme der Stadtverwaltung eigneten sich nicht gerade für polemische Propaganda.“¹⁵⁷

Heidelberg war von der Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffen, so daß der kommunale Handlungsspielraum durch fehlende finanzielle Möglichkeiten infolge des gesunkenen Steueraufkommens und der ungeheuren Sozialausgaben minimal war.

Im Überschwang ihres Wahlsieges gaben die Nazis und ihre korporierten Mitläufer in der konstituierenden AStA-Sitzung an 17.11. einen weiteren Vorgesmack auf die Zeiten,

vor der Verleihung des Titels ... loyalerweise durch schriftliche Anfrage beim Dekan (?) mit der Fakultät Führung nahm, kann die Fakultät lediglich feststellen, daß sie vielleicht in ihrer Mehrheit Bedenken erhoben hätte, wenn die Frage der Regierung *allen* Mitgliedern bekannt geworden wäre.“(Sp.383) Er verschwieg, daß [es] sich dabei um Emil Lederers Sondervotum handelte (UAH III 5b, 332, Bl.8)

¹⁵⁴UAH H-IV-102/153, Fakultätssitzung vom 15.11.30

¹⁵⁵Der Delegation gehörten Dekan Sölch und Gumbels Institutskollegen Lederer und Brinkmann an. (Als Vermittler waren sie gut genug!) GLA 235/1891, s. Carmon, S.92

¹⁵⁶HT, 19.11.30.

¹⁵⁷Hoffmann, S.91.

die da kommen sollten. NSDStB und G.St.G. brachen mit den Spielregeln und verteilten alle Ämter in der studentischen Selbstverwaltung unter sich. Das ging bis zum Amt für Leibesübungen, wo der sozialistische Vertreter schließlich freiwillig auf die Kandidatur verzichtete.

Anschließend wurde — wieder gegen alle Gepflogenheiten — der AStA-Haushalt ohne Debatte verabschiedet. Nach dem Streit um das Richtfest hatte der Kultusminister die Senkung der studentischen Beiträge von drei auf zwei Mark pro Semester verfügt, in der irrigen Annahme, so die Möglichkeiten rechter Propaganda mit Studentenschaftsgeldern zu beschneiden. Die Nazis aber kürzten noch einmal die Sozialausgaben um 58%, während der Posten für Verwaltung und politische Agitation nur um 10% gekürzt und die Ausgaben für Wehrsport sogar erhöht wurden. Die Nazis verwiesen auf eine „bevorstehende politische Umwälzung in Preußen“, für die der Heidelberger AStA Rücklagen bilden müßte. Selbst der Rektor fand diesen Haushalt unvereinbar mit den Aufgaben eines AStA und wies ihn zurück.¹⁵⁸

Zum Eklat kam es, als unter „Verschiedenes“ das ehemalige Redaktionsmitglied des „Heidelberger Student“ Bley (S.St.) den Schriftleiter Scherberger wegen „Protest gegen Gumbel“ (s. S. 31ff [42ff].) heftig angriff. Der AStA-Vorsitzende Werner Kleen (NSDStB) schloß Bley erst von der Teilnahme an der Sitzung aus, dann verwies er ihn des Saales. Auf Aufforderung des sozialistischen AStA-Mitglieds Martin Hörz verließen die beiden linken Fraktionen und die meisten Anhänger der Mitte unter Absingen der „Internationale“ den Saal. Die Rechten antworteten mit dem „Horst-Wessel-Lied“.

(51)

„Es war ein Tohuwabohu, wie es der Heidelberger AStA in dieser Form noch nie erlebte.“¹⁵⁹

Anschließend erneuerte der AStA den Beschluß von 1925, nur noch bei Universitätsfeierlichkeiten zu chargieren, „wenn Gewähr gegeben ist, daß Gumbel den Feierlichkeiten fernbleibt.“¹⁶⁰

Am 20.11. äußerte sich auch der Rektor in der Tagespresse und am Schwarzen Brett:

„KOMMILITONEN !

Im Interesse des Friedens der Universität und zur Sicherung der akademischen Sitte und Ordnung, die ich zu schützen habe[!], weise ich gegenüber Äußerungen, die in den letzten Tagen in Rede und Schrift über Herrn Prof. Dr. Gumbel gefallen sind, auf Folgendes hin:

1. Die Äußerungen des Herrn Professor *Gumbel* auf seinem Fachgebiet der Statistik sind von Kennern dieses Gebietes anerkannt worden.
2. Über die Lehrtätigkeit des Herrn Professor *Gumbel* ist keine Klage erhoben worden.
3. Herr Professor *Gumbel* hat ein vor sechs Jahren gesprochenes Wort, mit dem er unser Empfinden tief gekränkt hat, *damals öffentlich bedauert*; die Fakultät hat es scharf *mißbilligt*; ein gegen ihn auf Entziehung der *venia legendi* eingeleitetes Verfahren wurde jedoch eingestellt.
4. Herr Professor *Gumbel* hat die Rechte und Pflichten eines außerplanmäßigen außerordentlichen Professors unserer Universität. Alle Angriffe gegen diese Rechte müssen energisch abgewehrt werden. Meister.“¹⁶¹

Zweideutiger und formaler konnte eine derartige Erklärung nicht ausfallen! Außerdem kam sie reichlich spät und die Angriffe der Studentenschaft wurden mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn gerügt.

¹⁵⁸Bad. Landtag, 19.12.30, Sp. 365f.

¹⁵⁹V2, 18.11.30, 2.Bl. und HT, 18.11.30.

¹⁶⁰ebenda.

¹⁶¹ebenda, 20.11.30; UAH III 5b, 332, Bl.54.

Aber es kommt noch schlimmer: Den Akten des Universitätsarchivs kann man entnehmen, daß der Rektor weiter geschwiegen hätte, wenn nicht Gumbel eine derartige Erklärung als Gegenleistung dafür verlangt hätte, das er — wie schon die sechs Jahre zuvor — dem Dies academicus fernbliebe. Dort fand auch die feierliche Rektoratsübergabe an Meister statt und die durfte natürlich nicht wegen Gumbel gestört werden! Gumbel und der Rektor trafen also eine Vereinbarung, in der außer der veröffentlichten Passage noch Folgendes steht:

„2. Der Rektor lehnt das Ansinnen von NSDStB und großdeutscher AStA-Fraktion, daß Gumbel Feierlichkeiten fernbleiben müsse, ausdrücklich ab.“

(52) Unter 4. ist festgelegt, daß Gumbel nur zur Nicht-Teilnahme verpflichtet ist, wenn die Abmachung nicht vor dem Dies an die Öffentlichkeit kommt. Sonst müßte er „aus Gründen der Selbstachtung“ erscheinen.

„5. Sollte meine Haltung nachträglich in der Öffentlichkeit als Feigheit angesehen werden, so darf ich erwarten, daß Sie durch Bekanntgabe der wirklichen Gründe diesen Vorwurf entkräften werden.“¹⁶²

Punkt 4 und 5 sind typisch Emil Julius Gumbel!

Ansonsten ist dieser traurige Kuhhandel ein weiteres Indiz für den Zustand der Heidelberger Professorenschaft, die so dem Ansturm der Nazis natürlich nichts entgegensetzen konnte, und das wohl auch gar nicht wollte.

Unter der vielbeschworenen „akademischen Freiheit“ verstanden sie nur ihren Elfenbeinturm. Das hatte nichts mit Politik zu tun!

Die Feierlichkeiten wie der Dies academicus stellten die Fassade dieses hohlen Gebäudes dar, die nicht befleckt werden durfte. Darum ließ der Rektor sich an diesem Punkt von Gumbel unter Druck setzen.

Eine tragische Note bekommt diese Haltung, wenn man bedenkt, wieviele von Gumbels Kollegen trotzdem einige Jahre später sein Schicksal teilen mußten. (Fast eine gerechte Strafe . . .) Dennoch störte der Fall Gumbel die Idylle des Dies Academicus. Außer Gumbel selbst blieben auch der Kultusminister und — wider Erwarten — die Studenten der Feier fern, was von der Mehrheit der Anwesenden mit Murren quittiert wurde.¹⁶³ Direkt nach der Protestversammlung vom 7.11. hatte der „Aktionsausschuß der nationalen Studentenschaft“ (ASSt) eine weitere Kundgebung für den 25.11. angekündigt.

Kurz vorher hing am Schwarzen Brett im Institut für Sozial- und Staatswissenschaften ein Flugblatt, das mit „dAdnSt“ unterzeichnet ist. Die Vermutung liegt nahe, daß diese Abkürzung für „der Aktionsausschuß der nationalen Studentenschaft“ steht.

„Was lehrt der Fall Gumbel?“

(53) Das anständige Gefühl der Heidelberger Studentenschaft verlangt, daß so ein unanständiger Jude, wie Herr Gumbel, endlich von der Universität verschwindet. Aber Rektor und Ministerium halten ihn deshalb noch extra in Amt und Würden. Was ist für den deutschen Student zu tun? Dieser Herr muß boykottiert, in Verruf gebracht werden. Man geht einfach nicht in die Vorlesung zu diesem unanständigen jüdischen Zeitgenossen . . . Wie überhaupt die beste Judenbekämpfung ist, daß man sich mit der Gesellschaft nicht abgibt. — Es ist sowieso eine Entlausung, eine Nationalsozialisierung der deutschen Universitäten im Gange . . . Die Geisteswissenschaften sind erschöpft. Alles, was zu sagen ist, ist bereits klar und bündig in Lehrbüchern zur Genüge niedergelegt.

¹⁶²UAH III 5b, 332, Bl.41.

¹⁶³VZ, 24.11.30, 2.Bl., HT, 24.11.30

Das geschwätzige Volk Israel trägt auf den deutschen Hochschulen den deutschen Studenten das deutsche Wissen nur in unredlicher Weise vor. — Zwischen einem gewöhnlichen jüdischen Schnorrer und einem jüdischen Hochschulprofessor, z.B. dem Obergaukler der Physik, Einstein, ist im Prinzip kein Unterschied. Beide leben vom Betrügen, von Unredlichkeit, vom Bluffen.

Also ferngeblieben, deutsche Studenten, von den Vorlesungen jüdischer Dozenten. — Das Volk Israel soll sich seine eigene Universität aufmachen, in Jerusalem oder in Frankfurt. Dagegen ist nichts einzuwenden. — Dort kann Herr Gumbel seine Statistik, eine Tätigkeit, die gar nicht unter wissenschaftliches Arbeiten fällt, ausüben, dort kann er auf den Gimbelfang gehen . . . “ Es folgen weitere Tiraden gegen Gumbel, gegen die „mosaische“ badische Landesregierung und gegen die „jüdische“ Massenabfütterung in der Mensa.¹⁶⁴

Auch auf den Straßen Heidelbergs wurden Flugblätter, die zu der Kundgebung am 25.11. aufriefen, verteilt. Am Abend fanden sich ca. 1750 Teilnehmer (laut Polizei) in der Stadthalle ein. Hauptredner sollte das DNVP-MdR v.Freytagh-Loringhoven sein. Ein Veranstaltung mit ihm war im Zusammenhang mit einer DNVP-Schulung unter dem Thema „Deutschlands Freiheitskampf“ bereits lange geplant. Erst nachträglich wurde sie zu einem „Protest gegen Gumbel“ umfunktioniert. Aber Freytagh-Loringhoven — selbst Hochschullehrer — war nicht bereit, sich in die Angelegenheiten einer anderen Universität einzumischen und zum Thema Gumbel zu sprechen.¹⁶⁵ So verfielen die publicity-süchtigen ANStler auf den Trick einer „Doppelversammlung“. Zuerst sprach — unter Vorsitz des heidelberger DNVP-Chefs — Freytagh-Loringhoven. Dann übernahm Bernhard Seeger-Kelbe die Leitung zum Thema Gumbel:

„Wir werden nicht aufhören zu protestieren, sondern noch weitergehen, wofür dann das Kultusministerium die Verantwortung zu tragen hat . . . Man möge gegen uns Disziplinarverfahren einleiten, aber für jeden von uns werden zehn andere aufstehen.“

Anschließend sprachen Abendroth für die NSDAP und der neue AStA-Vorsitzende Werner Kleen, 23 Jahre alt. Um zu verdeutlichen, daß sich der Kampf allein gegen Gumbel richtete, rief er zu einer Kundgebung „zur Ehrung der und zum Dank an die Dozentschaft“ auf.¹⁶⁶

Ohne großen Aufwand, ohne etwas neues zu sagen und ohne daß etwas neues geschehen wäre, hatte der ANSt das Thema Gumbel warm gehalten. Um ihre taktische Position zu verbessern, versuchten die ANSt-Führer, die Universität noch mehr auf ihre Seite zu ziehen, und die vorhandenen Widersprüche zwischen ihr und dem Ministerium zu vergrößern. (54)

Um dieses Ziel zu erreichen, waren sie bereit, sich etwas zu mäßigen. Die nächste AStA-Sitzung fand in „sachlicher Atmosphäre“¹⁶⁷ statt. In der zweiten Ausgabe des „Heidelberger Student“ wurde Gustav Radbruchs Artikel „Protest gegen einen Protest“ dann doch abgedruckt. Die Führer von NSDStB und G.St.G. konnten diese taktischen Zugeständnisse z.T. nur mühsam gegen ihre wild gewordene Basis durchsetzen.¹⁶⁸ So wurde auch Radbruchs Artikel durch eine Antwort des ANSt, verfaßt von Bernhard Seeger-Kelbe, richtiggestellt:

„Wir wissen nicht, worin Herr Prof. Radbruch eine ‚Rohheit der politischen Sitten‘ sieht, unser Vorgehen erwuchs aus dem inneren Zwang, aus der ehrlichen Empörung über die zweifellos beabsichtigte Brüskierung der Mehrheit der

¹⁶⁴UAH III 5b, 332, Bl.56ff.

¹⁶⁵ebenda, Bl.87.

¹⁶⁶ebenda, Bl.59ff. (Polizeibericht); HT, 26.11.30.

¹⁶⁷VZ, 4.12.30, 2.Bl.

¹⁶⁸ebenda.

Heidelberger Studentenschaft ... Nach unserer Überzeugung hat die politische Gesinnungsfreiheit dort ihre Grenze, wo sie den Bestand und das Wohlergehen des Staates, wo sie die Ehre des deutschen Volkes bedroht. Daß die Mehrheit der deutschen Jugend von 1930 eine *andere* Staatsgesinnung hat als Herr Prof. Gumbel und diejenigen, ‚die sich Gumbel in dem einen oder andern Punkte gesinnungsverwandt fühlen‘, ist Gott sei Dank eine Tatsache, wemgleich dies Herr Prof. Radbruch nicht zu glauben vermag ...

Die Mehrheit der Heidelberger Studentenschaft sieht es als ihre Pflicht an, als Stoßtrupp in Millionenheer derer, die für ein sauberes soziales und nationales Deutschland kämpfen, das Ihre zu tun ...

Es bedeutet zuletzt eine völlige Verkenning der deutschen Jugend, in deren Namen wir glauben sprechen zu dürfen, anzunehmen, sie kämpfe nicht für die Freiheit der Überzeugung. Gerade der *Terror* des heutigen Systems, der sich uns gegenüber in den verletzendsten Formen austobt, hat uns dazu gebracht, dieses System hassen zu lernen, hat uns dazu gedrängt, den uns aufgezwungenen Kampf um die *Freiheit unserer Gesinnung* unbeugsam durchzuführen bis zum Endsieg ... Die ‚Freiheit, die wir meinen‘, hat nichts zu tun mit ‚Freiheit‘ für die Tätigkeit des Herrn Prof. Gumbel! Ein Recht auf die Freiheit der Gesinnungsäußerung hat unserer Überzeugung nach nur der, der diese Freiheit im Dienst am Vaterland gebraucht. Jeder andere hat dieses Recht verwirkt.“¹⁶⁹

Diese deutlichen Ausführungen schüchterten selbst Radbruch ein. In der ersten Ausgabe des nach der Gleichschaltung des „Heidelberger Student“ gegründeten Organs der S.St. „Der Sozialistische Student“, schrieb Radbruch im Dezember:

(55) „Mit einer Auffassung, die sich selbst mit Recht als ‚fanatisch‘ bezeichnet, ist eine fruchtbare Diskussion nicht möglich. Ich verzichte deshalb auf jedes weitere Wort.“

Den Aufruf Radbruchs in derselben Zeitung, anti-intellektuelle Strömungen zu bekämpfen, bezeichnet Carmon wohl mit Recht als „Kathedersozialismus“.¹⁷¹

An Samstag, den 6.12, fand — gewissermaßen als Nikolausbescherung — die Kundgebung zu Ehren von Rektor und Dozentenschaft statt, nachdem sie eine Woche zuvor — im Rahmen eines allgemeinen Verbots für Kundgebungen unter freiem Himmel — von der Polizei nicht genehmigt worden war. Diese Demonstration war ein äußerst geschickter Schachzug der ANStler.

Rektor Meister, ein Altphilologe, dachte nicht in politischen, sondern familialen Kategorien: er der Vater, die Studenten seine Söhne, die Universität eine „große geistige Familie“.^{171a} Voll väterlicher Güte war er gern bereit, sämtliche Verstöße der Studentenschaft gegen den „akademischen Geist“, den Takt und die „guten Sitten“ zu verzeihen und rief seinerseits die Professoren auf, an der Kundgebung teilzunehmen. Nach einer Rede des AStA-Vorsitzenden zeigte er sich im Ornat mit Amtskette im Fenster und sprach zur „buntbemützten Schar“ der Studenten draußen:

„Die ernstesten Auseinandersetzungen mit euren Führern (haben) uns menschlich nähergebracht als Äußerungen höflicher Korrektheit, wie sie in unbewegten Zeiten gewechselt werden.“¹⁷²

¹⁶⁹HD Stud., Nr.2, WS 30/31.

¹⁷¹Carmon, S.93.

^{171a}HT 22.1.31, S.5.

¹⁷²UAH B-1266/2, Senatssitzung 6.12.30; Tagespresse vom 8.12.30.

Fassungsloser Kommentar der „Volkszeitung“: „(!?)“¹⁷³

Einige Tage später erschien eine neue Ausgabe des „Heidelberger Student“. Mehrfach hatte der Rektor die Studentenschaft ermahnt, nicht in entstellender Weise aus dem Gutachten der philosophischen Fakultät von 1925 zu zitieren.¹⁷⁴ Also wurde es auf der Titelseite vollständig abgedruckt. Überschrift: „Der Kampf geht weiter!“ Sonst wurde Gumbel nicht erwähnt. Immerhin waren die wichtigsten Passagen dieses Gutachtens bereits in der ersten Nummer der AStA-Zeitung in „Protest gegen Gumbel“ und auf den beiden Veranstaltungen am 7. und 25.11. ausführlich zitiert worden. Der ANSt hatte sein Pulver verschossen!

In der vierten Ausgabe des „Heidelberger Student“ beschränkt sich die Agitation gegen Gumbel auf die in die Titelseite groß eingerückte Frage: „Wie lange bleibt Dr. Gumbel noch Professor in Heidelberg?“

Der „Fall“ drohte einzuschlafen, ein neuer Skandal mußte her!

(56)

VIII. AStA-Auflösung und „Gumbelkrawalle“

In der AStA-Sitzung vom 17.12. berichtete Bernhard Seeger-Kelbe, den der Rektor besonders in sein väterliches Herz geschlossen hatte¹⁷⁵, dieser hatte ihn vor einer drohenden AStA-Auflösung durch den Minister gewarnt.¹⁷⁶ Dem AStA-Vorsitzenden hatte der Rektor aus demselben Grunde nahegelegt, das Bureaufräulein zu entlassen. Dem stimmte die AStA-Mehrheit zu, außerdem änderte sie, um auch in der Illegalität erfolgreich weiterarbeiten zu können, den Vertrag mit der Druckerei dahingehend, daß der Schriftleiter ihn in Zukunft auch privat in Auftrag geben konnte.

Jede Art von öffentlichem Protest blieb aber aus. Der AStA tat rein gar nichts, um seine Auflösung zu verhindern. Vielmehr begann man die Gründung einer „Freien Heidelberger Studentenschaft“ zu planen.

Die AStA-Opposition empfand die ganze Geschichte als Ablenkungsmanöver im Zusammenhang des Streits um den AStA-Haushalt.¹⁷⁷

In derselben AStA-Sitzung wurde ein Brief des Rektors verlesen, „aus dem die Stimme des Ministers zu klingen scheint“.¹⁷⁸ Darin verlangte er, daß der AStA sich künftig auf Aufgaben innerhalb der Universität beschränken sollte. Bei der Ämterbesetzung müßten auch die Vertreter der Minderheit berücksichtigt werden.¹⁷⁹ Zu dieser Frage konnte der AStA „aus Zeitgründen“ nicht mehr Stellung nehmen. Stattdessen wurden mit einer geringfügigen Änderung erneut der beanstandete Haushalt, und einige politische Resolutionen mit den Stimmen der rechtsradikalen Mehrheit verabschiedet. Sie blieb auf Konfrontationskurs,

(57)

¹⁷³VZ, 8.12.30.

¹⁷⁴VZ, 13.11.30, 2.Bl.

¹⁷⁵S. Disziplinarakte B. Seeger-Kelbe, UAH B 8304/5. Dort befindet sich ein längerer Briefwechsel zwischen dem Rektor und Seeger-Kelbe und dessen Vater, in dem der Rektor Seeger-Kelbe mahnt, von der Politik zu lassen. Dieser geht zunächst darauf ein (22.12.30): „Dank für die väterlichen Worte, die sie heute zu mir sprachen, . . . ziehe mich aus der halbpolitischen Tätigkeit restlos and endgültig zurück bis zur Erledigung meines Examens“. Dies stellte sich später als Täuschungsmanöver heraus. Seeger-Kelbe verschwand von der Universität. Dann wurde bekannt, daß er als Volontär zum „Heidelberger Beobachter“ gegangen war, ab 1.4.31 wird er dort Lokalredakteur. Vater und Rektor sind sehr enttäuscht. Auch in der anderen Disziplinarakte, die ich mir aus Neugier angesehen habe, findet sich Vergleichbares: Karl Doerr verdankt den glimpflichen Ausgang seines Verfahrens der massiven Protektion durch Kallius. (UAH B-8910). Zu Meisters Familialismus vgl. Carmon, S. 101f. + seine Rede am 21.1.31 (S. HT 22.1.31, S.5).

¹⁷⁶HT, 18.12.30.

¹⁷⁷VZ, 18.12.30, 2.Bl.

¹⁷⁸HT, 18.12.30.

¹⁷⁹Der Kultusminister hatte den Senat bereits im November aufgefordert, Ämterverteilung im AStA und die Verabschiedung des Haushalts zu rügen. In der Senatssitzung vom 1.12. hatte sich der Rektor ermächtigen lassen, „die angeregte Ermahnung zu unterlassen“. Statt dessen sollte die juristische Fakultät erst ein Gutachten erstellen. Desgleichen unterließ der Rektor die vom Minister ebenfalls vorgeschlagene Einleitung von Disziplinarverfahren gegen Scherberger und Seeger-Kelbe.(UAH B-1266/2)

die Eskalation kam ihr sehr gelegen. Zwei Tage später befaßte sich der badische Landtag mit Gumbel und der Heidelberger Universität. Auf der Tagesordnung standen

1. Anfrage der NSDAP „Richtfest beim Neubau der Heidelberger Universität“, 2. Anfrage der SPD „Skandalöse Vorgänge an der Universität Heidelberg“ (Dies bezog sich auf das Verhalten der AStA-Mehrheit bei Ämterbesetzung und Haushalt.) 3. Anfrage der Wirtschafts- und Bauernpartei „Hochschullehrer Dr. Gumbel an der Universität Heidelberg“ und 4. Antrag der KPD „Studentische Pflichtbeiträge an den Hochschulen“. (Sie verlangte, die Studentenbeiträge wieder auf drei Mark zu erhöhen, um Kürzungen der Sozialausgaben der Studentenschaften zu vermeiden.)¹⁸⁰

Im Verlauf der Debatte wurde ein NSDAP-Abgeordneter des Saales verwiesen. Darauf kam es zu Tumulten und einer Schlägerei zwischen NSDAP und Zentrum.

Zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung nahm Minister Remmele Stellung. Er gab u.a. seinen Brief an den Rektor der heidelberger Universität bekannt, aufgrund dessen dieser den AStA ermahnt hatte. Im Brief des Ministers standen seine beiden Hauptvorwürfe („politisches Mandat“ und Ämterbesetzung) gleichberechtigt nebeneinander, während der Rektor den ersten Punkt herunterspielte und in einem Satz abhandelte, auf die Ämterbesetzung hingegen ausführlich einging und nur in diesem Punkt ausdrücklich „Abänderung“ verlangte.¹⁸¹ Im Einzelnen begründete der Minister seine Vorwürfe so:

„Der AStA . . . hat seit einigen Wochen sein Arbeitsgebiet auf Angelegenheiten ausgedehnt, die ihm weder nach Statut noch nach dem allgemeinen Bedürfnis der Studentenschaft zustehen¹⁸² . . . Der AStA ist eine überparteiliche Organisation der Studentenschaft . . . Die Aufgabe, sich politisch zu betätigen, hat er nicht gestellt bekommen.“

(58)

„Ohne in diesem Zusammenhang auf weitere Einzelheiten einzugehen“ — das Ministerium wollte den Fall Gumbel wohl nicht weiter hochspielen — sollte das Rektorat eine Entpolitisierung des AStA in die Wege leiten.

Abschließend meinte der Minister, ihm läge nichts ferner als ein Konflikt mit der heidelberger Studentenschaft.

„Wir haben alles Interesse daran, daß die . . . Mißhelligkeiten in den Kreisen der Studentenschaft und im Benehmen mit dem Senat und Rektor selbst bereinigt werden möchten . . . Wenn dieses unser vorsichtiges, ruhiges Verhalten eine entsprechende Beachtung nicht finden sollte, dann müßte das Ministerium auf Achtung der Satzung drängen und diese Achtung eben schließlich selbst durchzuführen suchen. Das hat mit einer Drohung nichts zu tun . . . Ich habe immer noch das Vertrauen, daß angesichts der großen Zurückhaltung, die das Ministerium in allen diesen Streitfragen geübt hat, die Herren in Heidelberg selbst wissen, daß am Ende des Konflikts immer das Debacle stehen muß, aber auch die Verständigung stehen kann . . . “¹⁸³

Abgeordnete von DVP, DDP, Zentrum und SPD stellten sich eindeutig hinter den Minister. Der SPD-Abgeordnete Rückert verlangte auch von den Professoren, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stellten.¹⁸⁴

¹⁸⁰Bad. Landtag, 8. und 9. Sitzung, 19.12.30, Sp.358-420.

¹⁸¹Brief des Ministers: ebenda, Sp.384f. Brief des Rektors: HT, 18.12.30. Auch der SPD-Abgeordnete Rückert, der die Anfrage seiner Fraktion begründete, bezieht sich nicht aufs „politische Mandat“. (Sp.366)

¹⁸²Ich verwende der Kürze halber den damals noch nicht gebrauchten Begriff „politisches Mandat“.

¹⁸³Bad. Landtag, 19.12.30, Sp.385f.

¹⁸⁴ebenda, Sp.367.

Die Abgeordneten Leers (DDP, Kultusminister von November 26 bis November 29) und Baumgartner (Zentrum, Kultusminister von September 31 bis März 33) betonten, daß man die Studenten nicht zu wichtig nehmen sollte und warnten vor einer weiteren Eskalation. Es wäre doch noch nicht lange her, „daß man gerade auf die Heidelberger Studentenschaft mit der frohen Genugtuung schauen konnte, daß dort ein gut republikanischer Geist herrsche“.¹⁸⁵

Vor allem in Sachen Gumbel richteten die Vertreter der rechten Opposition (NSDAP, DNVP, für sie sprach Gumbels heidelberger Kollege, der Kirchengeschichtler Schmitthenner, Wirtschafts- und Bauernpartei) heftige Angriffe gegen den Minister. Zentraler — und einzig neuer — Punkt war der Vorwurf, Gumbel habe auf der „Wir Landesverräter“-Kundgebung im Dezember 1927 Beifall geklatscht, als ein Redner sagte:

„Landesverrat ist keine Schande mehr. Ich habe die Ehre, mich der Versammlung als Schwerverbrecher, nämlich als Hochverräter und dreifacher Landesverräter vorzustellen. Für mich und meine Gesinnungsgenossen gibt es nur eine Parole und die lautet: Weitermachen!“¹⁸⁶ (59)

Dazu erklärte Remmele, er werde bei der Fakultät nachfragen, ob sie wegen dieser Begebenheit ein neues Disziplinarverfahren einzuleiten gedenke.¹⁸⁷

Abgesehen von den nationalsozialistischen Rednern war der Grundtenor der Debatte zu Gumbel: Der Minister hätte zwar bei der Ernennung vorsichtiger verfahren, insbesondere die schriftliche Zustimmung der Fakultät einholen sollen, aber jetzt wäre nichts mehr zu ändern. Leers:

„Einen Privatdozenten können auch badische Unterrichtsminister nicht wegbringen, es sei denn, sie schlugen ihn tot. Das werden ja vielleicht nationalsozialistische Unterrichtsminister einmal so machen, wenn sie die Gewalt in der Hand haben. Wir aber haben vorläufig noch gewisse Bestimmungen.“¹⁸⁸

Insgesamt vermittelt die Debatte den Eindruck, daß in Baden Ende 1930 die republikanische Regierung noch fest im Sattel saß. Die Nazis im Landtag wurden als Übergangserscheinung angesehen, mit denen eine Kooperation nicht in Frage kam. Die anti-nationalsozialistische Haltung der badischen Regierung, die sich z.B. in der konsequenten Durchführung der 1. Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen ausdrückte, zerbrach erst 1932. Die bewährten (und kompromißbereiten) SPD-Minister verließen die Regierung. Remmele übernahm das mannheimer Reichstagsmandat, Innenminister Maier starb. Der Reichspräsident fiel den republikanischen Länderregierungen in den Rücken mit seiner 2. Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, die einen Freibrief für die Nazis und eine Amnestie aller nach der ersten Verordnung Verurteilten bedeutete. Schließlich provozierte das Zentrum den Bruch der seit 1919 bestehenden Koalition mit der SPD, indem sie die Wahl eines neuen SPD-Innenministers von der Zustimmung zum badischen Konkordat abhängig machte.¹⁸⁹

Im Vergleich zu der Landtagsdebatte verwundert es, daß die Regierung nicht auch im Januar 1931 mit der vielbeschworenen Zurückhaltung auf die neuen Provokationen des Heidelberger AStA reagierte. (60)

¹⁸⁵ebenda, Sp.402ff. (Leers) und Sp.412ff. (Baumgartner).

¹⁸⁶Bad. Landtag, 19.12.30, Sp.372

¹⁸⁷Am 21.2.31 tat er dies. Bereits am 19.1. hatte Gumbel erklärt: „(Ich) wollte gegen die Verfolgung von Pazifisten durch den Landesverratsparagrafen protestieren.“ Er verwies auf einen Artikel Radbruchs (Die Justiz, Bd. III, H. 4), der diese Auffassung teilt. Die Fakultät lehnte die Eröffnung eines neuen Verfahrens am 11.5. ab. (UAH III 5b, 332, Bl. 206, 211 und 247; H-IV-102/153)

¹⁸⁸Bad. Landtag, 19.12.30, Sp.404.

¹⁸⁹Hoffmann, S. 123-163.

Am 17.1.31 blieb der AStA der Feier der Universität zur 60. Wiederkehr der Reichsgründung fern. In einem Schreiben erklärte er, er wolle damit seiner Forderung nach Entlassung Gumbels Nachdruck verleihen. Das Ministerium sollte sich ein Beispiel am preußischen Kultusministerium nehmen und den Fall Gumbel „wie den rechtlich gleichgelagerten Fall Professor Lessing-Hannover 1926 endlich zur Erledigung bringen.“¹⁹⁰ Die „Volkszeitung“ forderte:

„Daß der hakenkreuzlerisch eingestellte AStA erneut provoziert, sollte doch die zuständigen Stellen dazu bringen, ... zu zeigen, wer Herr im Hause ist. Leisetreteri ist hier nicht am Platze.“¹⁹¹

Es ging nicht mehr nur um Gumbels Fernbleiben von Universitätsfeiern, der AStA beanspruchte ein „Recht, Professoren abzusetzen“¹⁹²!

Umgekehrt boykottierten der Rektor und der überwiegende Teil des Lehrkörpers den Reichsgründungskommers der Vereinigung Heidelberger Verbindungen. Der anwesende Prof. Endemann stärkte allerdings den rebellierenden Studenten den Rücken:

„Die Gesinnung von vielen Dozenten und ich glaube gerade auch die Gesinnung seiner Magnifizienz ist mit Ihnen.“

Damit hatte er sicher den Nagel auf den Kopf getroffen. Auch zum aktuellen Konflikt um die Rechte der AStA-Minderheit nahm er unmißverständlich Stellung:

„Wenn man Ihnen vielleicht vorwirft, Sie würden aufgrund (Ihres Willens zur Tat) Ihre zahlenmäßige Stärke zu stark einwirken lassen, auf die, welche zahlenmäßig schwächer sind, und so sei Ihr Selbstbewußtsein eine Gefahr für die gemeinsame Arbeit, so ist zu betonen: wir wollen gemeinsam arbeiten mit allen tüchtigen deutschen Männern, aber nicht mit denen, die kein Vaterland kennen, und die das Absingen vaterländischer Lieder mit dem Anstimmen der Internationale beantworten. (Lebhafter Beifall)“¹⁹³

Am 19.1. befürchtete das „Tageblatt“ „unangenehme Weiterungen“, „da der AStA sich erneut geweigert hatte, den Haushaltsentwurf zu ändern, und dadurch die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung praktisch unmöglich gemacht hatte“.

(61) Das Ministerium reagierte am selben Tag. Es ging über die allgemein erwartete AStA-Auflösung hinaus und hob die Verfassung der Studentenschaft ganz auf.

„Seit einiger Zeit bewegt sich die Tätigkeit des AStA in Bahnen, die ihn immer weiter von seinen verfassungsmäßigen Aufgaben und Befugnissen entfernen. Einen verhängnisvollen Verlauf nahm diese Entwicklung seit der AStA-Sitzung vom 17. November v. Js Es geht unmöglich an, daß der AStA (wie im Fall Gumbel) auf die maßgeblichen staatlichen Dienststellen Druck auszuüben sucht.“

Gütliche „Mahnungen und Warnungen“ hätten bis heute zu nichts geführt. „Der neuerliche Beschluß des AStA-Vorstandes, bei der Reichsgründungsfeier nicht zu chargieren, bedeutet ... eine weitere Verschärfung der Lage. Jetzt verlangt der AStA-Vorstand nämlich, über seinen früheren Beschluß hinausgehend, nicht nur, daß der außerordentliche Professor Gumbel den Universitätsfeierlichkeiten fernbleibe, sondern daß er aus dem Lehrkörper ... auszuschneiden habe.“

¹⁹⁰VZ, 19.1.31, 2.Bl.

¹⁹¹ebenda, 15.1.31.

¹⁹²Freiheit d. Wiss., S. 16.

¹⁹³HT, 17.1.31, S.6.

Dieser Vorstoß des AStA-Vorstandes gegen das Ministerium ist derart ungewöhnlich, daß ein weiteres Zusammenarbeiten ... nicht mehr möglich erscheint.“¹⁹⁴

Sofort nachdem der Rektor dem AStA seine Auflösung mitgeteilt hatte, erschien ein Extrablatt des „Heidelberger Student“. Der AStA warf dem Kultusminister vor, er fürchtete Neuwahlen an der Universität, „deren Ausgang der nationalen Studentenschaft eine 2/3-Mehrheit bringen würde“¹⁹⁵ und rief Studenten und Bürger Heidelbergs zum Kampfe auf gegen „die Feinde der nationalen Studentenschaft und die Totengräber des deutschen Volkes“.

Am folgenden Tag gründeten NSDStB und G.St.G. die Deutsche Studentenschaft Heidelberg (D.St.H.), ein Verein, dem „jeder deutsche Student“ beitreten konnte und sollte, und der das Selbstverwaltungsorgan der Heidelberger Studenten „sein will“.¹⁹⁶

Für Mittwoch, den 21.1.31, rief die D.St.H. zu einer Protestkundgebung vor der Universität auf, obwohl seit Oktober 1930 in Heidelberg Kundgebungen unter freiem Himmel verboten waren. 700 („Volkszeitung“) bis 1000 („Tageblatt“) Studenten und Schaulustige versammelten sich dennoch. Die Nazis hatten SA aus Heidelberg und Umgebung zusammengezogen. Es sprach wieder Rudy Abendroth (NSDAP): Remmele hätte die studentische Selbstverwaltung nicht aus irgendwelchen formalen Gründen aufgelöst, sondern weil die Studentenschaft sich in die nationale Front eingereiht hätte und sich den Vaterlandsverräter Gumbel nicht gefallen ließe. Jetzt wäre klar, wo der Feind „jedes freiheitsliebenden und nationalen Studenten“ stünde. Umso ernster und willensstärker würde der Protest weitergehen. „Selbstverständlich legal!“ Man wäre sich auch der Sympathie der Professoren sicher, „die ein sterbendes System in ihrer freien Meinungsäußerung terrorisiert“.¹⁹⁷

(62)

Als die Versammlung sich bereits aufzulösen begann, stimmten einige Anwesende das auf Minister Remmele als Spottlied gemünzte „Das Wandern ist des Müllers Lust“ an, offensichtlich eine wirksame Provokation. Außerdem wurden Schmährufe gegen Remmele laut.

Daraufhin räumte die Polizei den Universitätsplatz. Im Polizeibericht heißt es:

„Da in der Folge sich wiederum Ansammlungen bildeten, und den Anordnungen der Polizei keine Folge geleistet wurde, mußte mehrfach zur gewaltsamen Räumung des Platzes unter Anwendung des Gummiknüppels geschritten werden.“¹⁹⁸

Dabei ging die Polizei recht brutal vor. Sicher wurde ausgiebig geknüppelt¹⁹⁹. In den Nazi-Organen — der seit 1.1.31 erscheinenden Tageszeitung „Heidelberger Beobachter“, dem „Heidelberger Student“ und in Karl Doerrs Bericht in der „Bewegung“ — ist sogar die Rede vom Einsatz des Degens. Darüber hinaus wären die Polizisten mit Karabinern und Stahlhelmen ausgerüstet gewesen. Zahlreiche Studenten wurden verletzt. Im Verlauf der Krawalle zog sich ein großer Teil der Studenten in die Universität zurück, in der Hoffnung, die Polizei würde die Hochschulautonomie respektieren, und um auf den Rektor zu warten, der unterrichtet worden war und zu seinen Studenten sprechen wollte.

¹⁹⁴UAH III 5b, 332, Bl.100; HD Stud, Nr. 5, WS 30/31.

¹⁹⁵zitiert nach VZ, 21.1.31.

¹⁹⁶„Notsatzung“ der D.St.H. in: HD Stud., Nr. 5, WS 30/31 .

¹⁹⁷HT und VZ, 22.1.31. In der VZ heißt es: „Mit Mussolinis Gruß, erhobener Rechte, sangen die Anwesenden, darunter manche alte Schachtel, manch blutjunges Mädchen ... “ In den anti-nazistischen Artikeln der VZ sind mir häufig solche frauenfeindlichen Passagen aufgefallen. Die SPD war durch und durch männlich. (*Der Arbeiter*, die Vernunft ...), während die Nazis u.a. als weiblich diffamiert werden sollen (sie argumentierten ja auch emotionaler ...)

¹⁹⁸zitiert nach: VZ, 22.1.31.

¹⁹⁹Darüber berichten alle heidelberger Tageszeitungen.

Dieser Rückzug hatte aber gleichzeitig den Charakter einer „Universitätsbesetzung“. Jüdische und linke Studenten wurden herausgeworfen. Man machte Anstalten, den Eingang gegen die Polizei zu verbarrikadieren. Augenzeuge Doerr:

(63) „Am großen Portal kommt es zu einem Wortwechsel (mit der Polizei). Es geht hin und her. Ein Polizeibeamter schlägt zu. Eine neue Sauerei ist da. Die Studenten versperren den Eintritt in die Vorhalle, was hat die Polizei in unserer Universität zu tun, das ist unser Boden, da gilt ein altes Recht. Hier hat der Gummiknüppel und seine Henker noch kein Feld . . . Der Posten wird verstärkt, in großen Mengen bauen sich die Remmele-Kosacken vor dem Portal auf. Die Sache wird ernst. Wir gehen in die Verteidigung über; wir müssen, denn dem rasenden Gummiknüppel, der Genußwurzel des Systems, wollen wir nicht zum Opfer fallen, das sind wir unserer Haltung schon schuldig. Die Fenster werden geschlossen, die Türen abgeriegelt, die Männer auf unserer Seite verteilt, es kommt uns keiner herein. Die Juden werden langsam hinausgegangen; wenn es schon losgeht, wollen wir unter uns sein. In wenigen Minuten ist der Laden rasserein. Und immer wird eine Gasse gebildet, und immer erhält der Hinausgehende seine Tracht Prügel, aber weniger von uns, nur von der Polizei, die ja nicht so rassegeschulten Auges ist.“²⁰⁰

Die Polizei machte Anstalten, die Universität zu räumen, mehrfach konnten die Studenten, die mit Stöcken und Stahlruten bewaffnet waren, sie wieder zurückdrängen. Schließlich räumte die Polizei die Eingangshalle. Ein Großteil der Studenten zog sich in die Aula zurück, wo der Rektor für sechs Uhr nachmittags eine Rede angekündigt hatte.

Er warf denjenigen, die zu der verbotenen Demonstration aufgerufen hatten, vor, indem sie gegen die Staatsgewalt vorgegangen wären, hätten sie der Universität die Treue gebrochen. Die Ehre der Universität wäre besudelt. Die Schuldigen müßten bestraft werden. Selbst wenn sein eigener Sohn dabei wäre, könnte er ihn jetzt nicht schützen. Er erinnerte an das Vorbild des Soldaten, der auch seinem Offiziere gehorchen müßte. Das Ansehen der heidelberger Universität wäre wegen ihres weltweiten Bekanntheitsgrades ein wichtiger nationaler Belang.²⁰¹

Ob er sich in der anschließenden Diskussion von der Berechtigung des studentischen Protests überzeugen ließ, ist zweifelhaft — nur Doerr behauptet es. Immerhin protestierten Rektor und Senat vier Tage später gegen die „beim Einschreiten der Polizei vorgekommenen Mißhandlungen“ und kündigten an, daß sie für die Bestrafung der Schuldigen „nachdrücklich eintreten“ würden.²⁰² In Verhandlungen mit der Polizei erreichte der Rektor freien Abzug.

Noch bis in die Nacht war der Universitätsplatz von der Polizei besetzt und die Stadt in Aufruhr.

(64) „Es waren hauptsächlich Neugierige, die immer dabei sein müssen“, beruhigte sich die „Volkszeitung“, „Immer und immer wieder forderte die Polizei sie auf, die Straße freizuhalten, was jedoch nur selten befolgt wurde. Oft wurden die Massen auf der Hauptstraße links und rechts vom Universitätsplatz weit zurückgedrängt, wobei leider auch bisweilen vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte.“²⁰³

²⁰⁰Die Bewegung, 6. Forts.

²⁰¹Wortlaut in: HT, 22.1.31.

²⁰²HT, 26.1.31. UAH 6-1266/3, Senatssitzung vom 24.1.31.

²⁰³VZ, 22.1.31 Als Grundlage für die Schilderung der „Gumbelkrawalle“ wurden die Berichte in den fünf heidelberger Tageszeitungen benutzt. Es ist allerdings sehr schwer, die Tatsachen zu rekonstruieren, da sich die Berichte der Zeitungen widersprechen. Eindeutig unterstützt wurde das Vorgehen der Polizei nur

In den Kneipen der Burschenschaften wurde der Sieg begossen. Man rüstete sich für neue Taten. Als Nächstes stand am Samstag um 12 Uhr die Gründungsfeier der D.St.H auf dem Programm.

Die Krawalle vom 21.1. hinderten Rektor und Senat nicht, am folgenden Tag in einer gemeinsamen Sitzung mit dem aufgelösten AStA über das weitere Vorgehen zu verhandeln. Die Universitätsführung wollte sofort mit dem Neuaufbau einer studentischen Selbstverwaltung beginnen. Die Kommissionen des ehemaligen AStA übernahm die Universität unter ihre Obhut. Die Sitze der Studentenvertreter in universitären Gremien, insbesondere dem Ausschuß für studentische Disziplinarfälle, behielten die bisherigen Amtsinhaber, die sie jetzt als Privatpersonen einnahmen. Das Amt für Leibesübungen blieb erhalten. Der Senat sandte auch eine Protestresolution ans Ministerium, in der er bedauerte, daß er „in einer für Wohl und Wehe der Universität so wichtigen Angelegenheit ... nicht gehört worden sei“²⁰⁴.

Für Samstag (um zehn Uhr, damit eine anschließende Teilnahme an der D.St.H.-Gründung möglich war!) berief der Rektor eine Studentenvollversammlung unter Teilnahme des Senats ein.

„Es gilt, weiteres Unheil zu verhüten. Eine neue Form der studentischen Selbstverwaltung muß geschaffen werden. Kommilitonen! Ihr müßt alle dabei helfen!“²⁰⁵

Alle Lehrveranstaltungen an diesem Tag wurden abgesetzt. Wegen Überfüllung mußte die Vollversammlung aus der Aula in die Stadthalle verlegt werden. Der Rektor hielt eine lange Rede, in der er die Studenten zum Frieden mahnte und die mit dem ehemaligen AStA ausgehandelten Übergangsregelungen für die studentische Selbstverwaltung erläuterte. Zum Fall Gumbel verwies er lediglich auf Schmitthenners Rede am 19.12. im Badischen Landtag.²⁰⁶

(65)

Den NSDStBlern Doerr und Bledow wurde der Zutritt zur Vollversammlung verwehrt, da sie für das Extrablatt des „Heidelberger Student“ und die Demonstration von 21.1. verantwortlich wären.²⁰⁷

Für die Diskussion über die Rede des Rektors wurde eine Redezeitbegrenzung auf drei Minuten festgesetzt, aus Rücksicht auf die D.St.H.-Gründung. Die Nazi-Strategen hatten für diesen Tag einen neuen Eklat geplant, für die Steigerung der nationalen Rebellion waren sie jetzt sogar bereit, eine Trübung des Verhältnisses zur Professorenschaft zu riskieren. Es war klar, daß angesichts der schwankenden Haltung der Professoren ein endgültiger Bruch zwischen ihnen und den Studenten, den sicher auch die Nazis nicht wollten, nicht zu befürchten war.

Den Anlaß für diesen neuen Eklat lieferte der NSDStBler Fred Himmel mit einer provokanten Erwiderung der D.St.B. an den Rektor:

„Es fällt uns schwer ... , seiner Magnifizienz das Vertrauen entgegenzubringen, das ein gegenseitiges Treueverhältnis bedingt. ...

Die D.St.H. betrachtet die von Seiner Magnifizienz unternommenen Bemühungen zur Gründung einer sog. Studenten-Interessen-Vertretung als

von VZ (SPD) und Pfälzer Bote (Zentrum). Das HT macht sich 1931 in dieser Angelegenheit nicht mehr zum Wahrer republikanischer Staatsautorität. HNN und HB kritisieren verschieden heftig das Vorgehen der Polizei. Die HNN legen Gumbel — als Verursacher der Krawalle — nahe, den Staub Heidelbergs von den Füßen zu schütteln. In UAH III 5b, 332 befindet sich da, wo die „Gumbelkrawalle“ abgehandelt sein müßten, eine Lücke von 70 Blättern.

²⁰⁴zitiert nach VZ, 23.1.31, 2.Blatt. - UAH 6-1266/3.

²⁰⁵HT, 26.1.31.

²⁰⁶ebenda. Schmitthenner-Rede Bad. Landtag, 14.12.30, Sp. 395ff.

²⁰⁷VZ, 26.1.31; HD Stud.,Nr.5, 31.1.31.

überflüssig, da bereits die D.St.H. gegründet ist und die Vorschläge Seiner Magnifizienz keine geeignete Grundlage für eine studentische Selbstverwaltung abgeben, sondern ihre restlose Zerschlagung bedeuten! Die D.St.H. steht allen deutschen Heidelberger Studenten als Selbstverwaltungsorgan zur Verfügung. Sie ist das ‚neue Haus‘, in dem alle gut wohnen werden! Wir sind keine Privatorganisation, sondern hinter uns steht die D.St. als Zusammenfassung aller Studentenschaften der Universitäten und Hochschulen Großdeutschlands!

Über die universitätsrechtlichen Mittel hinaus, Herrn Dr. Gumbel von der Heidelberger Universität zu entfernen, kann auf das Ministerium ein autoritativer und moralischer Druck ausgeübt werden. Würde sich Seine Magnifizienz und die Dozentenschaft des schärferen Mittels in aller Öffentlichkeit bedienen, so sind wir überzeugt, daß die Zugehörigkeit des Herrn Dr. Gumbel zur Universität Heidelberg unbedingt ihr schnelles Ende finden würde!

Solange Herr Dr. Gumbel zur Dozentenschaft gehört, kann von einem Vertrauensverhältnis zwischen ihr und der Studentenschaft keine Rede sein. Aus den gleichen Erwägungen heraus ist die D.St.H. nicht gewillt, hier in eine Diskussion über den Wiederaufbau einer studentischen Selbstverwaltung einzutreten! Kommilitonen, Kommilitoninnen, das ist die Stellungnahme Eurer Führer.“²⁰⁸

(66) Himmel überschritt seine Redezeit um ein Vielfaches. Nach und nach gerieten Rektor und ein Teil der Studenten in steigende Erregung. Schließlich wollte der Rektor Himmel das Wort entziehen. Dieser hatte nur darauf gewartet, um seine Gesinnungsgenossen zum Auszug aus der Vollversammlung und Demonstrationenzug durch Heidelberg zum „Capitol“ aufzurufen, wo die Gründungsfeier der D.St.H. stattfinden sollte.

Der Rektor appellierte: „Wer für die Freiheit und Ehre der Universität eintritt, bleibt hier!“²⁰⁹ Doch ein großer Teil der Studenten und die Mehrzahl der Korporationen²¹⁰ folgten Himmel.

Die Verbliebenen — „über 1000“ („Volkszeitung“) — bekundeten ihre Bereitschaft zu einem Neuaufbau der Selbstverwaltung zusammen mit dem Senat und zu sachlicher Mitarbeit. Der Aufforderung von Martin Hörz (S.St.), angesichts dieser Provokation von der D.St.H. abzurücken, kamen Rektor und Senat aber nicht nach.²¹¹

Bei der Gründungsfeier der D.St.H. scheint es sich um einen typisch nationalsozialistischen, emotionsgeladenen Weiheakt gehandelt zu haben.

„Über allem lag Sturm. In der Vorhalle des Capitols tobte die Brandung. ‚Gumbel!‘, ‚Einzeichnen!‘. Dazwischen unaufhörlich und gedämpft ‚Stadthalle!‘, ‚Rektor!‘, ‚Senat!‘, ‚Universität!‘, ‚Mittwoch!‘, ‚Polizei!‘

Drinne, im größten, völlig überfüllten Lichtspielhause Badens herrschte feierliche Stille. Die Bühne stand voll Blumen, umrahmt von riesigen leuchtenden [Hakenkreuz- und schwarzen, C.J.] Fahnen. Über allem das jauchzende Licht ... Die Orgel spielte. Sie hätte dröhnen und brausen können. Sie tat es nicht, sie wollte ‚Feier‘.“²¹²

Die anwesenden Dozenten wurden begrüßt — es waren allerdings nur Prof. Endemann und drei Privatdozenten —, die Abwesenheit des Rektors bedauert.

²⁰⁸ebenda.

²⁰⁹VZ und HT, 26.1.31; VG, 25.1.32.

²¹⁰VZ, 26.1.31: „Der weitaus größte Teil der Studenten blieb ... schwere politische und moralische Niederlage der Nazis.“ VG, 25.1.32: „Der weitaus größte Teil der Studenten, darunter 25 Corporationen, [verließ] demonstrativ den Saal und bewegte sich in einen langen Zug zum Capitol.“

²¹¹VZ, 26.1.31.

²¹²HD Stud., Nr.5, WS 30/31.

Als erstes hielt Fred Himmel noch einmal seine in der Stadthalle unterbrochene Rede. Anschließend sprach Rudolf Scherberger.

„[Man] versuchte seit einigen Jahren, den Frieden der Universität zu stören, indem man unter Ausnutzung der politischen Machtverhältnisse der Hochschule ihre Freiheit und ihre gewohnheitsrechtliche Autonomie rauben wollte, um so auch die Stätten der Wissenschaft in die Parteiorganisation einzureihen.“ Doch dank des Kampfes der Studenten sei die „Republikanisierung“ nicht gelungen. „Nicht der Terror des Angreifers ist ausschlaggebend, sondern der Geist der Bewegung.“ So könnte auch die Zerschlagung des AStA die heidelberger Studenten nicht am Kampf gegen Gumbel hindern.²¹³

(67)

Dann ein Redner aus der Alt-Akademikerschaft, das Deutschlandlied und andere Kampflieder zum Abschluß.

Aufruf!

Einwohner und Studenten Heidelbergs!

Die Tatsache, daß ein Mann wie Prof. Gumbel an der Heidelberger Universität tätig ist, schädigt den Ruf von Stadt und Universität und hat in ihren Folgen zu dem unerhörten Eingreifen des Kultusministeriums und der Polizei geführt.

Die skandalösen Vorgänge sind in der Öffentlichkeit zur Genüge bekannt, sind eine Bräuterei der gesamten deutschdenkenden Bevölkerung Heidelbergs.

Der nationale Kampfausschuß hat zur Unterstützung des studentischen Kampfes und zur Wahrung der Ehre der deutschen Nation Einzeichnungslisten ausgelegt, die die Entfernung Gumbels von Heidelberg fordern. Heidelberger Männer und Frauen unterstützen den Kampf eurer Studenten! Zeichnet eure Namen in die ausliegenden Listen ein! Die Listen unterliegen keiner amtlichen Kontrolle, sodaß niemand von dem Terror des heutigen Systems etwas zu fürchten hat.

Der nationale Kampfausschuß.

<ul style="list-style-type: none"> Deutsche Studentenschaft Heidelberg (Fred Himmel) Nationalsozialistischer Studentenbund (Kallenberger) Großdeutsche Studentenschaft (H. Scherberger) Aktionausschuß der nationalen Studentenschaft (Stadttrat Dr. Ebenbrath) Stahlhelm Hochschulgruppe (H. Witschke) Nationalsozialistische deutsche Arbeiter-Partei (Stadttrat Weibel) Deutschnationale Volkspartei (Dr. Leonhardt) Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten (Dr. Föhrenbach) Deutsche Volkspartei (Prof. Horn) Konservative Volkspartei (Dr. Weill) Bad. Kriegerbund Pfalzgau-Verband (H. Ammann) Alldeutscher Verband (Prof. Kösch) Deutscher Offiziersbund (H. Scherbening) Nationalverband deutscher Offiziere (Dr. Riemand) Deutscher Frauenorden (Frau Klein) Deutschnationale Frauengruppe (Frau v. Rehler) Stahlhelm-Frauendbund (Frä. Weber) Frauengruppe des Deutschen Offiziersbundes (Frau Oberst Schmidt) Königin Luisebund (Frau Sittig) Kampfbund für Deutsche Kultur (Carl Pfeiffer) S.A.-Standarte XII (Willy Siegler) S.E.-Sturm 31 (Konrad Bohn) N.E.-Lehrer-Bund (Lena M. d. M.) 	<ul style="list-style-type: none"> N.E.-Betriebszellen (Stadttrat Wahn) N.E.-Keralebund (Dr. Vogel) Hitler-Jugend (Carl Gerich) Jung-Stahlhelm (H. Buchner) Volkskämpfer (Wes) <p style="text-align: center;">Listen liegen auf an folgenden Stellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Geschäftsstelle der N.E.D.M.B., Marktplatz 8 Silberner Hirsch, Hauptstraße 180 Deutsche Eiche, Mittelbadstraße 8 Zum Seppel, Hauptstraße 218 Weißer Hahn, Große Mantelgasse 24 Bäckerei Bohn, Neugasse 15 Deutschnationale Volkspartei, Marsgasse 5 Bäckerei Papf, Hauptstraße 69 Zum Finkehaus, Platz 97 Hotel Banner, Hauptstraße Buchhandlung Stock u. Riemer, Anlage Arndt, Brudenstraße 8 Dofelzer, Kirchheim, Zum Friedrichshof Fritz Römer, Nohrbach, Karlsruberstraße 54 Valentin Wiest, Nohrbach, E. Welterstraße 10 Paartengeschäft Sulzberg, Markhausstraße Zur Linde, Nohrbach, Heidelbergerstraße Paartengeschäft Schuhmacher, an der Tiefburg Zum Hohenarten, Mittelstraße Zum Hälker, Römerstraße Sieben Linden, Nohrbach, Brühlstraße Neuerlust, Nohrbach, Brühlstraße Werkzeug-Steinrud, Berabeimerstraße Zur Stadt Berabheim, Berabeimerstraße Berabeimer-Apothek, Berabeimerstraße Cannata, Paartengeschäft, Berabeimerstraße Zum Schächthaus, Berabeimerstraße
---	--

Aufruf!²¹⁴

²¹³ebenda.

²¹⁴HT, 23.1.31.

(68) Die Ereignisse an der Universität erregten in der ganzen Stadt Aufsehen. Zur Gründung der D.St.H. waren zahlreiche Häuser und Geschäfte mit den Fahnen der Korporationen geschmückt. „Der Heidelberger Student“, den die D.St.H. weiter herausgab, lag in vielen Läden und Gaststätten aus. Die Sympathie für den Kampf der Studenten beruhte nicht nur auf wirtschaftlicher Abhängigkeit. Zumindest für die Anhänger der Rechtsparteien war die Unterstützung der Studenten politische Pflicht, Teil des Kampfes gegen die Republik, Beginn der Machtergreifung.

Diese Unterstützung wollten die Führer der D.St.H. mobilisieren durch die Unterschriftensammlung gegen Gumbel. (Faksimile des Aufrufs auf S. 49 [67])

Willy Hellpach, vormals badischer Kultusminister und Professor an der Universität, versuchte durch einen Artikel „Scherben, Fehler, Lehren“ im „Tageblatt“ vom 26.1., Ruhe in die „Universitätswirren“ zu bringen. In seiner Amtszeit war die soeben aufgehobene Verfassung der heidelberger Studentenschaft entstanden.

Rektor und Senat hält Hellpach seine damaligen Verhandlungen, mit dem — ebenfalls nationalsozialistisch dominierten — AStA vor. Er habe damals aus Sorge „vor der Sabotage durch politische Hintermänner der Studentenschaft“ jeweils rasche Stellungnahmen vom AStA verlangt.

„Wäre der Malträtierung (des AStA) von der ersten Stunde an, da sie versucht wurde, ebenso entschieden Einhalt geboten worden, wie wir der Sabotierung vorgebeugt hatten, so könnte vielleicht die Heidelberger Selbstverwaltung der Studentenschaft noch bestehen.“

Wesentlicher Sinn der Hellpach'schen Verfassungsgebung sei die „unbedingte Fernhaltung der Politisierung“ gewesen. „Jedem ersten Versuch dazu mußte die Hochschule in ihren Organen mit unmißverständlicher Entschiedenheit entgegengetreten. Ein solcher erster Versuch war das Auftreten von AStA-Mitgliedern in Parteiuniform.“ Der Mutwille, mit dem der Konflikt weiter eskaliert wurde, sei nun einmal „ein Stück gesunder Jugendlichkeit, und wenn er Unheil anrichtet, so fällt die Verantwortung dafür nicht auf diejenigen, denen der Mutwille im jugendlichen Blut sitzt, sondern auf diejenigen, die ihm nicht rechtzeitig und wirksam Schranken setzen.“

(69) Als Fehler, die die Professoren in Heidelberg und in vergleichbaren Konflikten an anderen Universitäten gemacht hätten, nennt Hellpach ausdrücklich deren Auftritte bei rechtsradikalen Veranstaltungen. Die Jugend dürfe politisch so radikal sein, wie sie wolle, aber nicht die „Front der Anständigen“ verlassen. „Bemutterung und Verbrüderung“ sei der Studentenschaftsmehrheit gegenüber fehl am Platze.

„Im Gegenteil: Sie hungert nach *Führung*. Versagt man ihr die, so hält sie sich an die *Verführer*.“

Auch der Staatsgewalt empfiehlt Hellpach mehr „sichtbare Autorität“, „Wie war es denn vor dem Kriege? in Karlsruhe oder Mannheim brauchte gar keine erhebliche Gefahr drohen, so erschien schon der Herr Polizeidirektor hoch zu Pferde persönlich an der Spitze seiner bewaffneten Macht.“

Hier wird klar, wess' Geistes Kind Hellpach ist. Gerade weil er von einer autoritär-konservativen Position aus argumentiert, ist es mir umso unverständlicher, daß seine richtige Einschätzung der Gefahren für die Universität und seine vernünftigen Vorschläge anscheinend von Rektor und Senat völlig ignoriert wurden. Der Unterschied zwischen Hellpach und den meisten heidelberger Professoren bestand wahrscheinlich darin, daß jener konservativ, aber dennoch bewußter Demokrat und Republikaner war, während diese Gegner der Republik, waren und damit — vor allem gefühlsmäßig — den Nazis doch sehr nahe standen. (Und Liebe macht blind.) Hellpach verlangte Unmögliches von ihnen: Distanz.

„Es kann sein, daß Rektor und Senat sich mit aller Entschiedenheit gegen die Studentenschaft, deren Mehrheit oder Teile von ihnen kehren müssen, wenn nämlich durch die Studentenschaft die Universität bedroht wird. Wer den Aufruf soundsovieler Verbände liest, welcher die Beseitigung eines Mitgliedes des Lehrkörpers fordert, der kann vor der Gefahr, in der die Universität als solche steht, die Augen nicht verschließen. Oder sollen demnächst sämtliche Berufungen von der Zustimmung der wirtschaftlichen, berufsständischen und politischen Interessenverbände abhängig gemacht werden?“

Hellpach erwartete, daß die Berufung des Theologen Günter Dehn (siehe Kapitel X.) gerade deshalb „doppelt beschleunigt“ würde, „weil gegen ihn ein Treiben wegen ‚pazifistischer‘ Aussprüche eingesetzt hat“. (Weit gefehlt!)

„Wer sein Spielzeug kaputt macht, kriegt zunächst kein neues. Das sollte doch wohl selbstverständlich sein. Laßt doch ‚Studentenschaften‘ sich auf tun, wieviel ihrer Lust haben! Die Universität braucht sie nicht. Es ist jahrhundertlang ohne Selbstverwaltung der Studenten gegangen. Jedes krampfhaft Bemühen der Universitätsbehörde, rasch eine neue Selbstverwaltung aufzubauen, kann diese neue nur ähnlichen Schicksalen entgegenführen, wie die alte sie erfahren hat. Man nehme doch endlich die jungen Leute nicht gar so tragisch! Man dränge ihnen nicht auf, was sie gar nicht haben wollen und womit sie nichts anzufangen wissen ... Gelassenheit! Gelassenheit! Und nur wo sie ihre Schranken überschreiten, dort unbeugsame Abweisung. Aber nicht ein Ernst, über den sie selber lachen (und das mit Recht!)“

Klarer und für sie verständlicher konnte man es Rektor und Senat von 1930/31 und all den künftigen „nützlichen Idioten“ doch nicht ins Stammbuch schreiben! (70)

Auf derselben Seite des „Tageblatts“ ist ein Leserbrief von Golo Mann abgedruckt, der der S. St. nahestand.

„An der Empörung derer, die den Kampf gegen Gumbel begonnen haben, also der Parteileute und Studenten, (ist) kein wahres Wort — sie mögen sich noch so wütend gebärden, wie sie wollen und, als betrogene Betrüger, vielleicht jetzt selber an ihre Wut glauben. Kein wahres Wort! Vielmehr handelt es sich hier um eine kalte politische Mache, von der nur fraglich ist, wo sie ausgedacht worden ist: von den hiesigen studentischen Drahtziehern sicher nicht.“

Am 26.1. tagte der Senat, der in dieser Woche fast täglich zusammentrat, und befaßte sich mit der Unterschriftensammlung gegen Gumbel. Intern wurde den Senatsmitgliedern von einer Unterschrift abgeraten, weil sie dann bei kommenden Disziplinarverfahren als befangen anzusehen wären.²¹⁵

In der Öffentlichkeit erklärte man hingegen:

„(Der Senat nimmt) mit Befremden zur Kenntnis, daß der Versuch gemacht wird, durch öffentliche Abstimmung in der Bevölkerung Heidelbergs einen akademischen Lehrer aus seinem Amt zu entfernen. In diesem grundsätzlichen Beharren auf seine Rechte vermag der Senat auch nicht die Tatsache irre zu machen, daß er die Verleihung der Amtsbezeichnung a.o. Professor an den Privatdozenten Dr. Gumbel mißbilligt...“²¹⁶

²¹⁵UAH in 5b, 332, Bl. 107. UAH B 1266/3, Sitzungen 26.+29.1.131, 31.1.31, S. 6.

²¹⁶ebenda, Bl. 187. (Aushang am Schwarzen Brett). Zu der Unterschriftensammlung findet sich wieder einmal ein eigenartiger Leserbrief in der VZ: „Überrascht — und auch schließlich nicht — fand ich verschiedene dämliche Unterschriften — Verzeihung, soll heißen, Unterschriften von Damen —, wo ich die feste Überzeugung habe, daß diese vom Fall Gumbel soviel wissen, als der Ochs von der Apotheke.“ (27.1 31 ; s. Anm. 197)

(71) Auch beim Kultusminister erhob der Senat Einspruch gegen Gumbels Ernennung (ein halbes Jahre, nachdem diese erfolgt war!!). Das Ministerium sollte erklären, daß die Ernennung aufgrund eines Irrtums seinerseits erfolgt wäre, Ranke und Güntert hätten sich klar dagegen ausgesprochen, Gundolf in jener folgenschweren Besprechung vom 25.7.30 lediglich seine Privatmeinung kundgetan.²¹⁷

Zu weiteren — wenn auch nicht wieder so heftigen — Krawallen kam es am 27.1. Die Polizei hatte eine Veranstaltung von NSDStB und NSDAP „Rote Justiz oder deutsches Recht“, auf der „abgerechnet“ werden sollte, verboten. Daraufhin hatte der „Kampfbund für deutsche Kultur“, eine Organisation der NSDAP, einen „Deutschen Abend“ mit kulturellen Darbietungen angemeldet, der aber ebenfalls wegen der Gefahr neuer Ausschreitungen verboten wurde.

Am 1. Februar führten die Nazis eine genehmigte Massenveranstaltung gegen Gumbel durch. 3300 Bürger erschienen. Erstmals seit längerer Zeit durften wieder Hakenkreuzfahnen gezeigt werden. Hauptredner war der NSDAP-MdR und Vorsitzende des Rechtsausschusses Dr. Frank, der zu Gumbel nur Allgemeinplätze sagte. Drum herum die gewohnten Redner und die gewohnten Tiraden. Fred Himmel behauptete, die Unterschriftensammlung hätte bereits 15.000 Stimmen gegen Gumbel erbracht.²¹⁸ Das wäre ein erstaunliches Ergebnis in einer Woche. Es ist aber nicht überprüfbar, da über den Ausgang dieser Kampagne nichts in den Zeitungen steht. Wahrscheinlich ist sie im Abflauen der Aufregung über Gumbel eingeschlafen.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums entfachte die SPD eine anti-nazistische Kampagne für Gumbel. Die „Volkszeitung“ berichtete fast täglich. Den Nazis wurden die Prinzipien der Weimarer Verfassung entgegengehalten und sie zu Ruhe und Ordnung aufgerufen. Die SPD war nicht bereit, sich mit den Nazis auf eine Auseinandersetzung auf der Straße einzulassen, aber sie organisierte Veranstaltungen zur Solidarität mit dem „Genossen Gumbel“ und ließ ihn auch auf anderen politischen Veranstaltungen demonstrativ reden. So auf einer Kundgebung „Novemberverbrecher?“ am 24.1. Gumbel setzte auseinander, warum die Deutschen den Weltkrieg verloren hätten: „Das Dolchstoßproblem ist das Problem der moralischen Basis der Republik.“ Die Alternative wäre 1931: Republik oder nationalsozialistische Reaktion.

„Für den Sieg der Republik gibt es nur eine Voraussetzung: Republik, werde hart!“²¹⁹

(72) Für diese Worte bekam Gumbel, der bereits stürmisch begrüßt worden war, „nicht enden wollenden“ Beifall.

In der folgenden Woche begann Gumbel mit einer Vortragsreihe über den europäischen Faschismus, die vom Sozialistischen Kulturkartell veranstaltet wurde. Gumbel vertritt eine „kommunistische“ Faschismustheorie. Über Italien führte er aus: Die Bourgeoisie bedient

²¹⁷GLA 235/1891, zitiert nach: Carmon, S.108; UAH III 5b, 332, Bl.107. Dort findet sich auch eine bezeichnende „Freudsche Fehlleistung“: „(In Sachen Gumbel) besteht das Schweigeverbot!“ Gundolf nahm in einer Erklärung ans „Tageblatt“ alle Schuld auf sich. Seine Haltung im Fall Gumbel charakterisiert vielleicht am besten eine Anekdote, die Herrmann Glockner berichtet: „Gundolf wollte als Dekan neutral bleiben, wurde aber — uncaesarisch, wie er war! — bald zum haltlos zwischen den Parteien hin- und herschwankenden Rohr; er hatte nun einmal in solchen Dingen keinen so beneidenswert einseitigen Standpunkt wie die auf ihr Programm eingeschworenen Politiker. Da sagte er mir seine Not: ‚ich träume nur noch von Blutflecken (dem Cover von „Verschwörer“, C.J.); aber ich weiß wohl, was in 100.000 Jahren geschieht. Da wird wieder ein homo heldelbergensis ausgegraben und ein Buch mit Blutflecken und das Fragment eines Sondervotums in einer Sprache, die kein Mensch mehr versteht. Dann wird aber ein Professor kommen, denn es kommt ja in solchen Fällen immer ein Professor; und er wird alles restlos aufklären. Man wird dann wissen, daß vor 100.000 Jahren ein Untier in Heidelberg sein Unwesen trieb, das Mensehen fraß — und Gundolf hieß.“ (S.30)

²¹⁸HT, 2.2.31.

²¹⁹V2, HT, 26.1.31.

sich der kleinbürgerlichen Bauern des Südens und des Arbeitslosenheeres im Norden unter Ausnutzung von deren wirtschaftlicher Notlage. Sie versucht unter Preisgabe der politischen Vorrechte, ihre wirtschaftliche Macht zu halten. Sie bedient sich dabei „des gefährlichen Pfahles im Fleische des Proletariats, des Lumpenproletariats“. Abschließend warnte er:

„Wer heute noch den Frieden will, der will nur seine eigene Niederlage.“²²⁰

Anfang Februar nahm Gumbel in einem Artikel für „Das Andere Deutschland“ noch einmal zum „Feld der Unehre“ Stellung:

„Es gibt, streng genommen, nicht nur ein ‚Feld‘, sondern ebenso gut auch eine ‚Matratze‘, einen ‚Heldenkeller‘, eine ‚Kantine‘, einen ‚Urlauberzug‘, ein ‚Bordell‘ der Ehre.“²²¹

Ende Januar und Anfang Februar hatte sich auch die Justiz mit den „Gumbelkrawallen“ zu befassen. Die Angeklagten bekamen milde Strafe. Während der Staatsanwalt Gefängnis zwischen zwei und sechs Wochen forderte, gab es Freisprüche und Geldstrafen zwischen 20 und 160 Mark. Unter den Angeklagten befand sich kein einziger Student! Es wurde allerdings auch eine Reihe Disziplinarverfahren gegen Studenten deswegen eingeleitet. Sie zogen sich lang — und endeten mit Freispruch oder Einstellung.

Die Staatswissenschaftliche Fachschaft (heute würde man sagen: Fachbereich) verabschiedete auf einer Vollversammlung eine Solidaritätsresolution:

„Die Staatswissenschaftliche Fachschaft als Vertreterin derjenigen Studierenden, die am meisten Gelegenheit hatten. Herrn Prof. Dr. Gumbel während seiner Lehrtätigkeit kennenzulernen, ist überzeugt, daß der Pädagoge und wissenschaftliche Forscher Gumbel die vollste Achtung und Anerkennung verdient. Wir erlauben uns daher auszusprechen, daß wir im Interesse der Universität als freie Forschungsstätte des Geistes alles begrüßen, was von Seiten Seiner Magnifizienz und des Hohen Senats geschehen ist und noch geschehen sollte, damit Herr Prof. Dr. Gumbel unbehelligt unsere wissenschaftliche Ausbildung weiter fördern kann.“²²²

So weit wie die staatswissenschaftliche ging keine andere Fachschaft. Aber auch die deutsche, historische und zeitungswissenschaftliche Fachschaft ließen sich nicht der D.St.H. anschließen; die juristische beschloß zunächst ihren Eintritt, auf einer weiteren Vollversammlung wurde dieser Beschluß revidiert. Die Haltung der Theologen war widersprüchlich. Ebenfalls hielten sich die katholischen Verbindungen der D.St.H. fern, sie sei „nicht rein hochschulpolitisch“.²²³

(73)

IX. Einschätzungen

Anfang Februar beruhigte sich die Situation in Heidelberg. Die Polizei verbot fast alle Veranstaltungen der Nazis und der SPD. Am 10.2. tagte der Senat; einziger Tagesordnungspunkt „Maßnahmen zur Verhinderung von Ausschreitungen in studentischen Versammlungen“. Der Dekan der Juristischen Fakultät wurde beauftragt, allgemeine Regeln für das Verhalten von Studenten bei politischen Versammlungen aufzustellen, die der Senat nach Anhörung der Studenten verabschieden wollte.

²²⁰VZ, 19.1.31, *.Bl.

²²¹7.2.31, zitiert nach: Völk.Beobachter, 18.4.31.

²²²UAH II 5b, 332, Bl.216. S.a. Soz.Stud., Nr. 4, Februar 31, HT 11.2.31.

²²³Arminia, S.197; VZ, 30.1. und 5.2.31; HD Stud., Nr.6, WS 30/31, HT 5.2.31 und 12.2.31.

Außerdem sollte der Rektor den Studenten empfehlen, nicht zu den Treffen politischer Gegner zu gehen, und für den Fall von Ausschreitungen strenge Disziplinaarmaßnahmen androhen. Sehr ungewöhnlich erscheint mir eine andere Passage im Protokoll derselben Sitzung. Der Rektor fragt,

„ob es nicht zweckmäßig sei, daß die mit Ende dieses Semesters ausscheidenden Mitglieder des Engeren Senats mit Rücksicht auf die gerade jetzt vorliegenden Verhältnisse wieder zu wählen seien.“²²⁴

Carmon vermutet, es sei dem 1930/31 ausschließlich aus Rechten bestehenden Senat darum gegangen, ein Einbrechen der „liberalen“ Fraktion zu vermeiden, die sich zu diesem Zeitpunkt im Zusammenhang mit dem Fall Dehn (s. Kapitel X) formiert hatte.²²⁵

Mitte Februar wurden zwischen Rektor und D.St.H. Vereinbarungen im Sinne des Gesprächs vom 22.1. getroffen, die einerseits nicht ausdrücklich dem Erlaß des Kultusministers vom 19.1. widersprachen, andererseits aber eine Privilegierung der D.St.H. gegenüber anderen politischen Studentenorganisationen bedeuteten.

(74) Die D.St.H. bedauerte öffentlich alle Kränkungen von Rektor und Senat und führte sie auf Mißverständnisse zurück. Damit war für den Rektor der Streit beigelegt.²²⁶ Dieser erneute Umfall wurde in der „Volkszeitung“ und im „Pfälzer Boten“ scharf kritisiert.

„Es hieße, die Herren Störenfriede allzu leichten Kaufes entwischen zu lassen, würde man nun einfach jegliche vorgekommene Ungezogenheit und Unbotmäßigkeit kurz auf den Karren der ‚Mißverständnisse‘ laden.“²²⁷

Im „Sozialistischen Student“ von Februar 1931 wird ein Resumée des Semesters gezogen:

„Von den reaktionären Studentenschaften des Reiches [kann] man die Heidelbergische wohl als die aggressivste und unverschämteste bezeichnen . . . Daß der Rektor die ‚deutschen Studenten‘ geknechtet hat, kann man mit dem schlechtesten Willen nicht behaupten. Wir finden sogar, er hat das Gegenteil getan; er hat sie protegiert und er wird sie, allen Beleidigungen, die er von ihnen eingesteckt hat, zum Trotz, weiter protegieren. Durch ihre schiefe und zweideutige Haltung im Fall Gumbel, haben Rektor und Senat die nationalistische Studentenschaft zur Fortsetzung ihrer Hetze indirekt ermuntert; das energische Wort, das gesprochen werden mußte, um die ekelhafte Hetze abzuschneiden, ist nicht gesprochen worden. Gelegentliche milde Ermahnungen wurden durch damit verbundene Andeutungen, daß man selber im Grunde gegen Gumbel sei, neutralisiert. Das Verhalten der Professorenschaft unterscheidet sich in den Fällen Gumbel und Dehn [s. u.] nicht sehr von dem des Rektors. Das ist umso bedauerlicher, wenn man bedenkt, daß es sich in diesen Fällen in erster Linie um das Prinzip handelt, und erst in zweiter um Menschen. . . Warum hat, mit Ausnahme des Sozialisten Radbruch, kein Professor gegen die Gumbel-Hetze öffentlich Stellung genommen? Man hat sich diesen widerwärtigen Skandal mitangesehen, ohne den Finger zu rühren. Senat und Fakultät haben nachträglich die Ernennung Gumbels zum außerordentlichen Professor mißbilligt. Warum denn? Der Rektor hat mehrfach betont, daß Gumbels wissenschaftliche Leistungen anerkannt seien, und es ist in Baden Sitte, daß ein wissenschaftlich verdienter Privatdozent nach einer Reihe von Jahren den Professorentitel empfängt . . . Allgemein ist man geneigt, dem überschäumenden Idealismus der Jugend zuzuschreiben, was

²²⁴UAH B-1266/3.

²²⁵Carmon, S.125.

²²⁶HT, 13.2.31.

²²⁷13.2.31.

in Wirklichkeit nichts als hohle Parteiagitatio und dummdreiste Wichtigmacherei ist. Es ist auf die Professoren kein Verlaß, und noch können wir im Fall Gumbel tägliche Überraschungen erleben. Da sie sich hüten, sich eindeutig festzulegen, so kennen wir nicht einmal recht ihre Meinungen. Man sieht nicht, daß ein Sieg des nationalsozialistischen ‚Geistes‘ das Ende der anständigen Wissenschaft bedeuten würde, und man tut nichts, dieses Ende aufzuhalten . . . Man soll die Gefahr nicht übertreiben, aber man muß sie sehen. Wir werden, wenn es nötig ist, Gewalt gegen Gewalt setzen; aber wir sind der Meinung, daß geistige Disziplin die beste Waffe des Sozialisten ist.“

Auch über die sozialpsychologischen Ursachen der Krawalle und ihre Ambivalenz findet sich, ein interessanter Artikel in derselben Zeitung:

„Sie sind wild geworden; überall, nicht nur in der Spießer- und Studentenstadt Heidelberg. Bis vor einiger Zeit hielten sie sich ruhig, begnügten sich mit ihren bescheidenen oder weniger bescheidenen Einkünften. Jetzt sind sie plötzlich in den großen Strudel mit hineingerissen, sogar besonders schwer betroffen. Und schon beginnen sie, politisch zu handeln; sie wählen, zeichnen sich in Listen ein, schimpfen, demonstrieren. Damit sind sie noch keine politischen Menschen geworden, nur Mitläufer und Krakehler. Das Ernste daran ist nur, daß sie als Masse sehr wohl fähig sind, zu einem Druckmittel in der Hand ihrer Verhetzer zu werden. Wir regen uns zu sehr über die Demagogen auf; gewissenlose, geschickte, verrückte Agitatoren hat es immer gegeben, wichtiger ist, warum heute die Massen und gerade die Halbgebildeten ihnen in hellen Haufen hinterherlaufen. . . Jeder von uns, falls er nicht zu den Muckern und Lahmen in allen Lagern gehört, muß diese Aktivierung neuer Massen begrüßen, wenn er auch die Gefahr dessen sieht, daß die zu eigenem, zum Teil sogar revolutionärem Willen Erwachten sich von ihren ‚Erweckern‘ gleich wieder haben einschläfern lassen in den süßen Traum vom Reich der nationalen Befreiung, so daß sie mit erschreckender Schnelligkeit von Menschen eignen Willens und frischer Leidenschaft zu barbarischen, hohlen Knechten reaktionärer Geschäftemacher geworden sind.“

(75)

Der Autor Reinhold Cassirer hofft auf ein „zweites Erwachen“ der „Besten“ unter den Nazi-Anhängern, „der Jungen, der Ratlosen, der von der Wirtschaft erdrückten Mittelschicht, zu der gerade viele typische Kriegsstudenten gehören“. Sie seien „unklar national- und sozialrevolutionär“. Es sei ihnen zu wünschen, daß sie sich für bessere Ziele einsetzen als für die „faschistische Bewaffnung des Kapitalismus gegen den Aufstand der Not der Massen“ und „nationalsozialistische Todessehnsucht“.

„Wenn die ‚Geistigen‘ sich weiter abwenden vom politischen Geschehen und sich auf diese vornehme Zurückhaltung im Interesse der reinen Wissenschaft noch etwas einbilden, so wird mit allem andern auch die leider wirklich nur ängstlich behütete geistige Freiheit zum Teufel gehen!

Die Schaffung von unpolitischen Inseln ist jedenfalls kein Ausweg, und die Entpolitisierung der Univesität sogar eine schwere Gefahr. Die schmutzige Weise, in der Heidelberger Studenten und Bürger in diesem Winter Politik getrieben haben, ist nicht zuletzt der Erfolg politischer Unbildung in einer Zeit, in der jeder Mensch zwangsläufig in politische Aktivitäten hineingerissen wird und jede Institution Austragungsort politischer Kämpfe ist.“

So sehr die AStA-Auflösung formal und moralisch gerechtfertigt war, fragt es sich dennoch, ob sie zu diesem Zeitpunkt nicht das Gegenteil von dem erreichte, was beabsichtigt war. Die rechte AStA-Mehrheit hatte sie ganz bewußt einkalkuliert. Dadurch daß

(76) die drohende AStA-Auflösung mehr als einen Monat vorher bekannt geworden war, hatte die AStA-Mehrheit ausreichend Zeit, die Gründung der D.St.H vorzubereiten. Die AStA-Auflösung vertiefte die Kluft zwischen Staat und Universität (besonders den Studenten). Die Rechten verloren nichts von ihren Agitationsmöglichkeiten, gewannen vielmehr Öffentlichkeit (und damit verbunden: Solidarität) und gute Argumente (plötzlich konnten sie der Republik alle ihre liberalen Grundsätze um die Ohren schlagen).

Die Universität behandelte die D.St.H. de facto wie einen demokratisch legitimierten AStA. Die rechte AStA-Mehrheit brauchte sich zweieinhalb Jahre lang keiner Abstimmung zu stellen. Das Fehlen der Möglichkeit, die AStA-Zusammensetzung neu zu bestimmen, zementierte die Machtposition, die die Rechtsradikalen im Sommersemester 1930 erreicht hatten. Dabei hatte die Opposition schon bei dieser Wahl leichte Zugewinne erzielt. Gegen die Politik der AStA-Mehrheit im Wintersemester war die ansonsten recht heterogene Opposition geschlossen wie selten.

Durch den Konfrontationskurs der Regierung erhielt die AStA-Mehrheit die Möglichkeit, plötzlich selber die Verfolgte zu mimen, und damit ihre eigene Unterdrückung der Minderheit im AStA zu kaschieren, wenn nicht im Nachhinein zu legitimieren.

So behinderte die AStA-Auflösung letztlich die Opposition. Daß diese unter den Studenten nicht auf verlorenem Posten stand, beweist die Tatsache, daß sie für eine Resolution gegen den von der Mehrheit durchgedrückten AStA-Haushalt, der „eine unnötig schwere Schädigung aller minderbemittelten Studenten herbeiführen und sich als Barriere gegen das Studieren Minderbemittelter überhaupt auswirken“ würde²²⁸, innerhalb eines Tages Unterschriften von 635 Studenten sammelte!²²⁹

(77) Die vorhandenen ideologischen Unterschiede innerhalb der D.St.H. traten auch erst nach 1933 wieder zutage. Ein Grund war sicher — durch das Fehlen von AStA-Wahlkämpfen — ein Mangel an Gelegenheiten, sich gegen seine Bündnispartner zu profilieren. Außerdem ist es ein häufig zu beobachtender Effekt, daß ein gemeinsamer Gegner (Kultusminister, Gumbel, Republik) eint. Andererseits fühlten sich die Verbindungsstudenten — als stärkste rechte Gruppe neben dem NSDStB — ebenso wie die Professoren der Zielstrebigkeit der nationalsozialistischen „Siegertypen“ nicht gewachsen.

Die Entscheidung Remmeles, den AStA aufzulösen, läßt sich vielleicht eher aus der gesamten politischen Stimmung Anfang 1931 erklären. Allein aus dem Konflikt mit der Studentenschaft heraus erscheint sie als unnötige Provokation seitens des Ministeriums.

Nach den erdrutschartigen Wahlsiegen des Jahres 1930 war die NSDAP an viele Schalthebel der Macht gelangt (herausragend: die erste Beteiligung an einer Landesregierung in Thüringen Ende 1929). Der Beginn des Dritten Reiches war für die Nazi-Anhänger und auch viele ihrer politischen Gegner nur noch eine Frage der Zeit. Stimmungsmäßig schlug sich das in einem massiven Terror gegen Republikaner nieder. Staatliche Autorität konnte die militanten Nazis kaum noch schrecken: Kaum ein Tag, an dem sich in der „Volkszeitung“ nicht ein Bericht über Nazi-Terror findet, bei dem Republikaner schwer verletzt oder gar umgebracht wurden . . .

X. Der Fall Dehn

Ebenfalls während des Wintersemester 1930/31, aber „hinter den Kulissen“ (Carmon) spielte sich der Fall Dehn ab. Der Theologe Günter Dehn hatte 1928 in einer Predigt die Ansicht vertreten, Kriegerdenkmäler gehörten nicht in die Kirchen, und in diesem Zusammenhang angeblich gesagt: „Da könnte man ja gleich jeden Mörder in der Kirche verewigen.“ Außerdem hatte er die Wendung „Mit Gott und Vaterland“ als Phrase bezeichnet. Dehn

²²⁸Bad. Landtag, 19.12.30, Sp.365.

²²⁹Laut Soz.Stud, Nr.1, waren es 600. Insgesamt waren im WS 30/31 ca. 4000 Studenten eingeschrieben.

bestritt diese Äußerungen, als er ihretwegen angegriffen wurde; doch seine Kirche schenkte Zeugenaussagen mehr Glauben und war nicht bereit, ihn in Schutz zu nehmen.

Im Dezember 1930²³⁰ berief die Heidelberger theologische Fakultät Dehn einmütig. Im Januar griffen die „Eisernen Blätter“ des heidelberger Rechtsradikalen und ehemaligen Pfarrers Traub die Vorwürfe von 1928 gegen Dehn auf, der auch SPD-Mitglied war.

„Wir veröffentlichen dies, weil die Heidelberger Universität schon mit dem bekannten Dr. Gumbel als Professor belastet ist, desto mehr haben die nationalen Kreise die Verpflichtung, auf jede Besetzung an der Heidelberger Universität ein doppelt scharfes Auge zu haben.“²³¹

(78)

Da Dehn noch eine Berufung nach Halle hatte, und um sich einen „Fall Gumbel“ zu ersparen, wollte er ein klares Vertrauensvotum der Fakultät. Diese folgte nicht der Hellpachschen Empfehlung, Dehn jetzt „doppelt schnell“ zu berufen, im Gegenteil hielt sie mit sechs Stimmen gegen eine Dehn „unbeschadet seiner Vertrauenswürdigkeit ... aufgrund der bekanntgewordenen Akten ... für nicht geeignet.“²³²

Es bestünde die Gefahr, daß Dehn in unabsehbare Schwierigkeiten verwickelt würde, und das daraus der Fakultät und der gesamten Universität der größte Schaden erwachsen würde. Die Fakultät behauptete, dieser Beschluß sei unabhängig von dem „auf ganz anderen Voraussetzungen beruhenden“ Fall Gumbel gefällt worden!

Einzig Martin Dibelius hielt in einem Sondervotum „Dehn zum Lehrer der akademischen Jugend voll geeignet“. Außerdem wäre er

„nicht in der Lage, Opportunitätsgründen Gehör zu geben, wenn das Recht eines künftigen Professors in Frage gestellt ist, seiner Überzeugung in den Grenzen des Taktes freien Ausdruck zu geben.“²³³

In Privatbriefen an Dehn erklärten zwei Fakultätsmitglieder²³⁴ später, sie stünden trotz ihrer Zustimmung zum Fakultätsbeschluß weiter voll hinter ihm, aber in seinem eigenen Interesse habe man sich nicht für ihn ausgesprochen. Der eine führt ausdrücklich den Fall Gumbel als Grund an.

In einer der vielen Sitzungen der Krawallwoche schloß sich der Senat der Fakultät an. Die Entscheidung lag wieder beim Kultusminister. Nach Carmon war dieser diesmal bereit, der Universität nachzugeben und Dehns Berufung rückgängig zu machen. Doch Dehn verzichtete von sich aus und ging nach Halle.²³⁵ Obwohl allen Beteiligten ausdrücklich Stillschweigen befohlen worden war, erschien am 29.1. im „Tageblatt“ ein ausführlicher Enthüllungsbericht.

(79)

²³⁰Bizer, S.245. Laut Carmon, bei dem allerdings vieles nicht stimmt: September 1930 (S.119). Die Darstellung des Falles Dehn stützt sich, wo nicht anders angegeben, auf Bizers Aufsatz und Dehns Dokumentation „Kirche und Völkerversöhnung“

²³¹ebenda, S. 40.

²³²Kirche und Völkerversöhnung, S.40. Der folgende Satz macht in seiner Unverständlichkeit deutlich, wie sehr sich die Theologen bei diesem Beschluß krümmten: „Wenn die Fakultät die Vertrauenswürdigkeit des Herrn Dehn ausspricht, so will sie damit sagen, daß ihr Votum nicht behauptet, daß Dehn die ihm zum Vorwurf gemachten Äußerungen getan hat. Umgekehrt aber kann sich die Fakultät der genannten Tatsache nicht verschließen, daß die Zeugen gegen Dehn ihre Aussagen aufrecht erhalten.“ (S. 41)

²³³ebenda, S.43.

²³⁴ebenda, S. 45. In dem von mir benutzten Exemplar aus der UB sind sie handschriftlich als Prof. Odenwald und Wegemann identifiziert.

²³⁵Auch in Halle kam es zu Ausschreitungen, aber der Rektor stützte ihn. Zunächst kehrte Ruhe ein, 1932 brach erneuter Protest los, dem Dehn durch eine Beurlaubung zu entgehen suchte. Anschließend konnte er sein Amt nicht wieder antreten, da ihm 1933 die Lehrberechtigung entzogen wurde. Er arbeitete in der „Bekennenden Kirche“ und verbrachte mehrere Jahre in Konzentrationslagern.

So ähnlich das Verhalten der theologischen Fakultät und des Senats dem Fall Gumbel ist, so ungewöhnlich ist der breite — wenn auch am Ende nur halbherzige Protest zahlreicher Professoren gegen die unmögliche Behandlung Dehns. Auf Initiative von Emil Lederer entstand Anfang Februar eine zunächst nicht veröffentlichte Erklärung, in der es u.a. hieß:

„Wir sind nicht überzeugt, daß die Gründe für eine Zurücknahme des Berufungsvorschlags . . . ausreichend waren. Besonders bedauern wir, daß die Angelegenheit in einer Weise, welche die Persönlichkeit Dehns bloßzustellen geeignet war, in der Öffentlichkeit erörtert und dadurch die herkömmliche Zurückhaltung gegen einen Mann von wissenschaftlichem Ruf nicht geübt wurde.“

Erstunterzeichner waren neben Lederer: Fraenkel, Heiber, Hampe, Hellpach, Jellinek, Radbruch und Weber.

Später schlossen sich v.Baeyer, Bessler, Geiler, Griesebach, Gundolf, Gutzwiller, Hoffmann, Jaspers, Meierhof, Olschky, Oppermann, Ranke, Regenbogen, Sachs, Salz, Speck, Täubler, Ulmer, v.Weizsäcker und Willmanns an.²³⁶

Diese Liste umfaßt eine ganze Reihe von Namen, die die Entfernung Gumbels mitbetrieben haben. Deshalb ist es wohl etwas problematisch, sie als „Liberale“ zu bezeichnen.

Bereits zwei Tage, nachdem die Erstunterzeichner ihre Erklärung an alle heidelberger Professoren mit der Bitte um Stellungnahme gesandt hatten, meldete sich der Engere Senat²³⁷ zu Wort. Er hätte seine Entscheidung gegen Dehn wohl abgewägt. Dabei hätten bisher unbekannte Gesichtspunkte aus Dehns Arbeit zugrunde gelegen.

(80) „Es muß betont werden, daß Dehn in seinen Werken nicht immer den Takt bewiesen hat, der von einem akademischen Lehrer erwartet werden kann, der künftige protestantische Geistliche erziehen soll.“ usw.

Der Senat hielt es für unvereinbar mit dem Wohl und Ansehen der Universität, falls weitere Diskussionen und Erklärungen außerhalb der Dozentenschaft abgegeben würden.

Am 16.2. beantragten 17 Professoren eine Sitzung des Großen Senats, damit sich jeder Professor zum Fall Dehn eine eigene Meinung bilden konnte. Dies war ein klares Mißtrauensvotum gegenüber dem Engeren Senat.

Am 25.2. tagte der Große Senat. Zunächst ließ der Rektor alle Professoren feierlich Stillschweigen schwören. Jellinek schlug für die „Liberalen“ vor, der Senat sollte beschließen, daß er keinen Grund sähe, Dehn wegen seiner weltanschaulichen Stellungnahme als Lehrer ungeeignet zu finden. Damit wäre das Votum des Engeren Senats aufgehoben gewesen. Die andere Seite hielt entgegen, daß der Große Senat auf dieser Sitzung keine Beschlüsse fassen dürfte, weil er allein zur Diskussion einberufen worden wäre. Hellpach wiederum betrachtete dies als Verzögerungstaktik, Weber und Brinkmann kritisierten den vertraulichen Charakter der Diskussion. Jellinek verschärfte seinen Beschlußvorschlag dahingehend, daß Dehns Moral zu einer derartigen Behandlung keinen Anlaß gäbe. Eine inhaltliche Diskussion der Problematik verhinderten dann aber die „Liberalen“ selbst, als Weber und Radbruch die Rednerliste schließen ließen. Carmon vermutet wohl zu Recht, daß auch die „Liberalen“ eine Diskussion über den Fall Gumbel vermeiden wollten. Er hätte sich aber bei einer weitergehenden Diskussion wohl kaum ausklammern lassen.

Schließlich beschloß der Große Senat mit 30 gegen 28 Stimmen, sein Bedauern über die Behandlung des Falles Dehn durch den Engeren Senat auszudrücken. Daraufhin vertagte der Rektor die Sitzung.

²³⁶Kirche und Völkerversöhnung, S.44. UAH B-1266/3, 27.2.31 Carmon, 123ff.

²³⁷Bisher habe ich, wenn der Engere Senat gemeint war, immer nur „Senat“ geschrieben, da der andere, „Große“ Senat so gut wie keine Bedeutung hatte. Im Folgenden ist das jedoch anders. Der Große Senat war die Versammlung aller ordentlichen Professoren. Der Engere Senat bestand aus dem Rektor, dem Prorektor, den Dekanen sowie vier gewählten Senatoren. Obwohl der Große Senat das höchste Universitätsorgan war, bildete faktisch der Engere Senat neben dem Rektor die Universitätsleitung.

Auf einer weiteren Sitzung des Großen Senats erklärte Weber für die „Liberalen“, sie wollten auf keinen Fall eine Konfrontation innerhalb der Professoren. Sie verzichteten jetzt auch auf eine öffentliche Diskussion und wollten lediglich einen Beschluß fürs Protokoll, der auch Dehn zur Kenntnis gegeben werden sollte.

Die „Liberalen“ hatten es trotz anfänglicher Empörung vorgezogen, den Traditionen der deutschen Universität entsprechend, den Konsens zu suchen und vor allem Konflikte nicht in der Öffentlichkeit zu behandeln. Erstaunlich an der Sache ist eher, daß sie sich überhaupt so weit vorgewagt hatten. Fast scheint es, als ob sie nach der gewonnenen Abstimmung am 25.2. Angst vor der eigenen Courage bekommen hätten.

(81)

XI. Beruhigung

Auch über Heidelberg hinaus hatten die Ereignisse des Wintersemesters — neben vergleichbaren Krawallen in Berlin, Königsberg, Kiel etc. — Aufsehen erregt.

Bereits am 23.1. nahm der Dachverband D.St. zur Auflösung des AStA und der Ernennung Gumbels Stellung.

„In immer stärkeren Maße wird sich das nationale Deutschland der Gefahr bewußt, die die Tätigkeit des Herrn Gumbel für das deutsche Volkstum und für die Geltung der deutschen Hochschule in der deutschen Volksgemeinschaft wie in der internationalen wissenschaftlichen Welt bedeutet, und es hebt daher warnend und änderungsheischend seine Stimme.“

Die D.St. forderte den Verband der Deutschen Hochschulen auf, ebenfalls die D.St.H. gegen das Kultusministerium zu unterstützen.²³⁸ In seinem Antwortschreiben „begrüßt“ der Vorstand des Verbandes „jede Äußerung auf das wärmste, in der die D.St. ihre vaterländische Gesinnung bekundet“ und schloß sich der heidelberger philosophischen Fakultät und dem Senat an, wandte sich allerdings gleichzeitig gegen Methoden, die „Satzung und Überlieferung“ widersprächen, insbesondere „die öffentliche Abstimmung in der Bevölkerung über einen akademischen Lehrer“²³⁹.

Gegen diese Stellungnahme und damit gleichzeitig gegen das Verhalten der Universität gegenüber Gumbel protestierten auf Initiative von Prof. Holde, TH Charlottenburg, 81 Hochschullehrer.

„Wir vermissen in dieser Antwort die gebührende Zurückweisung des studentischen Versuchs, die akademische Lehr- und Gesinnungsfreiheit mit der Entfernung Professor Gumbels aus seiner Lehrtätigkeit in Heidelberg aus politischen Gründen zu vernichten. Wir vermissen insbesondere die pflichtgemäße Schärfe, mit der der Hochschulverband an erster Stelle von den unerhörten Übergriffen und Methoden der Heidelberger Studenten hätte abrücken müssen.

Wir bedauern daher die vorliegende Antwort des Verbandsvorstandes, weil sie eine Ermutigung zu weiteren Auflehnungen gegen die Lehrfreiheit und zu eventuellen weiteren Unruhen darstellt.

Insbesondere fühlen sich die Unterzeichneten zu diesem förmlichen Protest verpflichtet, weil das Schreiben des Hochschulverbandes nicht die geistigen Interessen der gesamten akademischen Lehrerschaft vertritt, sondern sich zum Sprachrohr für politisch intolerante, vom kulturellen Standpunkt sehr unzeitgemäße Anschauungen einzelner Gruppen macht.“²⁴⁰

(82)

²³⁸HD Stud, Nr.6, WS 30/31.

²³⁹Mitt.d. Verb.d.Dt.HS 1931, S.30f.

²⁴⁰Mitt.d. Verb.d.dt.HS 1931, S.46ff.;s.a.Verschwörer, Reprint.

Aus Heidelberg hatten Lederer, Marschak, Münter und Radbruch unterschrieben.²⁴¹

Der Vorstand des Hochschulverbandes sah in seiner Antwort auf diesen Protest die Lehrfreiheit nicht berührt, da die Anschuldigungen sich nur gegen Gumbels „(außerakademische) agitatorische Tätigkeit“ richteten. Auch die übrigen Vorwürfe wurden zurückgewiesen.²⁴²

Im Mai 1931 fand in Berlin eine Solidaritätskundgebung mit Gumbel „Die Hochschulreaktion und akademische Lehrfreiheit“ statt. Die rechte Presse warf Gumbel „Märtyrerpose“ vor.²⁴³ Obwohl es in Heidelberg auch zu Beginn des Sommersemesters um Gumbel ruhig blieb, ist ein weiterer Rechtstrend im politischen Klima an der Universität unverkennbar, der sich letztlich auch wieder für Gumbel bedrohlich auswirken mußte.

(83) Im Mai 1931 verbot der Rektor der „Sozialistischen Studentenschaft“ den Gebrauch des Wortes „Studentenschaft“ in ihrem Namen, da dadurch der Eindruck entstünde, es handelte sich um eine allgemeine Studentenvertretung. Die Verwendung desselben Wortes wurde der D.St.H. natürlich nicht untersagt! Zudem griff das Verbot in eine Kampagne der S.St. ein, die den Alleinvertretungsanspruch der D.St.H. angriff.

Nach und nach bekam die D.St.H. Rechte und Pflichten eines AStA zugestanden, z.B. chargierte sie — unter Mißachtung „ihres“ AStA-Beschlusses vom Wintersemester 1930/31 — wieder bei Universitätsfeierlichkeiten.

Den Sozialisten wurden Universitätsräume für eine Veranstaltung mit (dem Heidelberger Professor!) Lederer verweigert (Juli 1931), der „Roten (=kommunistischen) Studentengruppe“ die Benutzung des Schwarzen Brettes. Umgekehrt durfte der nationalsozialistische „Kampfbund für deutsche Kultur“ politische Veranstaltungen in der Universität abhalten.²⁴⁴

Die Universität behinderte die linken Gruppen systematisch, während die Rechten des Wohlwollens der Professoren sicher sein konnten.

Ein Faktor, der die eineinhalbjährige Ruhe um Gumbel bis zu seiner Entfernung von der Universität mitbewirkt hat, war wohl die vorübergehende Schwäche der NSDStB-Gruppe in Heidelberg. In seiner Artikelserie „Herr Gumbel und die Kohlrübe“ schreibt Doerr jedenfalls:

„Die Hochschulgruppe hatte durch die intellektuelle Art des damaligen Hochschulgruppenführers stark gelitten und stand vor der Selbstauflösung. Es kamen immer weniger Kameraden in die Sprechabende. Die hohen Themen schreckten auch noch die letzten Getreuen ab ... Da übertrug man mir die Führung der Gruppe ... Im Frühjahr 1932 hatten wir die alte Kampfkraft wieder erreicht ... Wir beherrschten die politische Lage an der Hochschule. Man konnte uns nicht übersehen. Doch der Marxist Gumbel lief immer noch in der Gegend herum. Wir hatten ihn nicht vergessen.

Seit Jahren hatte ich aus persönlichem Interesse an diesem eigenartigen Professor auf einen deutschen Lehrstuhl die politische Tätigkeit dieses Juden

²⁴¹Diese Erklärung wurde außer den Genannten unterschrieben von: B. Altaner, W. Amram, E.v.Aster, K.Barth, H.Becker, G.Bernhard, C.Boehm, E.Börnstein, K.Brandt, H.Cassel, B.Chajes, M.Dehn, G.Doetsch, H.Driesch, C.Drucker, A.Einstein, K.Engeroff, P.Epstein, F.Frank, H.Friedmann, A.Götze, M.Goldschmidt, H.Großmann, A.Grotjahn, C.Grünberg, H.Hahn, L.Halberstaedter, H.Heller, E.Hellinger, J.Herrmann, F.Hertz, H.Holborn, M.Hobohm, M.Horkheimer, A.Kantorowicz, F.Keller, F.Klingmüller, E.Lerch, T.Lessing, F.Lieb, P.F.Linke, M.Löhr, S.Marck, R.Mehnke, A.Messer, F.Niebergall, F.Noack, W.Nöller, F.Noether, E.Noether, F.Oppenheimer, W.Peters, O.Piper, M.Pleßner, H.Rademacher, A.Rosenberg, A.Rosenheim, G.Salomon, H.Salinger, A.Siensen, H.Sinzheimer, J.Schaxel, K.L.Schmidt, L.L.Schücking, W.Stammmler, G.Steindorff, B.Taut, F.Tönnies, J.Traube, F.Weigert, C.v.Tyszka, T.Wiesengrund, P.Wilbrandt, G.Witkowski, K.Ziegler, (ebenda)

²⁴²Mitt.d. Verb.d.dt.HS, 1931, S.47f.

²⁴³Großmann, S.217; Burschenschaftl .Bl., 1930/31, S.212.

²⁴⁴Diese Entscheidung fiel im Senat mit 6:5 Stimmen (Carmon, S. 148). Die gesamte Darstellung dieses Abschnitts basiert auf Carmon, S.147ff.

verfolgt. In manche Versammlungen bin ich nachgefahren. Dieser Fall Gumbel konnte nur durch einen neuen Fall erledigt werden ... Wir mußten irgendeine neue Verfehlung Gumbels feststellen können. Damit könnte man den ganzen Fall aufrollen. Auf diese Gelegenheit warteten wir immer. Gumbel hatte sich in den letzten Jahren merklich zurückgezogen, dafür bewarb er sich um eine ungehinderte Auslandstätigkeit auf allerlei amerikanischen Universitäten. Statistisches Zeug schrieb er ununterbrochen. Er war wirklich ein Gelehrter von Format — im alten Sinne. Dabei ein treuer Republikaner, der mit der Mitgliedskarte bei der SPD gesichert war, geistig aber mit beiden Füßen im Kommunismus stand. Gumbel mußte noch im alten System fallen, das waren wir unserer Ehre schuldig.

Unser Nachrichtenmann — wir arbeiteten mit allen Mitteln einer wohlüberlegten Organisation — nicht zuviel Lärm nach außen —, stärker aber in der Ausdauer und Zähigkeit, meldete, daß Gumbel in einer Veranstaltung der Sozialdemokratischen Studentengruppe sprechen sollte.“²⁴⁵

(84)

Auch von Gumbel selbst gibt es eine Einschätzung der politischen Situation Anfang 1932.

„Der parlamentarische Weg zum Sozialismus hat in die Sackgasse geführt. Die Arbeiterschaft ist gespalten, ihre Mehrheit konservativ. Die Bourgeoisie scheint sich unter der roten Fahne des Hakenkreuzes zu einigen, ihr entschlossener Flügel ist revolutionär. Unser Leben ist erfüllt mit Ungewißheit für die nächste Zukunft.“²⁴⁶

Die politische Haltung der heidelberger Professoren charakterisiert ein Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, den neben anderen Honoratioren 29 Professoren unterschrieben hatten.²⁴⁷ Hindenburg wurde bei dieser Wahl von sämtlichen republikanischen Parteien gegen die Vertreter der Rechts- bzw. Linksradikalen Hitler, Thälmann und Duesterberg(DNVP) unterstützt. Auf dem Aufruf ist noch einmal das ganze liberalere Spektrum vertreten: Anschütz, v.Baeyer, Brinkmann, Dibelius, Engelhardt, Erdmannsdorfer, Fraenkel, Freudenberg, Geiler, Gottschlich, Hampe, Hellpach, Hettner, Hoops, Jaspers, Jost, Jellinek, Levy, Meister, Neumann, Panzer, Radbruch, Regenbogen, Salomon-Calvi, Schreiber, Wagenmann, Weber, v.Weizsäcker und Wilmanns.

Interessant ist, wer in dieser Phalanx fehlt: Natürlich Gumbel, sicher der einzige, der links von diesem Spektrum stand. (Lederer war nicht mehr in Heidelberg.) Der Rest der Fehlenden kann — außer einigen völlig Desinteressierten — ohne Bedenken als DNVP- bzw. Nazi-Anhänger eingestuft werden. Offen für Hitler traten in einem entsprechenden Aufruf nur Lenard, Endemann und Dettweiler ein.²⁴⁸

Immerhin zeigt die Tatsache, daß 32 Professoren aus den Höhen der Wissenschaft herabstiegen und Wahlaufufe unterzeichneten, daß für die Mehrheit der heidelberger Professoren die Trennung von Wissenschaft und Politik nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Die 29, die Hindenburg unterstützten, sprachen sich damit klar gegen Hitler aus. Die meisten davon mußten nach 1933 ihre Lehrstühle verlassen. Trotzdem waren diese 29 Professoren nicht inzwischen zu glühenden Republikanern gewandelt. Die meisten von ihnen dürften gegen beide Möglichkeiten, die die politische Situation 1932 bot, gewesen sein: Gegen Hitler *und* gegen die Republik.

²⁴⁵Die Bewegung, 9.Forts.

²⁴⁶Wb, Bd. 28.1., S. 400. (15.3.32)

²⁴⁷HT, 12.3.32, S.15.

²⁴⁸Carmon, S. 175.

(85) Ideologisch standen sie den Nazis sicher näher (ebenso wie Hindenburg) als der Republik. Insofern hatten ihr ständiges Zurückweichen vor den Nazistudenten und ihre Bekämpfung der linken Gruppen bzw. Gumbels Methode und sind nicht allein mit politischer Uninteressiertheit und Naivität zu entschuldigen. Im Mittelpunkt der politischen Diskussion innerhalb der Studentenschaft stand im Sommersemester 1932 die neue AStA-Satzung, die schließlich im Juli 1932 genehmigt wurde — mit ausgeweiteten Rechten für den AStA, die Studentenschaft auch in politischen Fragen zu vertreten! AStA-Neuwahlen fanden allerdings erst im Januar 1933 statt. Der NSDStB setzte sich außerdem für die paramilitärische Ausbildung der Studenten ein, zunächst mit der Einrichtung eines Wehramtes, was allerdings von der Universität untersagt wurde, dann mit einer Organisation, die den unverfänglichen Namen „Heidelberger Akademisch Wissenschaftlicher Kreis“ trug.²⁴⁹

XII. Die Kohlrübe

Heidelberg, den 9. Juni 1932, Nr. 3. Sommer-Semester 1932 (70. Halbjahr)

Der Heidelberger Student

HERAUSGEGEBEN VON DER DEUTSCHEN STUDENTENSCHAFT HEIDELBERG

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Sturm, theol., Heidelberg. Druck u. Anzeigenannahme: Druckerei Winter, Heidelberg, Lutherstr. 65
 Geschäftszimmer der D.St.H., Theaterstraße 16, Fernsprecher Nr. 3224. Fernsprecher 2965. — Postfachkonto Nr. 115 21 Karlsruhe in Baden.
 Die Abgabe an die Studierenden und Dozenten der Universität Heidelberg erfolgt unentgeltlich.
 Bezug für Nichtstudierende durch den Buchhandel oder Verkaufsstellen. Einzelpreis 10 Pf.

„Das Kriegerdenkmal eine Kohlrübe“

Anlässlich eines öffentlichen Sprechabends des marxistischen Studenten-Bundes in ihrem Heim stellte der satyam-bekannte Heidelberger Gumbel seinen Ausführungen folgendes Motto voran:
„Das Kriegerdenkmal des deutschen Soldaten ist für mich nicht eine leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern eine einzige große Kohlrübe.“
 Diese Beschimpfung unserer Gefallenen reiht sich würdig an eine der bekannten Aussagen des Herrn Gumbel, von denen die wichtigste Schmähung unserer Frontsoldaten folgendermaßen lautet:
„Die deutschen Soldaten sind auf dem Felde der Unehre gefallen.“
 Für Kommilitonen, die erst neu hierhergekommen sind, erlauben wir uns zu bemerken, daß dieser Mann am Verfassungstag 1930 von dem damaligen Kultusminister Dr. h. c. Adam Kemmle zum Professor an der Heidelberger Universität ernannt wurde.
 Wir sind gespannt, wie weit auch in diesem Falle die „akademische Lehrfreiheit“ Deckmantel sein wird. Wann endlich wird die Dozentenschaft einmal in der Öffentlichkeit erklären, daß sie nicht gewillt ist, diesen Mann noch länger in ihren Reihen zu dulden?
Die Schriftleitung.

(86) Sonst stand kein Wort über Gumbel in der ganzen Nummer!
 Die Versammlung, in der diese Äußerung gefallen war, war in der „Volkszeitung“ und am Schwarzen Brett angekündigt worden als

„Beginn der politischen Arbeitsgemeinschaft (der S.St.). Genosse Dr. Gumbel spricht über ‚Krieg und Arbeiterbewegung‘ ... Alle Partei- und Jugendgenossen sind dazu herzlich eingeladen.“²⁵⁰

Drei Mitglieder des NSDStB — Hochschulgruppenführer Doerr, Hans Rösiger und Justus Fischer — hatten diese Versammlung ebenfalls besucht. Obwohl sie vorher ihre Absichten „weggemacht“ hatten, wurden sie von den Anwesenden erkannt.

²⁴⁹Carmon, S.153f

²⁵⁰VZ, 25, und 26.5., jeweils 2.Bl.; UAH III 5b, 431, S.29ff.

„Gumbel wird davon verständigt, wie ich deutlich beobachten kann. ‚Das macht nichts‘, wehrt Genosse Gumbel mit einer Handbewegung ab.“²⁵¹

Doerr schrieb Stellen aus Gumbels Rede, die ihm verwertbar schienen, mit²⁵². Die Nazis hatten aus ihren Fehlern im Wintersemester 1930/31 gelernt.

„Einige Minuten überlege ich hin und her, sollen wir drei diesen Juden nicht auf der Stelle bestrafen und einfach den ganzen Laden zusammenschlagen. Nein, das hätte wohl einen berechtigten Grund, aber keinen Zweck gehabt ... ich kannte den einzig möglichen Weg sofort. Keine unnötige Aufregung, diesmal schnappen wir den Burschen, wenn er überhaupt noch im alten Staat gelegt werden kann, auf trockene, damals hieß das moderne Wort ‚legale‘ Weise ... Am andern Tag ging ich zu einem Rechtsanwalt, einem tüchtigen Parteigenossen. Mit ihm sprach ich den ganzen Fall eingehend durch. Rösiger, Fischer und ich setzten uns auf der Bude von Fischer zusammen und schrieben eine ‚Eidesstattliche Erklärung‘.

Diese übergab ich dem Gauleiter Robert Wagner, der sie zu einer öffentlichen Anfrage im badischen Landtag, verwendete.“²⁵³

Dieselbe Erklärung ging am 7.6. als Anzeige an den Rektor.²⁵⁴ Die Presse — außer der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“²⁵⁵ — nahm von dem neuen Fall Gumbel erst nach einigen Wochen Kenntnis. Es blieb bei kleinen Meldungen, selbst die „Volkszeitung“ nahm die Sache dieses Mal nicht recht ernst.²⁵⁶

(87)

Das Unterrichtsministerium leitete umgehend ein Disziplinarverfahren ein. Der neue Minister Eugen Baumgartner schien nicht bereit zu sein, Gumbel zu stützen:

„Sollte sich die Äußerung als richtig bestätigen, so erschienen mir rasche, scharfe Maßnahmen am Platze.“²⁵⁷

Der Rektor bat Gumbel und die Fakultät um Stellungnahmen. Gumbel argumentierte die Versammlung wäre intern, nicht öffentlich gewesen. Aus einem zweistündigen Vortrag würde ein Satz herausgerissen. Zudem könnte es sich nicht um ein Motto gehandelt haben, da er seinen Ausführungen keines vorangestellt hätte. In seinen Notizen fände sich kein Hinweis auf eine derartige Äußerung. Da die Veranstaltung 14 Tage her wäre, könnte er sich nicht mehr genau erinnern.

„Ich dürfte — und zwar durchaus gelegentlich — darauf hingewiesen haben, daß in jener Zeit, die ich im Gegensatz zu den Lobpreisern des Krieges von heute als Soldat mitgemacht habe, der Hunger zu dem schließlich alles überragenden Gefühl wurde, und daß deswegen die Kohlrübe als Hauptnahrungsmittel dieser Zeit, sozusagen als Symbol, als Denkmal des Krieges adäquat ist.

Während die damalige Zeit den Krieg in seiner Schauerhaftigkeit erkannte, während namentlich die Soldaten von ihm in durchaus despektierlicher Weise sprachen, versuchte die spätere Zeit seinen fürchterlichen Ernst zu vermindern

²⁵¹Doerr, 10.Forts.

²⁵²Originalzettel: UAH III 5b, 431, S.47; Abschrift: S.55.

²⁵³Doerr, 10.Forts. VG, 11.6.32: „Ich frage die Regierung, ob sie endlich bereit ist, Prof. Dr. Gumbel, den Besudler deutscher Volks- und Soldatenehre mit Schimpf und Schande davonzujagen.“

²⁵⁴UAH III 5b, 334, S. 89.

²⁵⁵VG, 1.6.32: „... [es] gibt Leute, die bezweifeln, daß gerade Herr Gumbel während der bittersten Notzeit des Krieges sehr viele Kohlrüben gegessen hat. Aber es ist möglich, daß er es im kommenden nationalsozialistischen Staat an gewisser Stelle ausreichend nachholen kann.“

²⁵⁶VZ, 14.6.32; HT, 11.6.32; Karlsruher Zeitung, 15.6.32.

²⁵⁷UAH III 5b, 434a, S.15.

und ihn auch durch Denkmäler zu verklären ... Es erscheint mir notwendig, auf die Gefahr hinzuweisen, die entsteht, wenn nicht einmal in geschlossenem Kreis von im Prinzip Zustimmenden eine Aussprache stattfinden darf, während die Feinde unseres Staates ihre Auffassung in aller Öffentlichkeit propagieren dürfen.“²⁵⁸

Die philosophische Fakultät sprach sich in einer Dringlichkeitssitzung am 15.6. für ein neues Disziplinarverfahren aus. Auf diese Sitzung lohnt es sich, etwas genauer einzugehen, zumal sie zu den wenigen gehört, von denen ein ausführliches Protokoll existiert.²⁵⁹

Anwesend waren Hoops, Andreas, v.Salis, Grisebach, Weber, Bessler, Bergsträßer, Glockner, Olschki, Sölch, Panzer, Täubler, Meister, Regenbogen, Güntert, Ranke, Brinkmann und Jaspers. Lediglich Hampe fehlte.

(88) Zu Beginn berichtete der Dekan — der liberale Pädagoge Erich Hoffmann — über eine Vernehmung Gumbels am Vorabend. Er betonte Gumbels „maßlose Gereiztheit“. Anschließend verlas Hoffmann eine Erklärung des abwesenden Hampe, der sich gegen ein neues Disziplinarverfahren aussprach. Dem schloß sich Ranke an, denn es könnte nur zu einer erneuten Reinwaschung führen.

Während in den früheren Jahren Gumbels Kollegen vom Institut für Sozial- und Staatswissenschaften ihn eher wohlwollend behandelt hatten, schossen sich in dieser Sitzung Weber und Bergsträßer als erste auf ihn ein. Besonders bei Weber ist der Sinneswandel im Vergleich zum November 1932 erstaunlich. Vielleicht machte sich hier der Weggang von Emil Lederer bemerkbar.

„Weber: Die Sache könne nicht auf sich beruhen, sondern müsse geklärt werden. Die *Persönlichkeit* müsse beurteilt werden. Stimme die Anschuldigung, dann habe er sich geirrt, Gumbel milde und schonend in letzter Zeit zu behandeln.“

Regenbogen verwies auf den geschlossenen Charakter der Versammlung, die „Nazis seien eingedrungen, um Anstoß zu nehmen“. Auch er wäre für ein Disziplinarverfahren, aber nur wenn gleichzeitig gegen die Nazi-Studenten vorgegangen würde. Das ist ein neuer Gedanke: Die Entfernung Gumbels soll durch gleichzeitige Härte gegen seine Gegner „wiedergutmacht“ (oder lediglich legitimiert?) werden. Wie bei der Hindenburgwahl: gegen Nazis *und* Republikaner. Auf diese Weise könnten auch die Chancen, mit der Entlassung Gumbels beim Minister durchzukommen, steigen.

Regenbogens neue Strategie wurde sofort vom „liberalen“ Flügel aufgegriffen. Der Dekan, Ranke, Jaspers und Panzer schlossen sich an.

Andreas und Bergsträßer vertraten die reaktionärere Richtung und verwiesen darauf, daß die Fakultät gar nicht gegen Studenten vorgehen könnte.

Ein modifizierter Antrag, die Fakultät sollte Disziplinarverfahren gegen die Studenten, die für die Veröffentlichung im „Heidelberger Student“ verantwortlich waren, „anregen“, wurde mit 10:7 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen, die Einleitung eines Verfahrens gegen Gumbel hingegen einstimmig befürwortet und der Fall dem Untersuchungsausschuß übergeben.

(89) Am folgenden Tag stimmte auch der Senat einstimmig für ein neues Verfahren gegen Gumbel, nicht ohne dem Untersuchungsausschuß gleich die Richtung zu weisen, in die seine Arbeit gehen sollte; Das Gesamtverhalten seit 1924 sollte untersucht werden und es wäre „unwürdig und unmöglich, Gumbel noch als Kollegen zu betrachten.“²⁶⁰

²⁵⁸UAH III 5b, 334, S. 11, vollständig zitiert in VG, 15.6.32.

²⁵⁹UAH H-IV-102/155, Blatt 39ff.

²⁶⁰UAH III 5b, 434b, S.209, und B-1266/3, Sitzung vom 16.6. Dem Senat gehörten damals an: Rektor Erdmannsdorfer, Prorektor Meister, die Dekane Odenwald (Theol.), Ulmer (Jur.), Eymmer (Med.) Hoff-

Der Senat hatte sein Urteil längst gefällt, der Untersuchungsausschuß wurde nur der Form halber eingesetzt!

Er bestand aus dem Anglisten Johannes Hoops, Gumbels Institutskollegen, dem außerordentlichen Professor für Nationalökonomie Arnold Bergsträßer und, als Juristen und Vorsitzenden, Gerhard Anschütz.

Anschütz, ein konservativer Republikaner und einer der führenden Kommentatoren der Weimarer Verfassung, war insofern Spezialist, als er sich in den vergangenen Jahren mit der Abwehr Radikaler im öffentlichen Dienst beschäftigt hatte. U.a. hatte er das Land Baden bei der Entlassung eines Nazi-Lehrers vertreten.

Gumbel, dem der Ernst der Lage offensichtlich bewußt war, beantragte einen Rechtsbeistand mit allen Rechten eines Officialverteidigers. Vorher wollte er sich nicht weiter zu materiellen Fragen äußern. Der Untersuchungsausschuß gestand dies „ausnahmsweise“ zu, wenn der Verteidiger Mitglied des Lehrkörpers wäre. Gumbel konnte den Juristen Radbruch gewinnen. Gleichzeitig legte er Beschwerde beim Kultusminister ein, da ihm im Vergleich zu früheren Verfahren, in denen er seinen Anwalt einschalten durfte, seine Rechte beschnitten würden.²⁶¹

Daß die Zeiten sich gewandelt hatten, beweist eine Erklärung, mit der sich Radbruch umgehend von Gumbel distanzierte:

„Ohne mich in der Sache selbst, die zur Verhandlung steht, mit Herrn Gumbel zu identifizieren, glaube ich doch als der fachlich am nächsten zuständige Ordinarius unserer Universität, den Auftrag des Untersuchungsausschusses nicht ablehnen zu sollen.“²⁶²

Neben den eidesstattlichen Erklärungen der drei Nazi-Studenten berücksichtigte der Ausschuß zehn weitere, die alle bestätigten, daß Gumbel ungefähr folgende Aussage gemacht hatte:

„Für mich ist das Denkmal des Kriegs nicht eine leichtbekleidete Jungfrau mit einer Siegespalme in der Hand, sondern die Schrecken und Leiden des Krieges werden viel besser durch eine Kohlrübe verkörpert.“²⁶³

Mir scheint diese Darstellung dem tatsächlichen Ausspruch Gumbels sehr nahe zu kommen, auch wenn Gumbel dies in allen Verteidigungsschriften bestritten hat. (90)

Gumbel wies den Untersuchungsausschuß erneut auf die Symbolik der Kohlrübe hin, außerdem hätte er sich gegen „kitschige“ Kriegerdenkmäler wenden wollen.²⁶⁴ Doerr bemühte sich, durch seine Aussage dem Untersuchungsausschuß Argumentationshilfen zu liefern. Außer ihm und seinen beiden Kameraden wären acht nationalsozialistische „Damen“ auf der Veranstaltung gewesen, sie hätte also sehr wohl öffentlichen Charakter gehabt.

„Ich war abgestoßen über die Unterschriftensammlung für Ossietzky [die Gumbel zu Beginn der Veranstaltung hatte herumgehen lassen], da er eben wegen Landesverrats verurteilt worden war.“

mann (Phil.), Freudenberg (Nat.-math.), sowie die gewählten Senatoren Anschütz, Andreas, Engelhardt und Bergsträßer.

²⁶¹UAH III 5b, 334, S.59ff. In den früheren Untersuchungsverfahren trat nach den Unterlagen des UAH nur im zweiten (1926) Gumbels Anwalt Bauer-Mengelberg auf. Da für jede Sitzung der Untersuchungsausschüsse die Namen aller Anwesenden angeführt werden, glaube ich nicht, daß an den anderen Verfahren ein Anwalt teilgenommen hat.

²⁶²ebenda, S.77.

²⁶³ebenda, S.95.

²⁶⁴UAH III 5b, 334, S.79ff.

„Selbst sozialdemokratische Besucher hielten den Vortrag für nicht wissenschaftlich und oberflächlich. Die Disposition war unklar, der Ton schnoddrig.“²⁶⁵

Der Dekan der philosophischen Fakultät erklärte, diese wäre befremdet über Gumbels Undankbarkeit, da sie ihn in den letzten Jahren bis zum Äußersten gegen die Studenten geschützt hätte. Der Untersuchungsausschuß sollte das Gesamtverhalten seit 1924 berücksichtigen. Gumbels notorisch schlechtes Gedächtnis wäre damit zu erklären, daß er seine Worte unbedacht sagen und darum die Formulierung nicht behalten würde.²⁶⁶ Dem Vorwurf der Undankbarkeit hielt Gumbel entgegen, er hätte sich in den letzten Jahren — „von Prof. Radbruch ständig gemahnt“ — zurückgehalten. Daran fühlte er sich aber nicht gebunden, wenn er innerhalb der Partei spräche.²⁶⁷

Der Gymnasialprofessor Moritz Morgenthal, Vorsitzender der heidelberger DFG, wandte sich schriftlich an den Untersuchungsausschuß. Er kannte Karl Doerr aus dessen Schulzeit, noch vor dem Beginn seiner politischen Tätigkeit.

Der wäre „ein pathologischer Lügner, über dessen intrigantes und kriecherisches Wesen übrigens auch mehrere andere Lehrer und Klassenkameraden von ihm sich wiederholt sowohl damals wie jetzt sehr abfällig geäußert haben.“²⁶⁸

(91)

Anschütz sah daraufhin die Glaubwürdigkeit Doerrs als Zeuge als erschüttert an, obwohl Prof. Kallius sich erneut für ihn einsetzte („anständig, aber ein bißchen fanatisch“).

Auf der Sitzung des Untersuchungsausschusses am 30.6.32 legte Bergsträßer einen zusammenfassenden Bericht vor: Die Versammlung am 27.5. sei nicht eindeutig intern gewesen. Die inkriminierte Äußerung sei die zugespitzte Formulierung einer Hauptidee des Redners. Das Wort „Kriegerdenkmal“ sei wahrscheinlich gefallen, die anschließenden Worte „des deutschen Soldaten“ könnten Gumbel nicht nachgewiesen werden. Was die Glaubwürdigkeit Doerrs angehe, so sei seine Aussage durch andere Zeugen bestätigt worden. Weiter wirft er Gumbel sein schlechtes Gedächtnis vor und fragt, ob er überhaupt imstande sei, für seine Äußerungen eine wirkliche Verantwortlichkeit als akademischer Lehrer zu übernehmen.²⁶⁹

An diesen Bericht schloß sich Radbruchs Plädoyer an: Der von den Nationalsozialisten kolportierte Wortlaut sei nicht bewiesen. Klar sei, daß einerseits von Kriegerdenkmälern und leichtbekleideten Jungfrauen, andererseits von der Kohlrübe und in Zusammenhang damit von Denkmälern des Krieges die Rede war. Die Beziehung der beiden Äußerungen zueinander lasse sich nicht mehr rekonstruieren. Ihre Bewertung hänge von der politischen Weltanschauung ab.

Der wahre Grund für den Kampf gegen Gumbel seien seine Schriften über die Feme und die Schwarze Reichswehr. Aus seiner Erfahrung als Reichsjustizminister könne er bestätigen, daß Gumbel exakt und wissenschaftlich arbeite.

„Ohne Rücksicht auf die politische Stellungnahme muß man aber den Idealismus, den moralischen und physischen Mut und die Überzeugungstreue Gumbels anerkennen ... [Ich bin] vielleicht der einzige, dem sich [Gumbel] mehr erschlossen hat:

²⁶⁵ebenda, S.87ff.

²⁶⁶ebenda, S.109, Gumbels Kollegen hatten dann ein sehr schlechtes Gedächtnis, als es nach 1945 darum gegangen wäre, die nationalsozialistische Machtergreifung an der heidelberger Universität aufzuarbeiten. Ebenso in ihren Autobiografien!

²⁶⁷ebenda, S.111.

²⁶⁸ebenda, S.125. Morgenthal mußte sich später im Rahmen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vor allem wegen seiner und seiner Frau Kontakte zu Gumbel vor der GeStaPo rechtfertigen und verlor seine Stelle, (s. Akten des M.Morgenthal). Weitere Details zum Gang der Untersuchung s. Doerrs sehr ausführliche, aber auch tendenziöse Darstellung in der 11.-13. Forts.

²⁶⁹UAH III 3b, 334, S.191ff.

Er hat die Leidenschaft aller Intellektualisten, den Gerechtigkeitsfanatismus, der freilich bisweilen seiner intellektualistischen Fundierung wegen in leerlaufende Rechthaberei ausartet, aber auch von jenem Mute getragen wird, von dem ich bereits sprach. Dieser Mut ist allerdings begleitet von der Furcht, nicht mutig zu erscheinen. Aus dieser Furcht erklärt es sich, daß Gumbel sich gern herausstellt, erklärt es sich insbesondere, daß er die Nationalsozialisten aus dieser Versammlung nicht herauswies, sondern ihnen die Stirn bieten wollte. Sein Intellektualismus aber, diese Hypertrophie des Verstandes, bedeutet auf der anderen Seite Instinktlosigkeit. Instinktlosigkeit für die Stellung der Menschen zu ihm: Er schwankt zwischen völliger Arglosigkeit, die jede freundliche Haltung sofort mit übertriebenem Optimismus ausdeutet, und Mißtrauen, jedes von beiden am falschen Platz. Instinktlosigkeit für Situationen, für die Atmosphäre, für Imponderabilien — das ist es, was man bei ihm oft Taktlosigkeit genannt hat. Aber auch sein vorher erwähntes schlechtes Gedächtnis ist Folge seines Intellektualismus, der nur das Gedankliche, nicht das Anschauliche aufnimmt.

Aber Gumbel ist durch mancherlei Erlebnisse zum Bewußtsein seiner Grenzen gekommen und rührend bereit, den Rat anderer anzunehmen und zu befolgen. Es ist nicht richtig, daß er in den letzten Jahren ‚immer wieder‘ hervorgetreten sei, er hat sich, zumal an seinem Temperamente gemessen, auf das Löblichste zurückgehalten und hätte auch in jener verhängnisvollen Versammlung wohl nicht gesprochen, hätte er sie nicht als rein intern ansehen müssen.

Noch eines Zuges muß bei Gumbel gedacht werden: daß er infolge seiner Männlichkeit, die sich der Gefühlsäußerung schämt, oft am falschen Platz in Ironie, in jene Schnoddrigkeit verfällt, von der auch in dieser Verhandlung wiederholt die Rede war ...

Ich glaube nicht, daß uns die Entfernung Gumbels die Ruhe zurückgeben würde ... Wenn Gumbel nicht mehr da ist, wird man sich einen anderen Gumbel suchen, weil man ihn braucht ... Herr Gumbel will zwar dieses Verfahren durchgeführt wissen, aber er ist entschlossen, sofort nach der Entscheidung einen Urlaub nachzusuchen, mit der Absicht, sich eine andere Position zu schaffen, möglicherweise im Auslande.“ Für seine berufliche Zukunft und rechtlich sei es geboten, Gumbel in Ehren gehen zu lassen.²⁷⁰

Auch Gumbels Schlußwort will ich ausführlicher zitieren, vor allem da er hier, anders als in seinen Büchern, über sich selbst und seine Gefühle redete:

„Ich kenne die Bedeutung jedes Wortes, das ich hier spreche. Es handelt sich für mich um die Möglichkeit zur Fortarbeit in einer Richtung, die ich seit 20 Jahren verfolge, es handelt sich um psychische und reale Dinge.

1. Zunächst will ich von meiner Persönlichkeit sprechen: Mir wird Mangel an Liebe für diese Erde, Mangel an Gefühl für dieses Land vorgeworfen. Demgegenüber will ich von Dingen sprechen, die ich noch nie erwähnt habe. Vielleicht habe ich doch dieses Bewußtsein der Zugehörigkeit zu dieser Erde. Denn ich stamme von hier.“

Gumbel führt dann — makabrer Vorgeschmack — einen Ahnennachweis. Um 1700 sei erstmals ein Jude Gumbel in Stein bei Wimpfen erwähnt, um 1800 hätten Verwandte von ihm in Heidelberg gewohnt. 1848 habe sein Großvater bei der „verfassungstreuen“ Armee gekämpft. In weiblicher Linie seien seine Vorfahren bis 1680 in der heidelberger Gegend nachweisbar.

²⁷⁰UAH III 5b, 334, S.199ff.

(93) (Die Naivität, die aus dem Versuch spricht, Zweifel an seiner Verbundenheit mit Land und Universität in dieser politischen Situation, vor diesem Gremium zerstreuen zu wollen, überrascht mich. Gumbel hätte doch eigentlich wissen müssen, daß er wegen seiner politischen Schriften verfolgt wurde ... Aber vielleicht ist das eine Sichtweise, die zu sehr heutigem Bewußtsein entspringt.)

Weiter Gumbels Schlußwort:

„Ich habe Gefallene niemals schmähen wollen, fielen doch von meiner Familie selbst ein Bruder, ein Vetter u.a. Ich habe die Fähigkeit und den Willen, zu meiner Überzeugung zu stehen. Ich habe riskante Dinge in meinen Büchern geschrieben, aber immerhin habe ich Recht gehabt ...

3. Zur Frage meines Zugehörigkeitsgefühls zur Universität. Diese Verhandlung hier ist die längste persönliche Beziehung, die ich bisher zu maßgebenden Persönlichkeiten der Universität haben durfte. Die Mehrzahl der Dozenten grüßt mich nicht und zeigt mir Mißachtung. Auch meine Frau leidet darunter. Bei Einladungen werde ich gleichzeitig ausgeladen. Ich werde als ‚außenstehend‘ betrachtet. Es waren wohl Fälle da, in denen ich gestützt wurde, doch war das nur gering, und mit jeder Stütze ließ man mich gleich wieder fallen. Ich habe jeden solchen Schutz dankbar empfunden. Aber es war nie konsequent, so daß in den nationalsozialistischen Studenten der Glaube entstehen konnte, die Universität stehe hinter ihnen ... Letzten Freitag war eine Versammlung, in der zwei Studenten öffentlich zu meiner Ermordung aufgerufen haben. Ich zweifle nicht daran, daß gegen diese Studenten ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden wird. Aber daß die Versammlung von Studenten durchgeführt wurde, und in der Öffentlichkeit nichts von einem Disziplinarverfahren wegen der Morddrohung bekannt wird, Vorgänge dieser Art stellen meine Zugehörigkeit zur Universität in Frage, obgleich ich mich ihr zugehörig fühle ...

Ich will in wissenschaftlicher Richtung meine Schüler beeinflussen. Ich liebe die Universität um dieser Möglichkeit willen, um zu arbeiten, um die Wissenschaft zu fördern, weil ich in ihr für mich und die Wissenschaft gewisse Hoffnungen habe ... Heute, wo meine politische Richtung keine Chancen hat, wo die ganze Zeit gegen diese, gegen mich ist, habe ich mir äußerste Zurückhaltung auferlegt. Ich lehnte Vorträge und Arbeiten, die mir übertragen wurden, ab, warf schon Geschriebenes in den Papierkorb ... Ich bitte sie, mir die Chance, wissenschaftlich zu arbeiten, zu erhalten.“²⁷¹

Entsprechend der Devise ihres Führers Doerr hatten die Nazi-Studenten darauf geachtet, gegen Gumbel nur „legal“ vorzugehen und nichts zu tun, was ihnen als Einmischung in das schwebende Verfahren ausgelegt werden konnte. Sie hatten allerdings auch allen Grund zuversichtlich zu sein. Vom Senat wurden die Führer der D.St.H. regelmäßig über den Stand der Dinge informiert und gleichfalls ausdrücklich aufgefordert, sich zurückzuhalten.

(94) Die Machtverhältnisse innerhalb der Universität verdeutlicht folgende Passage aus einem Brief, den die D.St.H. zu der Sitzung, in der über die Einleitung eines Verfahrens gegen Gumbel entschieden werden sollte, an den Senat richtete.

„Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln haben wir die Erregung, die bis zum Siedepunkt gestiegen ist, eingedämmt, um öffentliche Aktionen gegen Herrn Gumbel zu vermeiden, da wir den festen Glauben haben, daß Ew. Magnifizenz und der Engere Senat heute den Wünschen der Studentenschaft und darüberhinaus dem Verlangen der deutschen Frontsoldaten und des deutschen Volkes gerecht werden. Mit studentischem Gruß!“²⁷²

²⁷¹UAH III 5b, 334, S.229ff.

²⁷²UAH III 5b, 434a, S.19ff.

In Nr.4 des „Heidelberger Student“ findet sich eine Karikatur Gumbels auf der Titelseite, unter der Überschrift „In der Entwaffnungsfrage hätte die Entente schärfer vorgehen dürfen!“ werden aber lediglich einige Stellen aus dem acht Jahre alten „Vier Jahre politischer Mord“ über den Versailler Vertrag zitiert. Einige Seiten weiter die bekannten Zitate aus dem Beschluß der philosophischen Fakultät von 1925.

Für den 24.6. riefen D.St.H. und NSDStB zu einer „Protestkundgebung gegen Gumbel“ auf:

„Deutsche Bevölkerung Heidelbergs, Kommilitonen, Kommilitoninnen, kämpft mit uns für die Entfernung dieses Vertreters übelsten Kulturbolschewismus und erhebt euren Protest gegen Gumbel, den Schänder deutscher Ehre!“

1930 schlossen sich die Nazis noch mit möglichst vielen nationalen Gruppen zum „Aktionausschuß der nationalen Studentenschaft“ zusammen, auf dem Aufruf von 1932 stand nicht einmal mehr die G.St.G. Im Vorfeld der Reichstagswahl vom 31.7. und im „Jahr des Endkampfes um die Macht“ (Naziparole für 1932) konnten und wollten die Nazis den Kampf gegen Gumbel allein führen.

Zu der Kundgebung kamen ca. 3500 Menschen in die Stadthalle. (Heidelberg hatte damals ca. 3700 Studenten!) Die studentischen Redner hielten sich mit Angriffen gegen Gumbel zurück.²⁷³ Dafür würde MdR. Rupp (NSDAP) deutlich:

„Mit diesen Leuten wie Gumbel werden wir ein für alle Mal Schluß machen. Sorgen Sie dafür, daß am 31.7. der Grundstein gelegt wird für den deutschen Staat, in dem Gumbel und Konsorten unmöglich sind. Geschieht das, kann Gumbel am 1. oder 2.8. beerdigt werden. Auf das Grab wird man nicht drei Lilien pflanzen, sondern drei Kohlrüben.“²⁷⁴

Die Versammlung verabschiedete ein Protestschreiben an den Reichspräsidenten, den Reichsinnenminister und den badischen Kultusminister. So etwas gehörte fest zum Ablauf einer NS-Versammlung, ebenso wie das abschließende Deutschlandlied — „stehend und entblößten Hauptes“²⁷⁵ versteht sich!

(95)

Die Hetze gegen Gumbel beinhaltete auch immer wieder den Vorwurf, er sei ein Bohémien, z.B. er wäre „mit einer brillanten-geschmückten Dame“ nach Stuttgart ins „Weekend“ gefahren.²⁷⁶ Eine andere Variante, ihn zu diffamieren, ist die Veröffentlichung eines Fotos auf der Neckarwiese mit der Bildunterschrift:

„So sieht er aus! ... Dr. Kohlrübis Emil I.(Isidor?) Gumbel ... Sein böser Blick gilt unserem SA-Mann, der ihn knipste. Sonst aber die lebendige Verkörperung des Pazifismus.“²⁷⁷

In den drei folgenden Ausgaben des „Heidelberger Student“ steht nichts zu Gumbel, andere Themen wie das Verbot einer Versailles-Kundgebung der D.St.H. und das Verbot, den „Heidelberger Student“ in der Universität auszulegen, dominierten.

Nr.7 vom 29.7.32 richtete sich gegen die Disziplinarverfahren gegen fünf führenden Nazi-Studenten im Zusammenhang mit dem neuen Fall Gumbel.

„Jeder deutsche Akademiker muß erstaunt sein, daß die Heidelberger Universitätsbehörde von ihren Studenten Gumbel gegenüber die gleiche Achtung

²⁷³HT, 25.6.32, S.5; HD Stud., Nr. 5, SS 1932, S.37.

²⁷⁴VZ, 25.6.32, s.a. Wb, Bd. 28.2, S. 73

²⁷⁵Burschensch. Bl., 1932, S. 263

²⁷⁶VG, 25.6.32, s.a. VG, 28.6.32.

²⁷⁷VG, 23.6.32; nachgedruckt in „Die Bewegung“, Nr.5(1936), S.1 und wohl 1932 auch in Heidelberg als Postkarte verkauft.

wie gegenüber anderen Dozenten verlangt und dem Eintreten der angeschuldigten Kommilitonen für deutsche Ehre anscheinend kaum Verständnis entgegenbringt ... Der Vorstand der D.St.H. wird wohl nicht mehr in der Lage sein, für die Folgen der Maßnahmen von Seiten der Universität innerhalb der Studentenschaft die Verantwortung zu übernehmen.“

Obwohl die Unruhe an der Universität weit hinter dem letzten Fall Gumbel zurückblieb, ging die Universität mit den Führern des NSDStB scheinbar nicht zimperlich um. Die korporierten Führer der D.St.H., insbesondere der Jurist Scherberger, wurden von der Verfolgung ausgenommen.

Doch weder der Disziplinarausschuß noch eine Sonderkommission des Senats, die eigens für diese Verfahren gebildet worden war, wollte mit Härte gegen die fünf Nazis vorgehen. Am 2.8. — sicher unter dem Eindruck des erneuten überwältigenden NS-Wahlsieges — wurden Sturm und Himmel freigesprochen, Scheel und Bayer erhielten einen Verweis, lediglich Mädler, ein kleines Licht, mit dessen Name irrtümlich ein Anti-Gumbel-Pamphlet unterzeichnet worden war, wurde mit „Androhung der Ausschließung“ bestraft. Für Jaspers, der an diesen Disziplinarverfahren beteiligt war, war ihr Ausgang das Ende des „lebendigen Geistes“:

(96)

„Wieder allein brach ich in Tränen aus, was mir sonst nur nach der Abstimmung im Falle Gumbel (1925, C.J.), als ich heimkehrte, geschehen war.“²⁷⁸

Die Regenbogen'sche Strategie, gegen Gumbel und die Naziführer gleichermaßen vorzugehen, war damit endgültig gescheitert. Schon bei der Abstimmung in der philosophischen Fakultät (am 15.6.32) hatte sich angedeutet, daß viele Professoren nur die eine Hälfte dieser „Gerechtigkeit“ mitzumachen bereit waren. Diese Professoren hatten in Senat und Disziplinarausschuß offensichtlich die Mehrheit.

Am 2.7.32 legte der Untersuchungsausschuß der philosophischen Fakultät seinen Bericht vor. Er dürfte wiederum von Gumbels Institutskollegen Bergsträßer verfaßt worden sein:

„Prof. Gumbel hat am 27.5.32 in einer von sozialistischen Studenten veranstalteten Versammlung, nachdem ihm bekannt war, daß politische Gegner anwesend waren, im Zusammenhang einer Darstellung der Not und der Schrecken des Krieges sich dahingehend geäußert, das abgemessene Kriegerdenkmal sei nicht eine leichtbekleidete Jungfrau mit einer Siegespalme sondern ein Stein mit einer Kohlrübe.

Wenn auch der Sinn dieser Äußerung von der Mehrzahl der Anwesenden so aufgefaßt worden ist, wie die spätere Interpretation von Prof. Gumbel ihn darstellt, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Äußerung ihrem Ton und Wortlaut nach geeignet war, die gebotene Ehrfurcht vor den Gefallenen des Weltkrieges zu verletzen und das nationale Empfinden auf das tiefste zu kränken ...

Gumbel hat erneut bewiesen, daß er nicht imstande ist, eine Verletzung von heilig zu haltenden Empfindungen zu vermeiden. ... Die Zusammenstellung eines Kriegerdenkmals mit einer Kohlrübe ist an sich etwas Herabziehendes, die Darstellung des Kriegerdenkmals als leichtbekleidete Jungfrau mit der Siegespalme umso mehr eine Verächtlichmachung, als Kriegerdenkmäler dieser Art nach dem Weltkrieg nicht entstanden sind ... Wenn sich der Ausschuß dafür ausspricht, die Entziehung der *venia legendi* durch den Herrn Minister des Kultus und Unterrichts zu beantragen, so richtet er sich damit weder gegen die politische Tätigkeit des Angeschuldigten als solche, noch gegen die ethische

²⁷⁸Jaspers, Erinnerungen, S.9f.; s.a. Doerr, 14.Forts.

Grundüberzeugung seiner politischen Weltanschauung, sondern ist der Meinung, daß Herr Prof. Gumbel seine Anschauung in einer mit den Pflichten seiner akademischen Stellung nicht verträglichen rücksichtslosen und demagogischen Weise vertritt und keine hinreichende Selbstkontrolle besitzt . . .

Solange die Universität neben ihren wissenschaftlichen Aufgaben noch erzieherische Forderungen an sich stellt, ist die Fortsetzung der Tätigkeit von Herrn Prof. Gumbel als Dozent nicht zu verantworten.“²⁷⁹

Die neuerliche Äußerung wäre als Wiederholungsfall besonders schwerwiegend, die Charakterisierung im Beschluß von 1925 hätte sich bestätigt. Damals hätte die Fakultät die *venia* nicht entzogen, um den Anschein einer Entscheidung aus politischen Gründen zu vermeiden. Jetzt wäre klar, daß Gumbels Persönlichkeit nicht mehr wandelbar sei. (97)

In der anschließenden Diskussion gestand Hoops, „er habe im Verlauf der Verhandlung dem Angeschuldigten ein Gefühl von Sympathie nicht versagen können“²⁸⁰. Anschütz, der als Sachverständiger auch an der Fakultätssitzung teilnahm, führte aus,

„nur eine und zugleich härteste Strafe sei vorgesehen. Er wisse nicht, wie das Urteil ausgefallen wäre, wenn es eine mildere Strafe gäbe. Es habe ein Schwanken bis gestern gegeben. Gumbel habe sich in manchem herausgepaukt . . . Das Verhalten seiner politischen Gegner habe die Entscheidung schwer gemacht . . . Der Fall Kohlrübe würde nicht ausreichen; aber im Zusammenhang. Das frühere Urteil war Freispruch auf Bewährung. Jetzt sei das Maß übergelaufen.“²⁸¹ (Nachdem Gumbel sich sieben Jahre bewährt hatte . . .)

Gumbels Fürsprecher von 1924/25, Karl Jaspers, war inzwischen auch zu einem Gegner geworden²⁸². Das Gutachten wäre unantastbar. „Es soll betont werden, die Fakultät hat acht Jahre Geduld gehabt.“

Der Dekan betonte am Ende der Diskussion noch einmal, „sämtliche Herren des Ausschusses haben den Grad von Mitleid oder Achtung erlangt, den der Dekan selbst beim ersten Verhör erlangt hat.“ Auch er war für die Entziehung der Lehrberechtigung, da sich Gumbel des Vertrauens als akademischer Lehrer nicht würdig erwiesen hatte.

Ich kann mir diese Mischung aus Sympathie und Mitleid für Gumbel bei gleichzeitiger Härte gegen ihn nur damit erklären, daß die weniger reaktionären Mitglieder der Fakultät sehr wohl spürten, daß die Entfernung Gumbels allen Gepflogenheiten widersprach, sie sie aber dennoch für notwendig und wenn man gleichzeitig gegen die Nazis vorginge, auch für gerechtfertigt hielten, und letztlich hatten sie einfach Angst, ebenfalls Opfer des Nazi-Terrors zu werden.

Unklar ist mir, wieso niemand auf Gumbels Angebot einging, sich auch bei für ihn positivem Ausgang des Verfahrens eine andere Stelle zu suchen. Lediglich Anschütz erwähnte es in der Sitzung, wies es aber gleich als „versuchte Beeinflussung“²⁸³ zurück. (98)

Der Dekan hoffte in seiner abschließenden Rede immer noch auf das Gelingen der Regenbogen'schen Strategie:

„Eine furchtbare Lage [entstünde], wenn der Untersuchungsausschuß gegen die Studenten versage. Er behalte sich für den Fall jede Separation vor. Notfalls Rekurs an Öffentlichkeit.“²⁸⁴

²⁷⁹UAH III 5b, 434a, S.145 ff, insbesondere S. 148-153.

²⁸⁰UAH H-IV-102/155, Bl.44V.(Protokollant war Regenbogen.)

²⁸¹ebenda, 45V.

²⁸²ebenda, 44R. Das relativiert die Glaubwürdigkeit seiner pathetischen Erinnerung, an den 2.8.(s. S. 70 [96]). Andererseits muß man Jaspers zugute halten, das er am 2.7. noch nicht wissen konnte, daß am 2.8. seine Kollegen die „andere Hälfte der Gerechtigkeit“ (S. 70 [96]) nicht mitmachen würden.

²⁸³ebenda.

²⁸⁴Zusammenfassung des Dekans: UAH H-IV-102/155, Bl.45V und R

Einstimmig trat die Fakultät daraufhin dem Bericht des Untersuchungsausschusses aber auch ausdrücklich der abschließenden Rede des Dekans bei.²⁸⁵ Nachdem einen Monat später „der Untersuchungsausschuß gegen die Studenten versagte“, kann der angekündigte Protest der Fakultät nicht sehr laut gewesen sein. Er schlug sich weder in den Akten des Universitätsarchivs noch in der Tagespresse nieder. (Aber nach dem Nazi-Wahlsieg vom 31.7. war die Angst der „liberalen“ Professoren sicher noch einmal erheblich gewachsen.)

In dem Bericht, den der Dekan am 4.7.32 im Senat vorlegte, und dem dieser einstimmig beitrug, wurde Gumbel als „Ruhestörer und Friedensbrecher des akademischen Gemeinschaftslebens“ bezeichnet²⁸⁶. Hoffmann hatte in die Begründung — auf Anregung von Anschütz — noch einen weiteren Aspekt hineingebracht:

„Die Beamtenqualität beschränkt in gewisser Beziehung notwendig das Recht der unbeschränkten Freiheit der Meinungsäußerung. Da Privatdozenten beanspruchen müssen, in vollem Sinne als akademische Lehrer zu gelten wie jeder beamtete Professor, so werden sie als Quasi-Beamte gelten.“²⁸⁷

Die Entscheidung lag jetzt bei Kultusminister Baumgartner. Das Verfahren zog sich noch einen Monat hin, weil er u.a. noch einmal die wichtigsten Zeugen unter Eid vernehmen ließ. In dieser Zeit stießen die D.St.H. und viele Dozenten immer wieder durch Anfragen, besorgte Briefe und Erklärungen nach. Sie wollten unter allen Umständen vermeiden, daß dem Fall durch Verzögerung wie 1924/25 seine Aktualität genommen wurde.

(99) Auch Gumbels Sympathisanten versuchten, das Blatt noch zu wenden. An der Universität fand eine Unterschriftensammlung statt, mit der die Einstellung des Verfahrens gegen Gumbel und energische Maßnahmen „gegen die verantwortlichen Hetzer“ gefordert wurden. Die Unterwerfung unter die Methoden der Nazis wäre das Ende der Lehrfreiheit und der freien Meinungsäußerung.²⁸⁸ Über die Resonanz auf diese Initiative erfährt man nichts, wahrscheinlich war sie nicht groß.

Gumbel selbst scheint seine politische Zurückhaltung angesichts der Aussichtslosigkeit solchen Bemühens wieder aufgegeben zu haben. Er unterzeichnete zusammen mit Einstein, Kurt Großmann, Hiller, Anna Siemsen, Heinrich Mann, Toller u.a. einen Aufruf, der das Zusammengehen von SPD und KPD bei der Reichstagswahl vom 31.7. forderte.²⁸⁹

Im Juli 1932 wurde Willy Andreas (DNVP-Mitglied) zum letzten Rektor der heidelberger Universität vor der Einführung des Führerprinzips gewählt. Er erhielt im Großen Senat die überwältigende Mehrheit von 49 Stimmen gegen vier Stimmen für Anschütz und eine für Weber.²⁹⁰ Er wollte sein Amt unbelastet vom Fall Gumbel antreten. So nutzte er in einer Antwort auf Glückwünsche zu seiner Wahl die Gelegenheit, die entscheidenden Instanzen ein wenig zu beeinflussen: An den Ministerialdirektor im Kultusministerium Huber schrieb er:

„(Ich) darf Ihnen ruhig sagen, daß mir die Tatsache, daß ein einziger Mensch in verantwortungslosester Weise immer wieder unser Ansehen gefährden darf und weithin in der Wirkung in Deutschland auch untergraben hat, mir die Freude an meinem sonst so herrlichen Wirkungskreis oft auf das bitterste vergällt

²⁸⁵ebenda, 45R. Anwesend waren die Professoren Hoffmann (Philosophie und Pädagogik), Jaspers (Philosophie), Weber (Nationalök.), Regenbogen (klass. Philol.), Glockner (Philos.), Grisebach (Kunstgesch.), Sölch (Geogr.), Ranke (Ägyptol.), Bergsträßer (Nationalök.), Meister (klass. Philol.), Andreas (ma. Geschichte), Güntert (vgl. Sprachwiss.), Bessler (Musikwiss.), Hoops (Anglistik), v.Salis (Archäol.), Brinkmann (Nationalök.), Olschki (Romanistik). Es fehlten Hampe, Täubler und Panzer.

²⁸⁶UAH B-1266/3. Anwesend waren alle Senatoren (s. Anm. 260).

²⁸⁷UAH III 5b, 434b, S.191.

²⁸⁸VZ, 9.7.32.

²⁸⁹VG, 27.6.32.

²⁹⁰Carmon, S.159.

hat, und so geht es vielen meiner Kollegen, die wie ich unabhängig von allen Parteistimmen, unbeeinflusst von studentischen Demonstrationen und außerakademischen Einwirkungsversuchen ihren Weg gehen. Gerade weil wir jedem weltanschaulichen und politischen Bekenntnis, auch dem Pazifismus sein Recht lassen, und keinerlei Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung wünschen an deutschen Hochschulen, empfinden wir es auf die Dauer als untragbar, daß Herr Gumbel in aufreizender, wahrhaft pietätsverletzender Weise und in so würdeloser Form heilige Empfindungen weitester Volksweise kränkt. Ich selbst habe zeitweise, so auch unter meinem Dekanat, innerlich so schwer an dieser fortwährenden Bedrohung unseres Universitätsfriedens und den daraus erwachsenden, durchaus unerwünschten und vermeidbaren Spannungen mit dem Ministerium gelitten, daß ich mich eine Zeitlang ernstlich mit dem Gedanken getragen habe, in Hinblick darauf um eine Entlassung aus dem badischen Staatsdienst einzukommen. Ich glaubte aber dann, einen derartigen Schritt mit meinen Pflichten der Dankbarkeit, die ich sowohl dem Ministerium wie auch der Universität gegenüber habe, und mit meiner Anhänglichkeit an die Heimat nicht vereinbaren zu können.“²⁹¹

Eine elende Heuchelei! Zumindest sein Leiden unter dem Fall Gumbel während seines Dekanats 1927/28 ist ziemlich ungläubwürdig, da es in dieser Zeit völlig ruhig um ihn war. (100)

In seinem Antwortschreiben pflichtete Huber Andreas völlig bei, verwies allerdings auf die Schwierigkeit der Entscheidung, da „Herr G. offenbar doch viel Hilfe (hat), wenn sie, wie ich glaube, auch weniger seinetwegen geleistet wird, als aus Sorge um die Lehrfreiheit.“²⁹² Andreas bat daraufhin, seinen Brief an den Minister weiterzuleiten.²⁹³

XIII. Entziehung der *venia*

Die Entziehung der *venia* durch das Kultusministerium erfolgte am 5.8.32, wenige Tage nach der Reichstagswahl. Es liegt nahe, daß man die Wahlkampfstimmung durch eine frühere Entscheidung nicht weiter aufheizen wollte. Inwieweit die Entscheidung bei einem anderen Wahlergebnis anders hätte ausfallen können, inwieweit diese Entscheidung im Rahmen der Annäherung des Zentrums an die Nationalsozialisten (mit Blick auf den 1933 neuwählenden Landtag) zu sehen ist, läßt sich nur vermuten.

Das Ministerium schloß sich den Universitätsgremien inhaltlich an:

„Was zum Einschreiten Anlaß bot, war nicht der Inhalt, sondern die Form der Äußerung [gerade die ließ sich im Nachhinein am allerwenigsten klären!] . . . sarkastische Gegenüberstellung, die verletzend auf diejenigen wirken muß, die in ihrer Vorstellungs- und Gefühlswelt das Gedenken an den Krieg nicht loslösen können und wollen von dem Gedenken an die heldenhaften Leistungen der deutschen Wehrmacht und an die zahlreichen Kämpfer, die ihre Treue gegenüber dem Vaterland mit dem Tod besiegelt haben. Heldentum und Opfertod im Kriege bilden für das vaterländische Empfinden einen geheiligten Bezirk, dem sich niemand und vor allem nicht derjenige, der an verantwortungsvoller Stelle zur deutschen Jugend spricht, ohne ehrfurchtsvollen Ernst nähern soll.“²⁹⁴

Anerkannt wurde auch vom Minister Gumbels wissenschaftliche Qualifikation und seine „Überzeugungstreue“. Sie könnten aber die belastenden Momente nicht aufwiegen, in erster

²⁹¹UAH III 5b, 434b, S.225ff.

²⁹²UAH III 5b, 434b, S.223.

²⁹³ebenda, S.221.

²⁹⁴ebenda, S. 240ff.

(101) Linie die „in der Persönlichkeit des Angeschuldigten wurzelnde weitreichende Verständnislosigkeit gegenüber andersgearteten Anschauungen und Interessen“, die sich auch in der Unterschriftensammlung für „den Landesverräter Ossietzky“ äußerte.²⁹⁵ Es fällt mir schwer, einen Unterschied zu finden zwischen den Formulierungen des Republikaners Baumgartner, Kultusminister einer Koalitionsregierung mit SPD-Beteiligung, und denen der reaktionären heidelberger Professoren. Wahrlich eine Republik ohne Republikaner!

Gumbel hatte auch dem Ministerium eine Verteidigungsschrift^{295a} eingereicht; in der es u.a. hieß:

„Ich habe keine heilig zu haltenden Gefühle verletzt. Ich habe zu ehren die gemeinsame Scholle, die Würde der Arbeit, die Not der Mütter, das Leiden der Armen und das Andenken der Toten. Gegen keine dieser Pflichten habe ich verstoßen. Der Krieg ist kein wesentliches Gut der Nation, sondern ein Unglück. Es gibt daher keine Pflicht, ihn heilig zu halten . . . In einem Lande, das entsprechend dem Kellogg-Pakt den Krieg geächtet hat, besteht für niemanden und gewiß nicht für einen Lehrer, dessen Unterricht nach der Reichsverfassung im Geiste der Völkerversöhnung zu geschehen hat, eine Verpflichtung, dem Krieg anders als mit Grauen gegenüberzustehen.“²⁹⁶

Außerdem hatte Gumbel in dieser Schrift versucht, die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen zu erschüttern. In der Entziehung der *venia legendi* heißt es dazu lapidar: „Um der Verteidigungsschrift Rechnung zu tragen, wurden die wichtigsten Zeugen vereidigt.“²⁹⁷ Genausowenig wie die Universitätsgremien ging das Ministerium auf Gumbels inhaltliche Argumentation ein!

Das Ministerium veröffentlichte die Entscheidung nicht, auch die Universität nahm sie zunächst nur zur Kenntnis. Wegen des ständigen Bohrens der Nationalsozialisten führte Kallius am 22.8. im Auftrag des Senats ein Telefongespräch mit dem Ministerium, um die Zustimmung zur Veröffentlichung zu bekommen. Rektor Erdmannsdörfer war der Ansicht, dies müßte geschehen, „um Legendenbildung und falsche Darstellungen auf ein Minimum zu reduzieren“²⁹⁸ Am 23.8. erschien der erste Artikel im „Tageblatt“.

An dessen Kommentar läßt sich auch ablesen, wie sehr sich das politische Klima verändert hatte.

(102) „Ein jahrelanger höchst unerfreulicher Streit [hat] sein Ende gefunden, der die Atmosphäre an der Universität Heidelberg immer mehr zu vergiften drohte. Der erste Streit um Gumbel war wegen einer Äußerung entstanden, die er vor einigen Jahren in einer Versammlung der Kriegsbeschädigten[!] getan hat. Er hatte erklärt, die Opfer des Krieges seien auf dem ‚Felde der Unehre‘ gefallen[!]. Später interpretierte er diesen Satz damit, daß er mit dem Felde der Unehre nicht den Gefallenen, die er bedauere, einen Schimpf habe antun wollen, sondern er habe diejenigen gemeint, die hinter den Kulissen der Diplomatie die Verursacher des großen Völkermordens gewesen seien[!]. In politischen Kreisen[!] wurde trotz dieser Erklärung der Satz Anlaß zu einer Bewegung mit dem Ziele, Gumbel von der Hochschule zu verdrängen . . . Vor einigen Monaten hatte Gumbel, obwohl er durch den ersten Fall genug hätte gewitzigt sein müssen, . . . die deutschen Kriegerdenkmäler mit Kohlrüben verglichen[!] . . . “

²⁹⁵ebenda; s.a. Wb, Bd.28.2, S.446.

^{295a} Sie existiert nicht im UAH. Teilweise ist sie in der Wb. erschienen.

²⁹⁶Wb, Bd. 28.2, S.391.

²⁹⁷UAH III 5b, 434b, S.241

²⁹⁸ebenda, S.263ff.

Wenn man das mit den sachlich-abwägenden, „objektiven“ „Tageblatt“-Artikeln von 1924/25 vergleicht . . .

Auch sonst blieb es still in der heidelberger Presse. Keine Leserbriefe, selbst bei „Pfälzer Bote“ und „Volkszeitung“ kaum Aufregung. Die Sache war aussichtslos!

In der „Weltbühne“, deren Mitarbeiter Gumbel war, wurde der Fall ausführlich dokumentiert. Verschiedene Hochschullehrer protestierten, es kam aber nicht noch einmal zu einer ähnlich breiten Solidarisierung wie 1931. Kurt R. Großmann in einem zusammenfassenden Artikel:

„Die Eingabe, die einige Universitätslehrer an das badische Staatsministerium gerichtet haben, trägt bisher nur wenige Unterschriften. Viele glauben offenbar, sich nachgerade genug für die akademische Freiheit eingesetzt zu haben oder sehen ihre eigene Position bereits so gefährdet, daß sie meinen, im Interesse ihrer eigenen Existenz diesen Weg nicht weiter verfolgen zu dürfen.“²⁹⁹

Professoren, die sich mit Gumbel solidarisierten, waren laut Großmann: Goetze (Marburg), der gießener Psychologe und Pädagoge August Messer, Walter Berendsohn (Hamburg), der frühere württembergische Kriegsminister J. Herrmann, Ferdinand Tönnies (Kiel), Franz Oppenheimer und Karl Brandt. Stellvertretend sei hier Anna Siemsen zitiert:

„Alle diese Aktionen (gegen Andersdenkende wie Gumbel) sind deswegen auch nicht zu werten als Ausdruck einer verletzten Überzeugung oder eines gekränkten Gefühls, möge diese Überzeugung noch so töricht, dieses Gefühl noch so überreizt sein; sondern als der Kampf einer terroristisch gerichteten Machtgruppe, um eine Gesinnungsdiktatur auf den deutschen Hochschulen aufzurichten, welche durch Gewalt und Einschüchterung wirkend das Ende der wissenschaftlichen Freiheit, damit wenigstens für eine Zeitspanne auch das Ende der deutschen Wissenschaftlichkeit bedeuten würde.“³⁰⁰

In einer der folgenden Ausgaben werden als Unterzeichner der Eingabe beim Staatsministerium nachgetragen: Ernst v. Aster, Albert Einstein, Max Goldschmidt, Carl Grünberg, J. Jastrow, Franz Keller, Theodor Lessing, Paul Oestreich, Arthur Rosenberg, Levin L. Schücking, Oskar Stillich, R. Wilbrandt u. a.³⁰¹ Die Formulierungen, in denen die Genannten ihren Protest ausdrücken, strahlen die gleiche Resignation aus wie Gumbels Schlußwort (und wie überhaupt die meisten Artikel dieses letzten Jahrgangs „Weltbühne“)

(103)

Gumbel selbst weilte zur Zeit seiner endgültigen Entfernung von der heidelberger Universität in New York, um am 6th International Congress of Genetics teilzunehmen.³⁰² Seine erste mir vorliegende Reaktion ist ein Interview mit dem „Brooklyner Staatsanzeiger“.³⁰³

„Der Untersuchungsausschuß und nach ihm der Senat der Universität und schließlich das badische Unterrichtsministerium beugten sich der politischen Hetze unreifer Elemente. Für die akademischen Behörden und den Kultusminister genügten die Aussagen dreier nationalsozialistischer Studenten und Versammlungsspitzel, die mir das Wort in den Mund legten . . . Dies geschah, nachdem Nazistudenten, die mich als ‚Schänder deutscher Ehre‘, einen Schandfleck für die Universität, einen jüdischen Lumpen beschimpft hatten — meine Vorfahren sind seit drei Jahrhunderten Deutsche; und sagen Sie selber: Sehe ich

²⁹⁹Wb, Bd. 28.2., S.388ff.

³⁰⁰ebenda.

³⁰¹Wb, Bd. 28.2., S.487.

³⁰²UAH III 5b, 434b, S.179

³⁰³Deutsche Übersetzung: UAH III 5b, 434b, S.305ff.; s.a. Doerr, 14.Forts. Datum unbekannt.

nicht ‚nordischer‘ aus als Adolf Hitler? —, von dem akademischen Disziplinargericht als würdig erklärt worden waren, weiter die Hörsäle der hohen Schule zu besuchen.“

Nach seiner Rückkehr legte Gumbel beim badischen Staatsministerium Rekurs ein.

„Ich beantrage: Gegenüber dem Gutachten des Untersuchungsausschusses Berücksichtigung meiner Verteidigungsschrift; Eidliche Vernehmung sämtlicher im Verfahren bisher vernommenen Ohrenzeugen, sowie der Unterzeichner der in der ‚Heidelberger Volkzeitung‘ veröffentlichten Erklärung³⁰⁴, ... Heranziehung der Akten des Disziplinarverfahrens gegen die Studenten, insbesondere der die Glaubwürdigkeit des Hauptzeugen [Doerr] betreffenden Anträge des Staatsanwalts;

Wiederherstellung aller meiner Rechte. ...

Was die endgültige Entscheidung betrifft, so bitte ich um Einstellung des Verfahrens, Belassung aller Rechte und um einen einjährigen Urlaub. ...

Begründung: Die Entscheidung geht davon aus, daß ich die inkriminierte Äußerung getan habe. Hierfür gibt es nur einen Beweis, nämlich die Aussage der drei nationalsozialistischen Studenten, insbesondere Doerrs. Diese widerspricht der Aussage aller anderen Zeugen in allen entscheidenden Punkten, und zwar derartig, daß sogar Geheimrat Anschütz in seiner Vorlesung öffentlich darauf zu sprechen gekommen ist.

(104) Wenn einem nationalsozialistischen Studenten in einer Zeit, in der seine Parteifreunde beinahe täglich politische Morde begehen, in der mir Fensterscheiben eingeschlagen werden, in der mein Zaun eingerissen wird, in der ich auf der Straße täglich angepöbelt werde, ... geglaubt werden kann, daß sein Satz ‚Wie das Verfahren auch ausgehen mag, Gumbels Kopf wird rollen‘ nur bildlich gemeint war, so darf auch den sehr viel weniger kühnen Aussagen aller nicht nationalsozialistischen Teilnehmer meiner Veranstaltung Glauben geschenkt werden ... Das Ergebnis der (von mir beantragten) Vernehmungen wird ... feststellen, daß das, was ich gesagt habe, nichts mit der Interpretation zu tun hat, welche die Nationalsozialisten meiner Äußerung gegeben haben und welche das Gutachten des Untersuchungsausschusses zugrunde legt. Hier liegt der zentrale Unterschied zum Fall des Jahres 1924, in dem ich wirklich eine Äußerung getan habe, welche Anstoß erregt hat und die zu bedauern ich Grund hatte. Es besteht überhaupt kein Zusammenhang mit diesem nunmehr acht Jahre zurückliegenden ersten und einzigen Vorfall ... , der, soweit er mir zum Vorwurf gereicht, nach den gesetzlichen Auffassungen als verjährt gelten darf. Aus dem Fall von 24 und der von den Nationalsozialisten entstellten Äußerung von 32 kann somit kein Gesamtverhalten konstruiert werden. Damit fallen alle Konsequenzen, welche hieraus gezogen werden ... Ich vermag es überhaupt nicht als Belastung zu empfinden, daß ich in einer politischen Versammlung Unterschriften zu einer Erklärung (für Ossietzky) gesammelt habe, die von über 42.000 Deutschen, darunter vielen hervorragenden Politikern, auch von Professor Radbruch, unterschrieben worden ist ...

Die Nationalsozialisten haben mich verfolgt und mußten mich verfolgen, weil ich ihre politischen Morde aufgedeckt habe. Zu diesen meinen Arbeiten stehe ich ...

Der jetzige Herr Unterrichtsminister hält meine Entfernung für eine politische Notwendigkeit: wohl, wenn ich diesen Schritt interpretieren darf, um den

³⁰⁴Die konnte ich nicht finden.

Nationalsozialisten weniger Angriffsflächen zu bieten und hierdurch die Republik zu schützen. Wenn ich diesen Gedankengang als richtig annehmen könnte, hätte ich längst die Konsequenzen gezogen und wäre freiwillig zurückgetreten. Denn ich bin mir bewußt, daß die Anhänger der Republik verpflichtet sind, ihr auch Opfer zu bringen. Aber dieses Argument ist falsch. Durch meine Entfernung wird die Republik nicht gestützt, wohl aber wird hierdurch die Stellung aller Republikaner an den deutschen Hochschulen gefährdet . . .

Es handelt sich bei diesem Kampf nicht um Gumbel, sondern um die von den Nationalsozialisten als ‚Gumbels‘ Qualifizierten. Ich werde nicht der einzige Nachfolger der langen Reihe politischer Märtyrer aus deutschen Universitäten sein, die zum Teil ins Exil gehen mußten, der Reihe, die von Fichte und den Freiheitskämpfern von 1813, den Gebrüdern Grimm, den Göttinger Sieben, den Kämpfern von 1848 bis zu Dühring und Aron reicht. Es ist noch in der Macht des Ministers, dies zu verhindern, daß das schreckliche Wort Fichtes sich bewahrheitete, ‚daß in einigen Jahren in Deutschland kein Mensch mehr, der dafür bekannt ist, in seinem Leben einen freien Gedanken gedacht zu haben, eine Ruhestätte finden wird.‘³⁰⁵

Zum Beginn des Wintersemesters wurde die Entziehung der *venia* wirksam. Gumbel hatte inzwischen einen Lehrauftrag am Institut Henri Poincaré an der Universität Paris bekommen.³⁰⁶ Als er beantragte, ihm sein Privatdozentenstipendium weiter zu gewähren, antwortete der Kultusminister am 26.11.32

(105)

„Wegen der beleidigenden Angriffe auf Universität und Kultusminister (im Brooklyner Staatsanzeiger) muß ich es mir versagen, ihrem Anspruch näherzutreten.“³⁰⁷

Auch der Senat der Universität diskutierte allen Ernstes, ob sich die Universität nicht gegen die „verunglimpfenden Behauptungen“ zur Wehr setzen müßte.³⁰⁸

Den Autismus der heidelberger Professoren, die Mitte Dezember 1932 noch über den längst erledigten Fall Gumbel sich erregen konnten, aber von den wirklichen Veränderungen um sie herum nichts spürten, charakterisiert auch eine Tagebuchaufzeichnung von Willy Andreas aus den Herbst 1932:

„Man könnte nach der jetzt vollzogenen juristischen Klärung (des Falles Gumbel) erwarten, daß den radikalen Elementen innerhalb der Studentenschaft der Boden für ihre Agitation und Propaganda entzogen wäre . . . Meine Aufgabe war es, beruhigend zu wirken und zur Ruhe zu mahnen. Für meinen Teil ist das geschehen.“³⁰⁹

Gumbels Rekurs wurde am 27.2.33 abschlägig beschieden — zwei Wochen später wurde die badische Regierung von den Nazis abgesetzt. Es lohnt nicht, auf die Begründung des Staatsministeriums einzugehen, kurios ist allenfalls, daß die „politische Neutralität“ von Untersuchungsausschuß und Engerem Senat ausdrücklich betont wird.³¹⁰ Ein getroffener Hund bellt!

³⁰⁵Wb, Bd.28.2, S.537ff. Doerr behauptet, der Rekurs sei „von einem Frankfurter Rechtsanwalt aus der Gumbel-Sippe“ verfaßt worden. Mir scheint er sehr deutlich Gumbels Sprache zu sprechen. Jedenfalls war dem Rekurs ein Rechtsgutachten vom Rechtsanwalt und Notar Dr. Karl Gumbel aus Frankfurt beigelegt (UAH III 5b, 434 b, S.322.)

³⁰⁶Freie Wiss., S.268.

³⁰⁷UAH III 5b, 434b, S.317.

³⁰⁸ebenda, S.319.

³⁰⁹GLA 235/752, zitiert nach Carmon, S.162.

³¹⁰UAH III 5b, 434b, S.321ff.

XIV. Nachgeschichte

Zum Abschluß dieser Arbeit möchte ich kurz das weitere Schicksal der Beteiligten skizzieren.

(106) Am 19./20.1.33 fanden die ersten AStA-Wahlen nach zweieinhalb Jahren statt — zugleich die letzten bis in die Nachkriegszeit. Das Ergebnis war ein schlagender Beweis für den Irrtum von Leuten wie Andreas, daß nach dem Gumbel-Rausschmiß Ruhe einkehren würde. Der NSDStB legte noch einmal 9% zu und kam auf 46% der Stimmen, die Korporierten (jetzt: Nationaler Block) fielen von 26 auf 20%; von der Opposition konnten sich die Katholiken von 13 auf 18% und die „Rote Studentenfront von 2 auf 5% verbessern. Katastrophal war das Ergebnis für die gemeinsame Liste der republikanischen Studenten. Sie schrumpften von 22 auf 10%.³¹¹

Der AStA amtierte nur kurz. Im Sommersemester 1933 wurde Gustav Adolf Scheel zum Führer der heidelberger Studentenschaft ernannt, Fred Himmel und Richard Scherberger zu seinen Beratern. Alle drei hatten Ihre politischen Karrieren nicht zuletzt im Fall Gumbel gemacht.³¹²

Die alte Selbstverwaltungshierarchie an der Universität überlebte nur noch einige Monate, bis das Führerprinzip auch hier eingeführt wurde. Statt des Rektors wurde von der Regierung ein „Führer der Universität“ eingesetzt, der seinerseits die Dekane ernannte. Der Senat war entmachtet; in ihm saßen auch zwei Studenten, der „Führer der Studentenschaft“ und der Hochschulgruppenführer des NSDStB. Alle Machtpositionen wurden mit Parteigenossen besetzt.

Nach der Verordnung des Reichserziehungsministers vom 13.12.34 wurde für den Lehrkörper neben der fachwissenschaftlichen eine charakterliche Prüfung während eines sechswöchigen Lageraufenthaltes obligatorisch.³¹³

Die Titelseite des ersten „Heidelberger Student“ im Sommersemester 1933 zierte das Konterfei Adolf Hitlers. In Nr.3 ist der Noch-Rektor Andreas in SA-Uniform (das ging aber schnell!) bei der Eröffnung der neu geschaffenen Wehrprofessur zu sehen.

Eine Reihe von Gumbels Kollegen, die seine Entlassung mitbetrieben oder stillschweigend geduldet hatten, fanden sich plötzlich in seiner Rolle wieder. Leute wie Radbruch und Anschütz mußten aus politischen Gründen gehen, andere wie Bergsträßer und Jellinek wegen ihrer jüdischen Herkunft. Für einige von ihnen durften die Umstände ihrer Entlassung und ihr weiteres Schicksal noch weit unangenehmer als das Gumbels gewesen sein, der immerhin rechtzeitig Deutschland verlassen hatte!

Gumbel hat über die Veränderungen an der heidelberger Universität einen statistischen Überblick erstellt:

„21 von 50 Ordinarien, 28 von 71 ao. Professoren und Privatdozenten sind (bis 1936) neu ernannt. Am stärksten zeigt sich der Einfluß der Nationalsozialisten bei den Lektoren und mit Lehrauftrag Versehenen. Hier rücken die neuen Systemgrößen, die Kreisleiter und Pg.s in Scharen ein: Drei Viertel aller Lektoren sind neu.

(107) Der gesamte Lehrkörper von 1936 umfaßte 178 Dozenten. 81 davon sind unter nationalsozialistischer Herrschaft neu hinzugekommen. Beinahe die Hälfte der heute in Heidelberg Lehrenden sind noch keine vier Jahre an der Universität. Ein solcher Stellenwechsel ist im akademischen Leben noch nicht vorgekommen.

Um den katastrophalen Eindruck, den dieses Zerstörungswerk im Auslande machte, zu verwischen, haben die Nationalsozialisten die Hochschulen der

³¹¹HD Stud, Nr.5, WS 32/32.

³¹²HD Stud. Nr. 3, SS 1933

³¹³Freie Wiss., S.13ff.

ganzen Welt zur Feier des 550. Jahrestages der Gründung der Universität eingeladen. Der Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Wissenschaft sollte eine offizielle Weihe durch das Ausland erhalten. Dies ist mißlungen. Sogar die Einladungen wurden nach der Absage der englischen Universitäten zum Teil wieder zurückgezogen.“³¹⁴

In der Inschrift am Shurmann-Bau wurde der „lebendige“ zum „deutschen“ Geist.³¹⁵ Entsprechend änderten sich die Lehrinhalte. In jedes Fach wurde die nationalsozialistische Ideologie einbezogen, Schmitthenner z.B. hatte inzwischen einen Lehrstuhl als „ordentlicher Professor der Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Wehrkunde.“

Am 18.5.33 fand auf dem Heidelberger Universitätsplatz die feierliche Bücherverbrennung statt. Aus der Rede des Studentenführers Scheel:

„Die feierliche Handlung . . . , welche in dieser Woche von allen Studentenschaften des Deutschen Reiches gegen jüdisch-zersetzenden, gegen marxistisch-bolschewistische, gegen gemein-frivole Schriften geführt wird, hat seine Begründung im festen Willen, uns und unser Volk endgültig freizumachen vom Geist eines Gumbel, eines Remarque, eines Tucholsky, eines Heinrich Mann, und wie die Verbrecher am deutschen Geist alle heißen mögen.“³¹⁶

Bereits im März 1933 war Gumbels Bibliothek teils verbrannt, teils gestohlen worden.

Als am 23.8.33 die ersten 34 Deutschen von den Nazis ausgebürgert wurden, stand Gumbel zusammen mit prominenten SPDlern, KPDlern und Linksintellektuellen aus dem Umfeld der Liga und der „Weltbühne“ auf der Liste.³¹⁷

Er blieb in Frankreich und las nach Paris in Strasbourg. 1934 bekam er eine Gastprofessur in Lyon. Er publizierte weiter in deutschen Emigrantenzeitungen und -verlagen und arbeitete in der Pariser „Liga im Exil“, zusammen mit v.Gerlach, Hilde Walter, Konrad Reißner, Kurt Glaser, Milly Zirker u.a. an der Nobelpreis-Kampagne für Ossietzky.³¹⁸ Man findet seinen Namen unter Aufrufen deutscher Emigranten, so z.B. zur Saarabstimmung 1934 und für eine „Deutsche Volksfront für Frieden, Freiheit und Brot“(1937), wo er nicht einer der drei unterzeichnenden Parteien (SPD, KPD und SAP) zugeordnet ist, sondern neben anderen als „Intellektueller“ unterschrieben hat.³¹⁹

(108)

1940 floh Gumbel weiter in die USA, wo er an der New Yorker Columbia University und der New School for Social Research lehrte.

1953–56 war er in Berlin an der Freien Universität^{319a}. 1964/65 hatte er eine Gastprofessur in Hamburg. 1966 starb er in den USA.³²⁰ Nach dem Krieg, auch in den Jahren, in denen er in Deutschland war, scheint sich Gumbel ausschließlich der wissenschaftlichen Arbeit gewidmet zu haben. 1958 erschien sein mathematisches Hauptwerk „Statistics of Extremes“, das heute zur statistischen Standardliteratur gehört.

Der heidelberger Verlag Lambert Schneider brachte 1962 ein zusammenfassendes Buch Gumbels über die Rechte in der Weimarer Republik heraus; eine Bereitschaft, sich mit diesem Thema weiter zu befassen, scheint damals aber nicht bestanden zu haben.

Die Universität Heidelberg hat Gumbel bisher nicht rehabilitiert und fand es auch nicht nötig, auf entsprechende Anregungen zu reagieren!

(109)

³¹⁴Freie Wiss, S.18

³¹⁵Taner, S.66

³¹⁶HD Stud., SS 1933, S.27.

³¹⁷Ursachen und Folgen IX, S.24ff.

³¹⁸Großmann, S.376.

³¹⁹Urs.u.Folgen, X,294f.; XI,337f.

^{319a} In einer anderen Quelle heißt es, er sei bereits 1945 in Berlin gewesen. Das konnte ich nicht nachprüfen.

³²⁰Ursachen und Folgen, Biografisches Register. Zu Gumbels Leben nach 1932 s.a. Karin Buselmaiers Vorwort zu „Verschwörer. Reprint“.

Vorbemerkung zur Bibliografie

Da es zwar unzählige Darstellungen Heidelbergs und der Universität gibt, jedoch nur drei Arbeiten, die die Zeit zwischen 1919 und 1933 genauer behandeln, habe ich hauptsächlich mit den Akten des Universitätsarchivs, den heidelberger Tageszeitungen sowie der studentischen Presse gearbeitet.

Ich hatte erwartet, interessantes Material über den Fall Gumbel, der seinerzeit so breites Aufsehen erregte, in den Lebenserinnerungen damals Beteiligter zu finden. Der Einzige, der ausführlicher darauf eingeht, ist Karl Jaspers. Kein Wort bei Alfred und Marianne Weber. Der entsprechende Band von Hellpachs Autobiografie ist — obwohl angekündigt — nie erschienen. Gustav Radbruch, der Gumbel im Zusammenhang mit der „Denkschrift“ in seinen Erinnerungen ausführlicher erwähnt, handelt die Jahre 1926–33 auf drei Seiten, sein Wirken an der Universität und insbesondere im Fall Gumbel in einem Satz ab:

„Mehr als genug politische Anforderungen stellte an mich die nicht abreißen-
de Reihe von Zwischenfällen, in denen sich das politische Schicksal der Univer-
sität Heidelberg drohend vorankündigte, vor allem der ärgerliche und unnötige
Fall Gumbel.“³²¹

Der Fall Gumbel fällt unter die gleich nach 1945 verdrängte „schlimme“ Zeit des Nationalsozialismus. In die gleiche Richtung weisen die Tatsachen, daß Gumbel bis heute fast vergessen ist (wofür seine mangelnde Bereitschaft, die Märtyrerrolle zu spielen, vielleicht eine Ursache ist), und daß bis in die Siebziger Jahre — außer Leisen — sich niemand mit der heidelberger Universitäts- und Stadtgeschichte zwischen 1914 und 1945 befaßt hat.

Wieviel einfacher wäre es direkt nach dem Krieg gewesen, diese Themen zu klären! Das Versagen der Universität, den Nationalsozialismus nach 1945 aufzuarbeiten, wiegt für mich schwerer als ihr Versagen, ihn 1930–32 aufzuhalten.

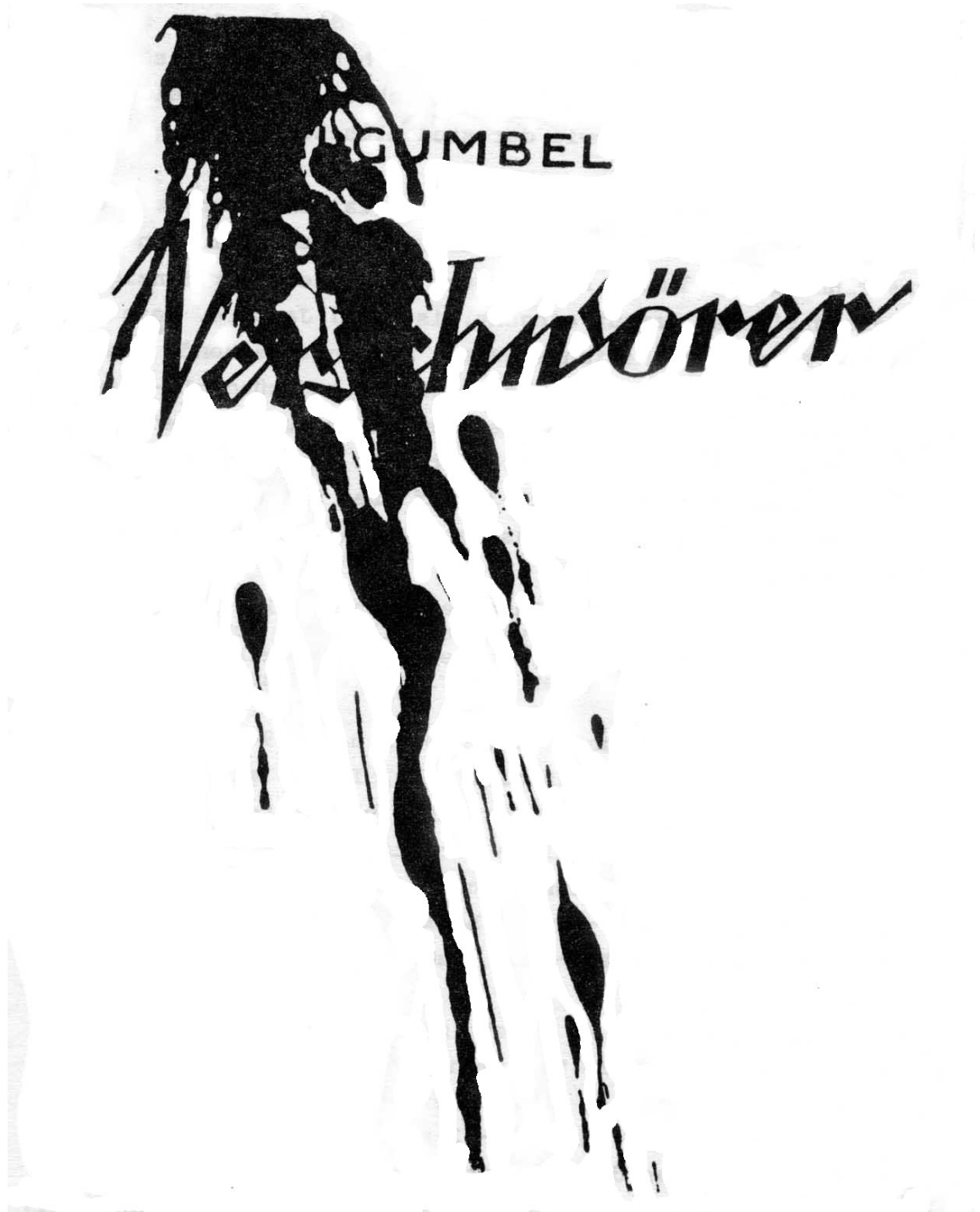
Bezeichnend ist, was der — ansonsten für penible Hegel-Exegese bekannte — Hermann Glockner über den Fall Gumbel schreibt:

(110) „Dem kommunistisch gesinnten Privatdozenten Gumbel sollte die Dozentur entzogen werden: hauptsächlich wegen eines Buches, in dem von politischen Morden die Rede war. Ich habe es nicht gelesen, erinnere mich jedoch deutlich, wie es in einer Nichtordinarierversammlung von Hand zu Hand ging. Der Umschlag war mit naturalistisch wirkenden Blutflecken verziert.“³²²

Da Glockner dies ins Dekanat Gundolf 1929/30 datiert, ist an der Passage wirklich fast kein Wort richtig.

³²¹Radbruch, S.184.

³²²Glockner, S.29f.



Das Originalcover von „Verschwörer“, das so viel Aufsehen bei der heidelberger Professoren erregte. Im Original sind die Blutflecken in rot gedruckt. (s.a. Anm. 217)

Abkürzungen

(111)

Bl.	Blatt
BP	„Badische Post“
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft
GLA	Generallandesarchiv Karlsruhe
HB	„Heidelberger Beobachter“
HD Stud.	„Der Heidelberger Student“
HNN	„Heidelberger Neueste Nachrichten“
HT	„Heidelberger Tageblatt“
R	Rückseite
Soz.Stud.	„Der Sozialistische Student“
Sp.	Spalte
UAH	Universitätsarchiv Heidelberg
UB	Universitätsbibliothek Heidelberg
V	Vorderseite
VG	„Die Volksgemeinschaft“
VZ	„Volkszeitung“
Wb	„Die Weltbühne“

Bibliografie

1. Akten

- UAH III 5a,192: Phil.Fakultät, Dekanat Curtius
UAH III 5a,195a und b: Phil. Fakultät, Dekanat Panzer
UAH III 5b,331: Personalakte Gumbel
UAH .III 5b,332: Personalalia Gumbel 1930–31
UAH III 5b,333: Erstes Disziplinarverfahren
UAH III 5b,334: Akten des Untersuchungsausschusses 1932
UAH III 5b,431: Erstes Disziplinarverfahren
UAH III 5b,432: Badischer Landtag zu Gumbel
UAH III 5b,433: Zweites Disziplinarverfahren
UAH III 5b,434a: Entziehung der *venia*, Juni/Juli 1932
UAH III 5b,434b: Entziehung der *venia*, Juli 1932–1934
UAH III 5b,435: Zeitungsausschnitte zu Gumbel 1924–32
UAH III 5b,436: Zeitungsausschnitte zu Gumbel 1930–32
UAH B-1266/2: Engerer Senat, Protokolle 1927–31
UAH B-1266/3: Engerer Senat, Protokolle 1931–33, Großer Senat 1931
UAH B-8910: Disziplinarakte Doerr
UAH B-8304/5: Disziplinarakte Seeger-Kelbe
UAH H-IV-102/153: Phil. Fakultät 1930/31
UAH H-IV-102/154: Phil. Fakultät 1930/31
UAH H-IV-102/155: Phil. Fakultät 1931/32
UAH H-IV-102/156! Phil. Fakultät 1931/32

Verhandlungen des Badischen Landtages. Amtliche Niederschrift. Karlsruhe

Verhandlungen des Württembergischen Landtags. Protokolle. Stuttgart

Akten des Moritz Morgenthal. Aus dem Privatbesitz der Familie.

Wilhelm Ziegler. Aus den Kampf der heidelberger SA. GLA 465d/1295.

2. Tageszeitungen

(112)

aus Heidelberg:

Badische Post. Heidelberger Zeitung.

Heidelberger Beobachter. Kampfblatt der Heidelberger Nationalsozialisten.

Heidelberger Neueste Nachrichten. Heidelberger Anzeiger.

Heidelberger Tageblatt. Generalanzeiger.

Die Volksgemeinschaft. Heidelberger Beobachter. Kampfblatt der Nationalsozialisten für Bauland und Odenwald.

Pfälzer Bote für Stadt und Land.

Volkszeitung.

Sonstige, aus denen nur einzelne Artikel zitiert werden:

Badische Presse.

Bergisch-Märkische Zeitung. Wuppertal.

Berliner Morgenpost.

California Journal.

Daily Mail. London.

Der Tag.

Deutscher Vorwärts.

Deutsche Zeitung. Hamburg.

Frankfurter Zeitung.

Karlsruher Zeitung.

Kölnische Zeitung.

Rhein-Mainische Volkszeitung. Frankfurt.

Völkischer Beobachter. München.

Völkischer Kurier.

Vorwärts. Berlin

Vossische Zeitung. Berlin.

3. Andere Periodika

Burschenschaftliche Blätter. Berlin.

Akademische Mitteilungen für Studierende an der Universität Heidelberg. Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß.

Der Heidelberger Student. Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß (bis 1930). Herausgegeben von der Deutschen Studentenschaft Heidelberg (1931–32). Herausgegeben von der Studentenschaft Heidelberg (ab 1933).

Digitale Ausgabe: <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/hstud1929bis1938>

Der Sozialistische Student. Organ der Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs. Ortsgruppe Heidelberg.

Deutsche Hochschulzeitung. Wien.

Die Bewegung. Zentralorgan des NSD-Studentenbundes. München.

Digitale Ausgabe: http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/bewegung_muenchen

Die Weltbühne. Berlin.

Eiserne Blätter. München

Heidelberger Fremdenblatt.

Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen. Halle an der Saale

Die Wandlung. Heidelberg.

4. Monografien

Arminia Heidelberg 1887 – 1962. Speyer 1962.

Ernst Bizer, Der Fall Dehn, in: Festschrift für Günter Dehn, Neukirchen 1957.

(113) *Karin Buselmaier*, Vorwort zu: Verschwörer (Reprint). Heidelberg 1979.

Arye Zvi Carmon, The University of Heidelberg and National Socialism. 1930–35. (Phil. Diss.) University of Wisconsin. 1974.

Günter Dehn, Kirche und Völkerversöhnung. Dokumente zum Halle'schen Universitätskonflikt. Berlin 1931.

Hellmuth v. Gerlach, Von rechts nach links, hrsg. von Emil Ludwig. (Reprint). Hildesheim 1978.

Joseph Goebbels, Michael. München 1931.

Kurt R. Großmann, Ossietzky. München 1963.

Theodor Heuss, Heidelberger Universität, in: Würdigungen, Tübingen 1955.

Gerhard Hinz (hrsg.), Die Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg. Basel 1965.

Herbert Hoffmann, Von der Weimarer Demokratie zur Deutschen Diktatur. Eine Studie zum Prozeß der nationalsozialistischen Machtergreifung in Heidelberg und Mannheim 1930–34. (Phil. Diss.) Heidelberg 1980.

Karl Jaspers, Heidelberger Erinnerungen, in: Heidelberger Jahrbücher V, 1961. (Sonderdruck; Es gibt von diesem Text auch eine von Jaspers besprochene Schallplatte in der UB.)

Karl Jaspers, Philosophische Autobiographie, in: P.A. Schlipp (hrsg.) Karl Jaspers, Stuttgart 1957.

Karl Jaspers, Rechenschaft und Ausblick. München 1951.

Robert Kuczynski (hrsg.), Deutschland und Frankreich. Berlin 1924. Neue Folge. Berlin 1925.

Otto Lehmann-Rußbüldt, Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte, vormals Bund Neues Vaterland, für den Weltfrieden 1914–27. Berlin 1927.

Adolf Leisen, Die Ausbreitung des völkischen Gedankens in der Studentenschaft der Weimarer Republik. (Phil. Diss.) Heidelberg 1954.

Walter Max, Universität und Polizei in Heidelberg in Vergangenheit und Gegenwart, in: Baden-Württemberg und seine Polizei (hrsg. vom Innenministerium). Wiesbaden 1959.

Johann H. Mitgau, Studentische Demokratie. Heidelberg 1927.

Johann H. Mitgau (hrsg.), Ergänzungsheft zum Heidelberger Universitätskalender. Heidelberg 1926.

Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität Heidelberg.

Gustav Radbruch, Der innere Weg. Aufriß meines Lebens. (Aufgezeichnet März 1945, hrsg. von seiner Frau Lydia Radbruch und Marie Baum). Stuttgart 1951.

Maria Regina Rumpf, Die lebensalterliche Verteilung des Mitgliederzugangs der NSDAP vor 1933. (Phil. Diss.) Heidelberg 1951. (114)

Edgar Salin, „Dem lebendigen Geist“, in: Merian, H. 2. Hamburg 1967.

Haldun Taner, Student 1935–38, in: Merian, H. 2, Hamburg 1967.

Klaus Theweleit, Männerphantasien. 2 Bde. Frankfurt 1979.

Hans Thill, Vorwort zu „Vier Jahre politischer Mord“ (Reprint). Heidelberg 1980.

Kurt Tucholsky, Gesammelte Werke. Reinbek 1960–62.

Alfred Weber, Das Ende der Demokratie. Berlin 1931.

Wolfgang Zorn, Die politische Entwicklung des deutschen Studententums 1923–31, in: Ein Leben aus freier Mitte, Festschrift für Ulrich Noack. Göttingen 1961.

5. Veröffentlichungen von Emil Julius Gumbel³²³

(Diese Liste erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, vor allem nicht für die Zeit nach 1932. Sie enthält das, was mir bei dieser Arbeit über den Weg gekommen ist.)

+ bedeutet, daß die entsprechende Veröffentlichung für diese Arbeit verwendet wurde.

1914

Zur Methodik der Interpolation des Bevölkerungsstandes, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 8, H. 2.

1915

Die Versuche eines mathematischen Gesetzes der Bevölkerungszunahme, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 9, H. 4.

1916

Die Darstellung statistischer Reihen durch Euler. Jahresbericht der Deutschen Mathematiker-Vereinigung, Bd. 25, H. 7.

Die Methoden der Interpolation des Bevölkerungsstandes (Diss.) in: Archiv für soziale Hygiene und Demographie, 2. Ergheft. Leipzig.

1917

Zur Interpolation des Bevölkerungsstandes, in: Deutsches Statistisches Zentralblatt. Nr. 1–2.

Untersuchungen über den Luftwiderstand von Streben, in: Technische Berichte der Flugzeugmeisterei Charlottenburg, Bd. 1.

Dreideckermessungen, in: ebenda.

Die Druckpunktwanderung am Flügel und ihr Einfluß auf die Stabilität, in: ebenda.

1918

+ Rede an Spartacus, in: Wb, Bd. 14, S. 56Sff.

³²³Eine (fast) vollständige Bibliographie in: Christian Jansen: Emil Julius Gumbel. Portrait eines Zivilisten. Heidelberg 1991, S. 392-429.

1919

- + Vier Jahre Lüge. Berlin

1921

- (115) + Zwei Jahre Mord, mit einem Vorwort von Prof. G.F. Nicolai. Berlin.
- + (dass.) Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Berlin.
- + Spekulatives über die Endlichkeit der Welt, in: Naturwissenschaftliche Wochenschrift, Nr. 6.
Versuch eines mathematischen „Gesetzes“ der Bevölkerungszunahme, in: Deutsches Statistisches Zentralblatt, Nr. 3
(Übers.) Kunst, Wissenschaft und Sozialismus, von Bertrand Russell. Berlin.

1922

- + Vier Jahre politischer Mord. Berlin.
- + (dass.) (Reprint) Mit einem Vorwort von Hans Thill. Heidelberg 1980.
(dass.) zwei verschiedene russische Übersetzungen: Tchetyre goda politicheskich ubijstw. Moskau 1923. und: Istioria 354 politicheskich ubijstw. Moskau 1924.
- + (Übers.) Politische Ideale, von Bertrand Russell. Mit einem Vorwort von Albert Einstein. Berlin.
Wahrscheinlichkeitstheoretische Betrachtungen zum Strahlungsgesetz, in: Zeitschrift für angewandte Mathematik und Mechanik, Bd. 2, H. 4.
Eine einfache wahrscheinlichkeitstheoretische Betrachtung zur allgemeinen Relativitätstheorie, in: Zeitschrift für Physik, Bd. 5, H.4.
Vom Sinn statistischer Gesetze, Deutsches Statistisches Zentralblatt. Nr. 7. (und Nr. 3/1923.)

1923

- (Übers.) Einführung in die mathematische Philosophie, von Bertrand Russell. Mit einem Vorwort von David Hilbert. Berlin. (2. Auflage: 1930)
Zur analytischen Darstellung zweigipfliger Verteilungskurven, in: Zeitschrift für Physik, Bd 16, H. 5.
Verstärkertheorie des Röhrensenders, Zeitschrift für technische Physik, Jg. 4, H. 5.
Die Bahnen der Betastrahlen, in: Zeitschrift für angewandte Mathematik und Mechanik, Bd. 3
Über die bei Funktionen von Variablen auftretende Korrelation, in: ebenda, H. 5
Die statistische Auffassung vom 2. Hauptsatz der Physik, in: Deutsches Statistisches Zentralblatt, Nr. 7, 8.
Der Einfluß des Krieges auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, in: Die Friedenswarte, Bd. 23, H. 4

1924

- (116) Zur Papiermarkdiskontierungspolitik der Reichsbank, in: Berliner Tageblatt, 8.1.
Statistische Untersuchungen über Echinoideenpluteis. (Zusammen mit Walter Landauer) in: Archiv für mikroskopische Anatomie und Entwicklungsmechanik, Bd.101, H.1-4.
Statistische Eigenschaften einer linear wachsenden Bevölkerung, in: Metron, Bd. 4, Nr.2. Padua.

Eine Eigenschaft der Sterbetafel, in: Zeitschrift für angewandte Mathematik und Mechanik, Bd.4.

Eine allgemeine Eigenschaft der Sterbetafel, in: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Bd.24, H.4.

- + Gustav Landauers Ende (Vorabdruck aus der „Denkschrift“), in: Wb, Bd.20.1, S.191ff.

Eine Darstellung der Sterbetafel, in: Biometrika, Bd. 16, Teil 3–4. London.

Indexprobleme, in: Technik und Wissenschaft, hrsg. vom VDI

Das Stahlbad des Krieges. Berlin.

- + Denkschrift des Reichsjustizministers zu „Vier Jahre politischer Mord“. Berlin.
(Reprint) Heidelberg 1980. (zusammen mit „Vier Jahre politischer Mord“)

1925

- + (hrsg.) Weißbuch über die Schwarze Reichswehr. (Zusammen mit Berthold Jacob, H.Lange, P.v.Schoenaich). Berlin.

- + Bayern und Reich, in: Wb, Bd.21.1, S.493ff.

- + Fechenbachs Zuchthausbuch, in: Wb, Bd.21.2, S.307f.

Lebenserwartung und mittleres Alter der Lebenden, in: Biometrika, Bd. 17, Nr.1–2. London.

(dass.) in: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Bd.26, H.1.

Zur Justizstatistik, in: Die Justiz, H.2.

Verstärkertheorie des Röhrendens II, in: Zeitschrift für technische Physik, Jg.6, Nr.7.

- + Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der nationalistischen Geheimorganisationen seit 1918. Wien.

- + (dass.) (Reprint). Mit einem Vorwort von Karin Buselmaier. Heidelberg 1979.

(dass.) Zagoworschtschiki. Leningrad 1925.

1926

Über ein Verteilungsgesetz, Zeitschrift für Physik, Bd. 37, Nr.6.

Spurious Correlation and its significance to physiology, in: Journal of the American Statistical Association. (117)

Über scheinbare Korrelation und ihr Auftreten in der physiologischen Statistik, in: Zeitschrift für angewandte Mathematik und Mechanik, Bd.6.

Statistika i klassowa borjba, in: Problemij statistiki Nr.1, Moskau.

O lochnoj korrelazij i jewo znatschenij w antropometri, in: Westnik Statistiki, Bd.24, Moskau.

Zur Theorie der Sterbetafel, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik, Jg.62, H.4.

On Life Tables, in: Matematitscheskij sbornik, Bd.32, H.4. Moskau.

(dass.) in: Giornale di matematica finanziaria, Bd.8, H.6. Turin.

O matematitscheskich rukopisach K. Marxa, in: Letopisi Marxisma, Bd.3. Moskau.

1927

- Zur Stichprobenmethode, in: Deutsches Statistisches Zentralblatt, Nr. 3.
Eine Beziehung zwischen Fehlermaßen, in: Metron, Bd.6, Nr.2. Padua.
(dass.) in: Matematitscheski sbornik, Bd.32, H.4. Moskau.
Ein Maß der Konzentration bei pekuniären Verteilungen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd.58, H.1.
Durchschnittlicher und mittlerer Fehler, in: Deutsches Statistisches Zentralblatt, Nr.9–10.
Das Zufallsgesetz des Sterbens, in: Zeitschrift für angewandte Mathematik und Mechanik, Bd.7, H.6.
- + Landesverrat, in: Wb, Bd.23.2, S.240ff.
 - + Vom Rußland der Gegenwart. Mit einem Geleitwort von Albert Einstein. Berlin.

1928

- Das Konzentrationsmaß, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 18, H.2.
Landesverratsstatistik, in: Die Justiz, Bd.3, H.4.
Mendelismus und Statistik, in: Deutsches Statistisches Zentralblatt, Nr. 5–6.
Klassenkampf und Statistik. Amsterdam.
Landesverrat. Sonderheft der „Menschenrechte“, Bd.II, H.14. Berlin.
Der Schädelberg, in: Wb, Bd.24.2, S.718f.
- (118) Ob odnoj kriwoj raspedelenija Gaussowoj formij, in: Dialektika w prirode, Nr.3. Moskau.
Statisticheskij swojstwa linejno wosrasta juschtschewo narodnoselenija, ebenda.
Maß der Heiratshäufigkeit, in: Zeitschrift für angewandte Mathematik und Mechanik, Bd.8.

1929

- Femeliteratur, in: Die Menschenrechte, 4.Jg.,H.9–10. Berlin.
- + Verräter verfallen der Feme. Opfer/Mörder/Richter 1919–29. Abschließende Darstellung unter Mitwirkung von Berthold Jacob und Ernst Falck. Berlin.
(dass.) Les crimes politiques en Allemagne. Paris 1931.
- Bestimmung der biometrischen Funktionen aus der Wahrscheinlichkeitstheorie, in: Assekuranzjahrbuch, Bd.48. Wien.
Das Konzentrationsmaß, in: Matematitscheskij sbornik. Bd.35. Moskau.
- + Strafvollzugsstatistik, in: Die Justiz, Bd.5, H.11–12, Bd.6,H.1,

1930

- Probleme der Strafvollzugsstatistik, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd.64, H.1.
Ein Maß der Güte für die Sterbetafel, in: Blätter für Versicherungsmathematik und verwandte Gebiete. (Beilage zur Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Bd.30, H.4.)
- + Was muß geschehen, um die Universitäten zu republikanisieren? in: Mitteilungen des sozialdemokratischen Intellektuellenbundes Nr. 6.

Das Zufallsgesetz des Sterbens. Sonderheft des Instituts für Konjunkturforschung. Berlin.

(dass.) Ergänzungsheft zum Deutschen Statistischen Zentralblatt, H.12. Berlin 1932.

(dass.) in: Atti del Congresso Internazionale dei Matematici. Bologna.

(dass.)Leipzig 1932.

1931

Die Hochschulreaktion, in: Die Menschenrechte, 6.Jg., H.6–7. Berlin.

„Laßt Köpfe rollen.“ Faschistische Morde 1924–31. Berlin.

1932

+ Moskau 1932, in: Wb, Bd. 28.1, S.400ff., 513ff., 591ff.

+ Rekurs an das badische Staatsministerium, in: Wb, Bd.28.2, S.537ff,

1934

Cours de statistique mathématique, Distributions. Lyon.

1937

La durée extrême de la vie humaine, in: G.Darmonis (hrsg.), Actualités scientifiques et industrielles. Paris.

(119)

Cours de statistique mathématique. Analyse des aléatoires. Lyon.

1938

+ (hrsg.) Freie Wissenschaft. Ein Sammelbuch aus der deutschen Emigration. Strasbourg.

Deutscher Freiheitskalender 1939. Strasbourg.

1939

Deutscher Freiheitskalender 1940. Strasbourg.

1954

Statistical Theory of Extreme Values and Some Practical Applications. New York.

1958

Statistics of Extremes. New York.

1962

Vom Fememord zur Reichskanzlei. Heidelberg.